



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 56. Sitzung  
- endgültige Fassung -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 16. November 2022, 12.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)  
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

**Einzigiger Tagesordnungspunkt**

**Seite**

*Öffentliche Zeugenvernehmung*

**Sergio Jaramillo Caro**

Mitglied im internationalen Beraterteam  
der afghanischen Verhandlungsdelegation  
(Beweisbeschluss Z-62)

siehe Stenogr. Protokoll 20/56 I

**Andreas Krüger**

Leiter des Referates „Afghanistan und Pakistan“ (AP 05)  
im Auswärtigen Amt  
(Beweisbeschluss Z-7)

**9**

Zeugenvernehmung, nichtöffentlich  
siehe Stenogr. Protokoll 20/56 III



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Andreas Krüger

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße unseren zweiten Zeugen, Herrn Andreas Krüger, der bereits Platz genommen hat. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist.

Herr Krüger, Sie haben den Erhalt der erneuten Ladung am 2. Oktober bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen - wir kennen uns ja schon - und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss ein weiteres Mal als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ihr Hiersein ist allerdings schon über ein Jahr her. Deshalb bleibt mir nichts übrig, als Ihnen noch mal Ihre Rechte und Pflichten vorzutragen, auch wenn ich davon ausgehe, dass Sie sie noch wissen. Aber zur gemeinsamen Erinnerung weise ich Sie noch mal darauf hin, dass Sie als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss verpflichtet sind, die Wahrheit zu sagen, das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht, und erinnere Sie auch daran, dass, wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar macht. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Sogenannte Berufsheimlichkeitsgeheimnisträger und ihre Gehilfen dürfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser

Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie wissen auch, dass eine Protokollierung der Sitzung erfolgt. Bitte das Mikrofon einschalten und sich laut und deutlich äußern! Die Aufnahme wird dann nach der Protokollerstellung gelöscht, und das Protokoll wird Ihnen vor der Fertigstellung übersandt.

Sie wissen auch, dass, wenn Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, Sie dann einen Hinweis geben können. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen, und auch in diesem Jahr handelt es sich da immer noch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe müssen also von besonderem Gewicht sein, und der Ausschuss beschließt darüber.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie kennen auch den Ablauf der Vernehmung. Ich frage Sie noch mal zur Person - ich nehme an, das hat sich allenfalls im Alter geändert - und bitte Sie darum, sozusagen Ihren Namen, Ihr Alter, Beruf und Ihre Anschrift uns noch mal mitzuteilen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Mein Name ist Andreas Krüger. Ich arbeite zurzeit als Leiter der Kultur- und Wissenschaftsabteilung an der Botschaft in Rom, bin Beamter im höheren Dienst im Auswärtigen Amt, und die polizeiliche Adresse ist weiterhin die [REDACTED] in [REDACTED]. Und geboren bin ich am [REDACTED].



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und das rechnen Sie für uns auch noch aus?

**Zeuge Andreas Krüger:** Hm?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das rechnen Sie für uns auch noch aus?

**Zeuge Andreas Krüger:** Was meinen Sie? Mein Alter?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ach so, 58.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir kommen zwar regelmäßig zum gleichen Ergebnis, aber es ist noch schöner, wenn Sie es sagen. - Gut. Sie haben auch heute Gelegenheit, noch mal im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann können wir mit der Befragung beginnen, und diesmal fange ich mal selber an. - Sie haben sich ja das letzte Mal, Herr Zeuge, ausführlich geäußert zu den Verhandlungen in Doha. Sie sind dazu intensiv befragt worden. Ich würde heute gerne beginnen mit der deutschen Rolle bei den innerafghanischen Friedensverhandlungen und Sie zunächst mal fragen, welche Rolle aus Ihrer Sicht und Erinnerung Deutschland bei diesem Friedensprozess eingenommen hat.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nun, zunächst war Deutschland ja initiativ, gemeinsam mit Katar, bei dem sogenannten innerafghanischen Dialog, noch vor dem Doha-Abkommen, um überhaupt erst mal alle Beteiligten, afghanischen Beteiligten, an einen Tisch zu bekommen. Bei den innerafghanischen Verhandlungen selber sahen wir uns in einer - wie soll man sagen? - unterstützenden Rolle, unterstützenden und beratenden Rolle - beratenden Rolle insbesondere natürlich für die Seite der afghanischen Republik -, um zu versuchen, die - ja, wie soll ich sagen? - sehr schwierige Aufgabe, nach so vielen Jahren des Bürgerkrieges zu einem vernünftigen Dialog

zwischen beiden Seiten zu kommen - - diese zu befördern.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wie waren Sie persönlich eingebunden in den Friedensprozess? Also mit wem haben Sie Gespräche geführt, oder bei welchen Gesprächen waren Sie anwesend?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, grundsätzlich war es so, dass auf Wunsch beider afghanischer Seiten, sowohl der Delegation der Republik als auch seitens der Delegation der Taliban, die ausländischen Unterstützer oder internationalen Unterstützer nicht anwesend waren bei dem eigentlichen Dialog, bei den eigentlichen Gesprächen, sondern sozusagen im Umfeld versucht haben, zum einen zu beraten, also insbesondere die Seite der Republik. Wir hatten ja dann, gemeinsam mit anderen auch, insbesondere versucht, die Frauen, die Teil dieser Delegation waren, noch mal zusätzlich zu unterstützen durch extra Coachings und mit beiden Seiten Gesprächen zu führen, um sozusagen für eine Verhandlungslösung zu werben, aber es war eben eine unterstützende Rolle.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bilaterale Gespräche zwischen Deutschland und den Verhandlungsparteien?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Also, es gab Gespräche sowohl mit den jeweiligen - - also mit dem Leiter oder den Leitern der republikanischen Verhandlungsdelegation und mit Teilen der Talibandelegation.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie beschreiben sollten, wie Sie die Verhandlungsparteien, wie Deutschland die Verhandlungsparteien unterstützt hat: Was wären da die wesentlichen Punkte?

**Zeuge Andreas Krüger:** Es ging im Prinzip darum, zu versuchen, beide Seiten von der Notwendigkeit eines Verhandlungsprozesses zu überzeugen. Das war ja für beide Seiten durchaus schwierig. Die Taliban mussten damit oder konnten damit rechnen, dass die eigentlichen Verhandlungen, die sie führten, ja vor allen Dingen mit den USA stattfanden. Insofern gab es da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch ein Legitimationsproblem aus Sicht der Taliban: „Mit wem verhandeln wir da eigentlich?“, und auf der anderen Seite umgekehrt auch: Die republikanische Seite sah eben auch in den Taliban letzten Endes vor allen Dingen eine terroristische und bewaffnete Bedrohung und nicht unbedingt die Repräsentanz eines wesentlichen Teiles der afghanischen Bevölkerung. Insofern ging es vor allen Dingen auch erst mal darum, Möglichkeiten für einen politischen Prozess auszuloten, zu unterstützen, zu beraten, aus anderen Friedens- und Verhandlungsprozessen Erfahrungen weiterzugeben: Wie kann man so einen Verhandlungsprozess strukturieren? Wie nähert man sich den schwierigen Fragen? Ist es vernünftig, erst mal sozusagen mit vertrauensbildenden kleinen Schritten anzufangen und, sozusagen fragend, auch der Struktur eines Ausöhnungs- und Friedensprozesses?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich würde Ihnen gerne einen Vorhalt machen: MAT A AA-8.483 VS-NfD, Blatt 25 und 26. - Da haben Sie zur Rolle Deutschlands berichtet, Deutschland werde von beiden Seiten als konstruktiver Unterstützer wahrgenommen, und werden wörtlich zitiert mit dem Satz: „Unser Rat ... wird von beiden Seiten gesucht.“ Was meinten Sie mit dem Satz: „Unser Rat ... wird von beiden Seiten gesucht“? Oder können Sie das mal an Beispielen deutlich machen, was Sie damit meinten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Könnte ich den Vorgang noch mal sehen, damit ich einfach noch mal weiß, in welchem Moment das sozusagen der Fall war? Danke.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ja, ich glaube, dass beide Seiten, also insbesondere erst mal die Republikseite, ein gewisses Vertrauen in die deutsche Rolle hatten, weil wir ja keine Sonderverhandlungen sozusagen mit den Taliban führten, anders als unsere amerikanischen Verbündeten. Und insofern ist auch aufgrund unserer sonstigen politischen Erfahrungen und unserer langen Kontakte mit den Taliban

über viele Jahre - - die ein gewisses Vertrauen gaben, dass wir genuin ein Interesse daran hätten, zu einem politischen Prozess, zu einem condition-based politischen Prozess, zu kommen.

Bei den Taliban wiederum galt Deutschland als - - hatte Deutschland einen gewissen - wie soll ich sagen? - Vertrauensvorschuss, weil wir ja schon vor vielen Jahren vorher auf die Taliban zugegangen sind, versucht haben, da erste Gesprächskanäle wieder zu öffnen, und insofern - - und auch dort wir ja nicht in dem Maße in einer militärischen Auseinandersetzung mit den Taliban standen, wie es die Amerikaner waren. Natürlich gab es die Bundeswehr, aber aus Taliban-sicht waren natürlich die USA der militärische Hauptfeind sozusagen. Insofern: Auch dort ging es vor allen Dingen darum, auszuloten: Wie kann man einen politischen Prozess realistisch gestalten auf der Basis der Machtverhältnisse, die dort existieren, und wie kann so etwas aussehen?

Und es ging auch immer wieder ein bisschen darum, Missverständnisse auszuräumen aufgrund eben vielleicht auch mancher Äußerungen aus der zweiten, dritten, vierten, fünften Reihe der jeweiligen Unterstützer auf Talibanseite, auf Republikseite, die dann gerne als Vorwand genommen wurden von beiden Seiten, irgendwie der anderen Seite sozusagen die finstersten Absichten zu unterstellen, und insgesamt für Flexibilität zu werben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** In Ihrer Vernehmung am 20. Oktober letzten Jahres haben Sie zu der Frage, wie die Verhandlungsparteien durch Deutschland unterstützt worden sind, ausgesagt - ich zitiere das Stenografische Protokoll -:

„Wir haben versucht, die Verhandlungsdelegation zu unterstützen durch Beratungsleistungen, Berghof Stiftung und Ähnliches ...“

Welche Rolle hat die Berghof Stiftung für die Verhandlungen gehabt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Die Berghof Stiftung hatte ja intensiv Gespräche geführt mit beiden



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Seiten über viele Jahre, und gerade in einer Region, in der es sehr viel auf langes persönliches Kennen, auch langes persönliches Engagement ankommt, spielt das eine große Rolle. Und insofern war der Versuch der Berghof Stiftung - so würde ich es jetzt beschreiben - in der Tat, bei beiden Seiten für eine politische Lösung zu werben. Denn es gab natürlich auf beiden Seiten auch immer wieder Kräfte, die der festen Überzeugung waren, dass es eigentlich nur eine militärische Lösung geben könne.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie haben sich in Ihrer Vernehmung am 20. Oktober zur Zusammenarbeit mit der Berghof Stiftung ja schon mal geäußert, und ich zitiere Sie erneut aus dem Protokoll, Stenografischen Protokoll. Da sagen Sie, die Berghof Stiftung habe vor allem „Prozessberatung gemacht“, während für das Auswärtige Amt die „politische Unterstützung“ im Vordergrund gestanden habe, und habe nicht immer an den jeweils - - an allen Gesprächen teilgenommen, sich aber dennoch „aus Pragmatismus“ unterstützt. Es sei immer wieder deutlich gemacht worden, dass die „Berghof Stiftung kein Regierungsakteur“ sei. Es sei auch ganz bewusst immer wieder so „eine gewisse Firewall“ eingezogen worden. - Also, meine Frage ist: Bei welchen Themen gab es Überschneidungen, und was haben Sie mit „Firewall“ gemeint, und wieso bedurfte es einer solchen Firewall?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, es war ja ganz wichtig für die Berghof Stiftung und für - - Die Idee einer Beratung über so eine Institution wie die Berghof Stiftung, beiden Verhandlungspartnern vorzuschlagen und sie dann auch durchzuführen, ist ja gerade, dass sie nicht doppelt das, was staatliche Akteure auch können. Und dazu gehört es natürlich auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berghof Stiftung Gespräche führen mit beiden Seiten, von denen dann beide Seiten davon ausgehen können und vielleicht dann auch spüren in dem langen Prozess, dass nicht alles, was sie mit der Berghof Stiftung besprechen an Ideen, Szenarien - sollen wir vielleicht jetzt diese Frage nach vorne ziehen, oder sollen wir vielleicht erst mal hier uns versuchen zu einigen? -, eins zu eins an die deutsche Delegation oder wen auch immer weitergegeben wird.

Nur so kann so etwas ja funktionieren: wenn in so einem Gespräch mit so einer Stiftung auch ein freierer Diskurs möglich ist, als das mit einem Vertreter der Bundesregierung in diesem Fall oder Vertretern der Bundesregierung möglich ist, sondern dass es eben auch ein Raum ist, wo man Sachen einmal - wie soll ich sagen? - durchspielen kann, gedanklich ausprobieren kann, offener Vor- und Nachteile bestimmter Verhandlungsschritte diskutieren kann.

Insofern war es aus unserer Sicht und sicherlich auch aus Sicht der Mitarbeiter der Berghof Stiftung ganz wichtig, dass sowohl die Taliban als auch die Republikseite spürten, dass nicht alles, was da besprochen wurde, sozusagen danach Allgemeinwissen der Deutschen in Doha oder in dem Prozess war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben das letzte Mal Herrn Professor Gießmann als Zeuge hier vernommen, und ohne ihn wörtlich zu zitieren, hat er in seiner Aussage hier großen Wert auf die Unabhängigkeit der Stiftung gelegt. Zwei Fragen dazu:

Zum einen: Wie bewerten Sie die Funktion einer solchen Stiftung in diesem Prozess mit Blick auf diese Unabhängigkeit?

Und zum Zweiten: Hat das zu Problemen oder Herausforderungen geführt in Ihrer Zusammenarbeit mit der Berghof Stiftung?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich fange mit der zweiten Frage an: Nein, hat es nicht. - Zu der ersten: Also, wenn ich - natürlich auch vor dem Hintergrund aller weiteren Krisen, über die man so nachdenkt - das versuche zu reflektieren: Ich glaube, ganz entscheidend insgesamt bei Friedensprozessen, ob sie dann am Ende erfolgreich sind oder nicht aufgrund der Rahmenumstände, ist, dass, wer auch immer sich da engagiert, das tut auf - - möglichst tiefer Kenntnis der Personen auf beiden oder den mehreren Seiten. Das ist ja häufig nicht sozusagen wie beim Fußball - Mannschaft A, Mannschaft B -, sondern das ist ja wesentlich komplexer leider.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und insofern kommt es, glaube ich, ganz stark darauf an, dass, welche Stiftung, welcher Think-tank, welche Institution sich da auch immer engagiert, das tut aufgrund jahrelangem intensiven persönlichen Engagement. Und ich hatte das oder habe auch im Rückblick das Gefühl, dass die Berghof Stiftung diese wichtige Qualifikation hatte. Sie brachte sowohl mit sozusagen das Handwerkszeug, engagiert zu sein in Friedensprozessen, auch außerhalb des Afghanistan-Konfliktes, also insofern eben auch viel Erfahrung beisteuern zu können aus anderen Prozessen, aber eben auch eine intensive Kenntnis Afghanistans, der Gesprächspartner auf beiden Seiten. Ich glaube, das sind die beiden ganz entscheidenden Voraussetzungen, um überhaupt eine vertrauensvolle und sinnvolle Rolle in so einem Prozess zu spielen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben das letzte Mal auch den Botschafter in Katar gehört, den deutschen Botschafter, und dessen Einschätzung zur Frage, welche Rolle Katar gespielt hat. Und mich würde mal Ihre Einschätzung interessieren, welche Rolle für den Friedensprozess aus Ihrer Sicht Katar gespielt hat. War die gut, oder war die weniger gut? Wie würden Sie das im Nachhinein bewerten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, letzten Endes braucht es, um einen solchen Prozess in Gang zu bekommen, Akteure, auch staatliche Akteure, die mit beiden Seiten sprechen können. Es gab ja - das haben Sie sicherlich in den Akten gesehen und auch von anderen und vielleicht auch von mir letztes Mal gehört - auch immer wieder Überlegungen: „Ist es sinnvoll, den Prozess aus Katar herauszuholen und meinetwegen nach Oslo zu bringen?“, oder so. Wir hatten uns da auch gemeinsam mit unseren norwegischen Partnern sehr intensiv darauf vorbereitet. Da gab es viele Gespräche, Vorbereitungsrounds usw.

Am Ende, glaube ich, bei aller - also ich will sozusagen jetzt nichts zur allgemeinen politischen Situation in Katar sagen und zu den Menschenrechten dort usw. - - würde ich sagen, dass die Rolle Katars in diesem Prozess eine unter dem Strich eher hilfreiche war. Sie haben sicherlich es erst mal überhaupt ermöglicht, dass diese

Verhandlungen dort stattfanden, noch dazu - dürfen wir nicht vergessen; das ist mir jetzt auch in der Vorbereitung auf den heutigen Tag noch mal durch den Kopf gegangen - unter Coronabedingungen. Wir hatten ja die Hochzeit der Corona-phase. Ich glaube, nicht jedes Land auf dieser Welt hätte das hinbekommen, in so einer Situation überhaupt einen Friedensprozess oder einen Verhandlungs- oder einen Gesprächsprozess in Gang zu bekommen. Wenn ich an die Zeit zurückdenke, mit all den auch Coroneinschränkungen, an die wir uns ja alle noch erinnern, spielte auch das eine Rolle: einen Ort zu finden, der in der Lage war, aufgrund eben einer - wie soll ich sagen? - staatlichen Prioritätensetzung, zu sagen: Wir lassen da ständig Delegationen rein-, rausfliegen usw. - Das war ja zu der Zeit überhaupt nicht selbstverständlich, und ich denke, auch das sollte man in die Gesamtbewertung mit einbeziehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Haben Sie Erkenntnisse zu der Rolle, die Katar gespielt hat mit Blick auf Evakuierungsflüge?

**Zeuge Andreas Krüger:** Da müsste ich selber jetzt noch mal in die Akten schauen. Ein Teil der Evakuierungsflüge ging ja über Katar, unter anderem auch ein Teil der Flüge zum Beispiel auch der Kolleginnen und Kollegen von der deutschen Botschaft - also wenn man das auch schon als Evakuierung nennen will. Auch dort muss man sagen: Ich glaube, dass Katar da versucht hat, letzten Endes sehr hilfreich zu sein - - sicherlich dann auch überfordert war.

Die Bedingungen, glaube ich, für manche Geflüchtete waren äußerst schwierig, was aber - ich glaube, das muss man auch konzedieren - nicht nur an Katar alleine lag, sondern natürlich auch an der Frage: Wohin können denn dann die Geflüchteten danach weiterreisen, insbesondere diejenigen, die sich Hoffnung machten, zum Beispiel in die USA zu reisen, was dann ja sich als äußerst schwierig herausstellte? Insofern da natürlich viele Leute sozusagen dann erst mal strandeten quasi, unter teilweise, glaube ich, auch humanitär durchaus sehr schwierigen Bedingungen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wann haben Sie zum ersten Mal daran gedacht, dass die afghanische Republik, zumindest in der Form, wie sie bestand zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens, dem Untergang geweiht ist? Und vielleicht können Sie auch was zu den Umständen sagen, wie Sie zu solchen Erkenntnissen gekommen sind.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, die Möglichkeit war, glaube ich, immer vorhanden. Ich könnte jetzt nicht den Tag eins sagen. Dass die Möglichkeit sozusagen eines Auseinanderfallens der Republik bestand, war, glaube ich, sozusagen von Tag eins an, also lange vor dem Doha-Prozess, sozusagen immer eine Möglichkeit, die man mitdenken konnte.

Ich glaube, was alle kollektiv unterschätzt haben, war die starke Beschleunigung des Zerfalls. Also, wenn ich mir auch noch mal vergegenwärtige selbst die Einschätzung sowohl der Amerikaner als auch unserer Dienste noch Anfang August usw., dann war es sozusagen vor allen Dingen auch eine Frage der sehr starken Beschleunigung dieses Prozesses.

Ich glaube, was aus meiner persönlichen Sicht besonders schwierig war, war, dass insbesondere der Präsident Ashraf Ghani und sein engeres Umfeld fest davon überzeugt waren oder zumindest so handelten, als seien sie fest davon überzeugt, dass ein amerikanischer Abzug letzten Endes für die Amerikaner nicht möglich sei. Und wir haben immer wieder versucht, in vielen Gesprächen - also wir, Deutschland; sicherlich auch andere -, ihnen, den Vertretern der Republik, nahezubringen, dass wir natürlich nicht für die Amerikaner sprechen können, aber dass man sich über die - wie soll ich sagen? - inneren Dynamiken der amerikanischen Politik keinen Illusionen hingeben sollte und insofern zu auch realistischen Verhandlungspositionen kommen sollte. Aber das war nicht leicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie das zusammenfassend beurteilen würden: Was ist aus Ihrer Sicht - - Oder was sind die zentralen Gründe für das Scheitern der Friedensverhandlungen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das Zentrale - - Es sind, glaube ich, mehrere Prozesse. Die Republik hatte ein Legitimationsproblem. Sie hat es nicht geschafft, in weiten Teilen des Landes Institutionen aufzubauen, Persönlichkeiten - - repräsentiert durch Persönlichkeiten, die das Vertrauen der Menschen vor Ort gewannen. Und es ist ja - wie soll ich sagen? - kein Zufall, dass die Taliban insbesondere erst mal in den ländlichen Gebieten große Fortschritte machten und ja nicht - - häufig, aber nicht nur mit brutaler Gewalt. Das ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Faktor.

Der zweite wichtige Faktor war tatsächlich die amerikanische Entscheidung, den Abzug „no matter what“ durchzuführen, sich loszulösen von Konditionen und sozusagen auch ohne die Einhaltung von wichtigen Konditionen, die sozusagen den Fortbestand der Republik garantiert hätten, ihre Truppen abzuziehen und auch zu signalisieren, dass auch nach dem Abzug es keine militärische Unterstützung für die Republik als solche geben würde, sondern nur noch Antiterrorereinsätze.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine der Fragen, die wir fast allen Zeugen hier stellen und die ich Ihnen auch stellen möchte, ist mit Blick auf das, was Sie jetzt gerade gesagt haben: Was sind denn für Sie die Lessons learned aus diesem Prozess mit Blick auf die konkreten Erfahrungen mit dem, was Sie gerade geschildert haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also ich würde sagen zum einen - ich glaube, das haben wir auch immer wieder betont in vielen Gesprächen -: Es ist leider eine traurige und auch frustrierende Erfahrung, dass die Mehrzahl von Friedensprozessen scheitert an allen möglichen verschiedenen Gründen. Trotzdem würde ich sagen, dass, selbst wenn man das weiß, dass sozusagen die Statistik gegen einen spricht oder gegen den Versuch, einen solchen Friedensprozess zu unterstützen, es sowohl politisch als auch humanitär - oder ich würde es sogar umdrehen: sowohl humanitär als auch politisch - richtig ist, es zumindest zu versuchen aus Verantwortung gegenüber den hauptbetroffenen Menschen, einen solchen Friedensprozess zu unterstützen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich glaube, was möglicherweise - - Zwei Faktoren, die man noch stärker hätte in den Vordergrund stellen - - ist zum einen das Insistieren auf einem Condition-based Approach, also auf einem Abzug oder einem Verhandlungsprozess unter klar definierten Bedingungen. Das haben wir immer wieder versucht, aber sind daran letzten Endes - - waren da letzten Endes nicht erfolgreich. Sie werden in den Akten sicherlich finden auch, dass gerade die Deutschen also in den ersten Monaten nach Unterzeichnung des Doha-Abkommens da gerade auch im NATO-Rahmen und in Brüssel und gegenüber den Amerikanern immer wieder versucht haben, sehr stark auf Konditionen zu drängen, da aber letzten Endes - - uns gegenüber der Trump-Administration, die damals ja leider im Weißen Haus war, nicht durchsetzen konnten. Ich glaube, das war sicherlich die schwerwiegendste Belastung.

Vielleicht hätten wir - - Und ich glaube, das Zweite ist: Wenn ich sozusagen über den Untersuchungsausschusszeitraum hinausblicke, in die Vergangenheit, dann würde ich sagen, dass die entscheidenden Chancen Jahre vorher verpasst wurden, als die Taliban militärisch noch lange nicht so stark waren und es aber letzten Endes leider auch an amerikanischem Widerstand scheiterte, einen sinnvollen Friedensprozess in Gang zu bringen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bevor ich Sie noch ein bisschen befragen möchte zu der Rolle Ihres Referats in der Krisensituation am Ende, würde ich gerne auf etwas zu sprechen kommen, was wir auch in der letzten Sitzung hier verschiedene Zeugen gefragt haben. Und zwar hat zum Beispiel der Zeuge Nader Nadery in seiner Vernehmung am 9. November ausgesagt, dass ab Juli 2021 nur noch die Hoffnung bestanden habe, die Konditionen einer Machtübergabe an die Taliban verhandeln zu können, wobei insbesondere die Anerkennung einer Grundrechtecharta erreicht werden sollte. Ich wüsste gerne von Ihnen, ob Sie Kenntnis von Verhandlungen über eine Machtübergabe an die Taliban hatten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das ist ja nun auch schon wieder zweieinhalb Jahre her. Schwer zu sagen. Also, dass auch in Doha in der Zeit sicherlich

manche Gespräche liefen, in die wir nicht eingebunden waren, war uns, glaube ich, immer wieder bewusst, war auch durchaus aus unserer Sicht ein - wie soll ich sagen? - Pluspunkt der Doha-Verhandlungen, solche Rahmen zu schaffen.

Ich würde mal sagen, in den letzten Wochen vor der militärischen - wie soll ich sagen? - Beschleunigung, wo dann die einzelnen Provinzen und Provinzhauptstädte in zunehmender Geschwindigkeit an die Taliban fielen, gab es sicherlich vielerlei Gespräche. Wie konkret wir über die Bescheid wussten, da bin ich jetzt, ehrlich gesagt, überfragt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber dass es solche Gespräche gegeben hat: Davon haben Sie schon Kenntnis gehabt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich bin nicht sicher, wie konkret diese Gespräche tatsächlich waren, also wenn man jetzt mal die letzten Tage vor dem Fall Kabuls ausklammert. Wie gesagt, da müsste ich auch mein Gedächtnis noch mal überprüfen; kann ich jetzt aus dem Stehgreif nicht sagen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann muss ich das in einen Konditionalsatz fassen oder die Frage fassen, weil Sie das ja so beantwortet haben, wie Sie das jetzt beantwortet haben: Wenn Vertreter der Bundesregierung beteiligt gewesen wären an solchen Gesprächen, wäre Ihnen das zur Kenntnis gelangt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Sicher.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wissen Sie, ob Vertreter der Berghof Stiftung bei solchen Gesprächen involviert waren?

**Zeuge Andreas Krüger:** Da müssten Sie die Berghof Stiftung fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und dann ist Ihnen also auch nicht - - Nein, ich frage andersrum: Ist Ihnen bekannt, dass es vor dem 15. August eine Einigung gegeben hat bei solchen Gesprächen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Also - wie soll ich sagen? - die Tatsache, wie der 15. - - also 13., 14., 15. August abliefen, sprechen aus meiner Sicht stark dafür, dass, was immer es für Gespräche gegeben hat oder auch nicht gegeben hat, die zumindest nicht so weit gediehen sind, dass es zu tatsächlich belastbaren - - einem belastbaren Prozess kam. Denn wir wissen ja alle oder haben es ja alle mitverfolgt, wie überrascht selbst der Präsident, sein engstes Umfeld, dann von der sich rapide verschlechternden Lage war.

Es gab möglicherweise, aber das bitte ich jetzt sozusagen nicht als - wie soll ich sagen? - harte Faktenaussage, sondern mehr aus meinem Gedächtnis geholte Einschätzung zu werten, teilweise offensichtlich Gespräche über auch die Frage: Bleiben die Taliban vor Kabul stehen, bleiben sie das nicht usw.? Aber wie verlässlich und wie belastbar diese Gespräche tatsächlich waren, da habe ich so meine gewissen Zweifel. Denn weder wir noch der Zeuge, den Sie gerade zitiert haben, waren ja in diese Gespräche unmittelbar eingebunden. Und insofern, glaube ich, muss man das auch mit einer gewissen Vorsicht anschauen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann will ich Ihnen den Vorhalt machen, dass Stefan Pontecorvo in der Expertenanhörung am 2. März geäußert hat - und auch Professor Gießmann in seiner Vernehmung hier und Nader Nadery auch -, dass man zwischen dem 12. und 14. August eine Einigung mit den Taliban erarbeitet habe, in der es um die Ausgestaltung einer Machtübergabe gegangen sei. Die Einigung habe laut Nader Nadery vorgesehen, dass der afghanische Präsident Ashraf Ghani zurücktreten und die Macht an eine Loya Jirga übergeben solle. Weitere Detailfragen hätten nach dem 17. August durch den ehemaligen Präsidenten Hamid Karzai und Dr. Abdullah Abdulah in Doha verhandelt werden sollen, und Professor Gießmann hat in seiner Vernehmung berichtet, dass er am 13. August gebeten worden sei, einen Entwurf für eine solche Einigung auszuarbeiten. Eine endgültige Einigung sei jedoch an Ashraf Ghani's Flucht am 15. August 2021 gescheitert. - So weit die Zeugenaussagen.

Ist Ihnen das zur Kenntnis gelangt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also, das ist ja der Punkt, auf den ich gerade versuchte hinzuweisen. Wenn man sagt: „Gab es Verhandlungen zwischen den zwei Seiten?“, dann ist ja entscheidend: Was sagen die zentralen Repräsentanten? Dass sozusagen Experten, alle möglichen hilfreichen, gutmeinenden Menschen versuchten, sozusagen da eine Lösung herbeizuführen, ist das eine.

Das andere ist: Gab es tatsächlich belastbare Verhandlungen zwischen dem Staatspräsidenten Ashraf Ghani und der Führung der Taliban? Und da hätte ich meine Zweifel, ob das, was da besprochen, verhandelt, ventiliert, ausgedacht etc. wurde, tatsächlich diesem - wie soll ich sagen? - Standard entspricht. Also, ich glaube, das ist genau der Punkt.

Es wurde sicherlich sehr viel versucht, auch in den letzten Tagen - das versuchte ich ja gerade zu sagen -, da noch diese - wie soll ich sagen? - Lawine, die da ins Rollen gekommen war, wieder in einen vernünftigen Prozess zu bringen. Aber ich habe, ehrlich gesagt, meine Zweifel daran, ob sowohl die Talibanspitze als auch Präsident Ghani und sein unmittelbares Umfeld da tatsächlich ihre Unterschrift darunter gesetzt haben oder hätten. Das entwertet die Versuche, diese militärische Akzeleration wieder in vernünftige Bahnen zu lenken, in keinster Weise, sondern gerade - - Es ist ja äußerst sinnvoll, so etwas zu versuchen. Nur wurden, glaube ich, alle Beteiligten, inklusive derjenigen, die da versuchten, noch so etwas hinzubekommen, dann einfach von den Ereignissen und von den Fakten „on the ground“ überrollt.

Insofern würde ich das eben als Versuche, zu einem Abkommen zu gelangen, bezeichnen von Personen, wo man ja dann auch nicht so genau weiß oder wo es im Nachhinein teilweise auch schwer zu rekonstruieren ist: Hat Präsident Ghani auf der einen Seite, hat die oberste Talibanführung auf der anderen Seite da wirklich die Autorisierung dafür gegeben? - Wie gesagt, das entwertet diese Versuche nicht um einen Millimeter. Aber es ist halt was anderes, als wenn die beiden entscheidenden Spitzen miteinander ein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Abkommen schließen, und das wüsste ich nicht, dass es das gegeben hätte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wobei der Vorhalt - das, was ich eben zitiert habe - nicht von Selbstversuchen sozusagen spricht, sondern die drei Zeugen haben jeweils ausgesagt, sie seien beauftragt worden, konkret beauftragt worden, solche Vereinbarungen zu erarbeiten. Also insofern ging meine Frage schon dahin, ob Sie Kenntnis von solchen Aufträgen hatten, und vielleicht können Sie das noch mal sagen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich müsste jetzt selber noch mal schauen. Ich wüsste jetzt nicht - - Also, es war klar, dass es in den letzten Tagen vor dem endgültigen Zusammenbruch alle möglichen Versuche noch einmal gab, Runden, hochrangig, in Doha zusammenzubekommen etc. Aber wie wir ja alle wissen - wie soll ich sagen? -, wurden die von den Ereignissen in Afghanistan selber dann zunehmend obsolet gemacht.

Mir ist auch noch in Erinnerung, dass irgendwie Vizepräsident Amrullah Saleh sich am 17. August, glaube ich, noch oder so zum Präsidenten selber ausgerufen hat und ähnliche Dinge. Ich glaube, das sind alles Dinge, die sich dann einfach durch die faktische Machtübernahme der Taliban in Kabul auch dann von selber erledigt haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wo haben Sie sich selbst zwischen dem 12. und 15. August aufgehalten?

**Zeuge Andreas Krüger:** In Berlin.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich gern noch mal zu der Situation in Ihrem Referat zurückkommen. Sie sind am 9. August, wie Sie damals ausgesagt haben, aus dem Urlaub zurückgekommen und haben gleich darauf die Nachricht von der GIZ erhalten, dass aus Sicherheitsgründen für den Dienststandort in Masar-i-Scharif ein vollständiger Lockdown verhängt worden ist; MAT A AA-8.500 VS-NfD, Blatt 8 bis 9, Anlage 16 ist das. Können Sie uns erläutern, wie Sie die Lage nach der Rückkehr aus dem Urlaub bewertet haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, es war, glaube ich, sehr klar, dass sich die militärische Lage in den Wochen zuvor schon deutlich verschlechtert hatte. Wie rasch dann die Republik zusammenbrach in den nächsten sechs Tagen - sind es ja dann nur noch -, glaube ich, haben selbst am 9. August nur wenige vorausgesehen, oder ich kenne sogar gar niemand, der das vorausgesehen hat - vielleicht auf der Talibanseite, das weiß ich nicht; ich habe ja seitdem mit den Taliban nicht mehr gesprochen, aber sicherlich nicht - - weder unsere Dienste noch - - auch viele wichtige Amerikaner nicht, sondern die allgemeine Erwartungshaltung war ja sehr stark, dass zumindest bis Mitte September, also bis zum projektierten Truppenabzug der Amerikaner, die Republik bestehen könnte und dass genau dieses Zeitfenster genutzt werden sollte. Durch insbesondere die Ereignisse in den diversen Provinzen, die sehr rasche Machtübernahme in wichtigen Provinzhauptstädten, hat sich dann die Lage in den Tagen zwischen dem 9. und dem 15. August eben dramatisch verschlechtert.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Am 11. August hat dann Ihr Referat eine Ministervorlage zu den krisenhaften Entwicklungen vorgelegt - das ist MAT A AA-9.116 VS-NfD, Blatt 45 bis 48; Anlage 17 -, in welcher vorgeschlagen wird, dass der Bundesminister mit seinem US-Kollegen Blinken das Gespräch sucht mit der Botschaft:

**„Der notleidenden militärischen Lage muss ein möglichst robuster diplomatischer Strang entgegengestellt werden.“**

Am Abend desselben Tages erhielten Sie eine Nachricht des deutschen Gesandten in Kabul - das ist MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 160/161; Anlage 18 -, der berichtet, gehört zu haben, dass die USA ihre Leute und die NATO rausfliegen und der letzte Flieger das Land am 25. August, also in genau 14 Tagen, verlassen soll. Haben Sie zu diesem Zeitpunkt das für eine realistische Option gehalten, dass die USA innerhalb dieser 14 Tage komplett abzieht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Erstens. Könnte ich die beiden Sachen noch mal sehen? Vielen Dank.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Also, ich habe das sicherlich für möglich gehalten, dass die Amerikaner rascher abziehen als bis zum 11. September, einfach auch aufgrund der Erfahrungswerte, dass es häufig so ist, dass militärische Abzugsszenarien etwas rascher durchgeführt werden als sozusagen der politisch gesetzte Termin. Gleichzeitig wurde uns - - war schon die Erwartungshaltung, dass auch den Amerikanern sehr stark daran gelegen war, dass sich die Regierung in Kabul halten sollte. Insofern nahmen wir das, was Jan Hendrik van Thiel schrieb, sehr, sehr ernst und haben das ja dann auch unmittelbar weitergegeben, sowohl an meinen Vorgesetzten als auch ans Lagezentrum. Insofern, glaube ich, mussten wir mit diesem Szenario rechnen. Ja, klar.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn man mal die beiden Dinge kontrastiert, also Ihre Vorlage, Ihre Ministervorlage, und den Mailverkehr mit dem Gesandten von Thiel in Kabul, hat man ja doch den Eindruck, dass das, sagen wir mal, zwei sehr unterschiedliche Blickwinkel auf die Realität sind, um es mal so auszudrücken. Hatten Sie tatsächlich den Eindruck, dass eine diplomatische Initiative, wie Sie geschrieben haben, das Ruder noch mal hätte herumreißen können?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, zum einen, wie gesagt: Die Vorlage ist ja auf den 11.08. datiert und ging sicherlich sozusagen vor 22.06 Uhr zum Minister, in Richtung des - - also erst mal an die Abteilungsleitung und an die Staatssekretärin. Insofern ist das, was Jan Hendrik van Thiel dankenswerterweise dann berichtete, sozusagen zu uns gekommen, nachdem er - - nachdem die Vorlage auf den Weg gebracht worden ist. Sie können sich vorstellen: So eine Vorlage schreibt man ja nicht - - Also, selbst wir schrieben damals Vorlagen in der Regel nicht innerhalb von einer Stunde, sondern es dauert dann halt auch in dem Abstimmungsprozess, auch in der Zentrale und natürlich auch mit den Kollegen vor Ort, ja dann doch immer ein paar Tage, bis sozusagen so eine - das sind ja immerhin vier Seiten oder so - - dass das dann tatsächlich so weit ist, dass man es

an die Leitungsebene gibt. Insofern gibt es da auch eine zeitliche Reihenfolge. - Zum einen.

Zum Zweiten würde ich sagen: Ja, ich bin auch nach wie vor Herrn van Thiel hier sehr dankbar, dass er dann in dem Moment, wo er diese Nachrichten aufnahm, da auch „Alarmstufe dunkelgelb“, wie er selber schrieb - - sozusagen uns sofort alarmierte. Das war sehr richtig von ihm. Insofern, wie gesagt, nahm ich das zu 100 Prozent oder nahmen wir das zu 100 Prozent ernst. Gleichzeitig hat das für uns eher sozusagen dazu geführt, zu sagen: Okay, umso wichtiger ist es jetzt, alle politischen Kanäle zu nutzen, um zu versuchen, da das Schlimmste zu verhindern; denn wir wissen ja auch: 11. August - jetzt müsste ich sozusagen mir die Landkarte noch mal anschauen - - Am 11. August waren noch nicht alle Provinzen gefallen, geschweige denn Kabul. Alle, die Amerikaner, unsere Dienste etc., gingen zu dem Zeitpunkt - unsere Bundeswehr war schon nicht mehr in Afghanistan - davon aus, dass Kabul sich doch eine Weile halten wird können, selbst unter Worst-Case-Szenarien. Insofern sehe ich da eigentlich - - Also, ich verstehe natürlich, Herr Vorsitzender, vollkommen, dass Sie sagen: Moment, das passt doch überhaupt nicht zusammen. - Sie haben es freundlicher formuliert. Aber das kann man, glaube ich, offen so sagen, dass der Eindruck rasch entsteht. Ich würde aber sagen: Gerade vor dem Hintergrund dieser dramatischen Lage, so wie Herr van Thiel sie schilderte, war es umso wichtiger, zu versuchen, die politischen Aktivitäten noch zu intensivieren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich habe nur noch zwei, drei Abschlussfragen zu den Tagen. Am 12. August hat der deutsche Gesandte erneut - MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 164/165, Anlage 19 - berichtet, dass der 25. August laut NATO und Türkei eine „tatsächliche Planungsoption der USA“ sei, und hat dann später per Mail - das ist MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 179 bis 181; Anlage 20 - von der Entscheidung des Vereinigten Königreichs berichtet, die Botschaft bis zum 15. August an den Flughafen zu legen. Sie schrieben daraufhin die Botschaft in Washington an und baten darum, die Lage aufzuklären. Mich interessiert: Von wem haben Sie in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Folge welche Information zur Verifizierung dieser Information aus Kabul erhalten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Erstens. Könnte ich das, was Sie gerade zitiert haben, noch mal kurz sehen? Das hilft doch auch meinem Gedächtnis ein bisschen nach zweieinhalb Jahren.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Also, wie gesagt, wir nahmen das, was Jan Hendrik van Thiel da aus Doha berichtete, sehr ernst. Wir erwarteten aber auch von einem zentralen Verbündeten, wie es die Amerikaner waren oder sind, allgemein und insbesondere auch in Afghanistan, natürlich, dass solche Evakuierungspläne, die uns und unsere Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen in Kabul ja auch unmittelbar betrafen und natürlich auch das Schicksal vieler Afghaninnen und Afghanen - - dass wir darüber - wie soll ich sagen? - nicht „nur“ - in Anführungsstrichen - über Umwege erfuhren, sondern auch sozusagen von Hauptstadt zu Hauptstadt. Insofern war es für uns ganz wichtig, diese Bestätigung dann auch noch einmal aus Washington zu bekommen. Das war sozusagen die Idee, sozusagen in Washington dann direkt nachzufragen: Wie sieht es - - Was wisst ihr darüber?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die vorletzte Frage von mir ist zu dieser Rückmeldung aus Washington: Welche Qualität hatten die Informationen, die Sie von der US-Administration bekommen haben, und hatten Sie Zutrauen in die Zusicherungen, die dort gegeben worden sind?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich würde mal sagen: Auch auf amerikanischer Seite gab es dann eine gewisse Überlastung angesichts der Lage und möglicherweise auch eine gewisse Divergenz zwischen dem politischen, dem militärischen und dem nachrichtendienstlichen Strang, was sowohl die Lageeinschätzung angeht als auch die daraus folgenden politischen und militärischen und strategischen Schlussfolgerungen. Insofern gab es eine gewisse, ja, Dissonanz, auch was die Messages von amerikanischer Seite anging. Wenn man also vergleicht, was Khalilzad auf der einen Seite sagte, Kollegen aus dem State Department,

aus dem Weißen Haus, aus den Diensten auf der anderen Seite sagten, dann fiel das schon etwas auseinander. Und das machte für uns natürlich die Lageeinschätzung nicht leichter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine Schlussfrage gilt jetzt dem 13. August; das ist ja auch ein geschichtsträchtiger Tag. Da haben Sie als Reaktion auf den Rückzug der Briten, die in der Nachbarschaft zur deutschen Botschaft untergebracht waren, und sich ausweislich einer Mail vom 13. August - MAT A AA-8.132 VS-NfD, Blatt 113, Anlage 21- - das Präsidium der Bundespolizei für eine Räume in der deutschen Botschaft ausgesprochen. Sie haben diese Mail farbenfroh kommentiert:

„Oh Mann. Die deutsche Polizei.“

Zitat Ende. - Vielleicht erläutern Sie uns, was Sie damit meinten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das noch mal sehen?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ja, also, ich möchte zwei Dinge dazu sagen. Zum einen: Es ist mir wichtig - ich habe ja auch schon mal in Bagdad gedient sozusagen oder gearbeitet, geschützt von der deutschen Polizei -, zu sagen, dass sowohl die Kollegen in Bagdad damals, die mich persönlich betreut haben, als auch die Kollegen in Kabul, die ich ja auch aus vielen Reisen kannte, eine ganz hervorragende Arbeit gemacht haben und sozusagen uns und unsere Kollegen dort sehr, sehr gut betreut und geschützt haben.

Ich würde gleichzeitig aber sagen, dass es schon an sich besser wäre, wenn die Frage „Sollten wir einen Botschaftscompound räumen oder nicht?“ - - zuerst eine politische Entscheidung sein sollte, die zwischen den verschiedenen Ministerien abgestimmt worden ist, und es insofern nicht unbedingt sinnvoll ist aus meiner Sicht, wenn sozusagen einzelne Teile, Dienststellen dann vorpreschen in so einer Lage und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

versuchen, Fakten zu schaffen. Und insofern war das, glaube ich, in der Situation aus unserer Sicht eine problematische Festlegung des BMI, die uns natürlich dann auch stark unter Zugzwang setzte; denn wir mussten zu dem Zeitpunkt ja auch davon ausgehen, dass es eine unmittelbare Bedrohung für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort so noch - noch! - nicht gab.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechselt das Fragerecht, und der Kollege Röwekamp hat das Wort.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Krüger, vielen herzlichen Dank. - Ich würde jetzt gerne noch mal ein bisschen auf die Zeit vor August 2021 springen, also so der Sommer 2021 - da gab es ja die zunehmende Überlegung der Evakuierung auch von lokalen Kräften -, und hier insbesondere das Thema Charterflüge als Stichwort mal kurz genannt.

Wir wissen, dass Sie spätestens im Juli 2021 auch die Nachricht erhalten haben, dass die USA planen, Ortskräfte auszufliegen. Und laut Ihrer eigenen Vorlage vom 15. Juli 2021 - das ist MAT A AA-8.421 VS-NfD, Blatt 224 bis 226 - hätten die USA gebeten, 5 000 bis 15 000 Ortskräfte inklusive Familien vorübergehend nach Ramstein zu verbringen, also auf jeden Fall zu evakuieren. Dann hat Herr van Thiel sich bei Ihnen gemeldet, am 13. Juli, und hat Ihnen ein Angebot eines Kollegen aus der französischen Botschaft übermittelt, wo es auch um die Inanspruchnahme von Evakuierungs- - also Plätzen in Evakuierungsflügen gab - das ist MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 21 bis 23 -, und in der Mail schreibt er - ich zitiere -:

„Briten machen fortlaufend Flüge (Charter und mil.) für ausreisewillige AFG LBs

- afghanische lokal Beschäftigte -

(dazu gesonderte Mail als Update zu gestern) und FRA macht uns jetzt mit diesem Angebot nass. ...

Ignorieren ist m. E. die schlechtere Alternative, die uns übel auf die Füße fallen könnte.“

Meine Frage in dem Zusammenhang ist: Wenn alle oder mehrere Nationen vor Ort schon Mitte Juli über die Evakuierung ihrer Ortskräfte nachgedacht und Charterflüge bzw. Ausreiseflüge dafür vorbereitet haben, warum war das bei Ihnen eigentlich kein Thema?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich die Unterlagen - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die beiden Vorgänge?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich glaube, das sind zwei logischerweise miteinander verbundene, aber doch etwas unterschiedliche Vorgänge. Das eine, die Frage des Anliegens der USA, über Ramstein Ortskräfte auszufliegen: Wie ja schon vorhin im anderen Zusammenhang gesagt, stellte sich da aus unserer Sicht zu dem Zeitpunkt eine ganze Reihe von schwierigen Fragen, insbesondere auch, weil wir ja davon ausgehen mussten - und das steht in der Vorlage ja auch drin, die ja eine gemeinsame Vorlage der Abteilung 5, also der Rechtsabteilung, und der Abteilung AP war - - Was geschieht mit denjenigen Personen, die das amerikanische Verfahren zur Aufnahme in die USA nicht erfolgreich durchlaufen würden?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Aber ich muss, bevor Sie uns jetzt den Inhalt der Vorlage schildern - - Meine Frage ist: Andere Nationen evakuieren, -

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - auch über Charter. Warum haben Sie zu diesem Zeitpunkt das nicht erwogen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Das stimmt ja nicht ganz. Wir hatten ja schon sozusagen - - Das Ortskräfteverfahren für die Ortskräfte der Bundeswehr war ja schon lange angelaufen und aus unserer Sicht ja auch - und das fand ich auch eine großartige Leistung der Kollegen, insbesondere in Masar - nicht ohne Erfolg. Also, insofern sind ja eine ganze Reihe von Ortskräften, insbesondere die für die Bundeswehr gearbeitet haben und die aus unserer Sicht damals im besonderen Fokus waren - - waren ja schon auf dem Weg. Also, insofern kann ich, glaube ich, Ihrer Einschätzung - - nicht zutreffen, dass andere ausgeflogen haben und wir nicht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Na ja, ich frage nach Charterflügen, ausdrücklich nach Charterflügen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Zu der Zeit war es ohne Weiteres möglich, Afghanistan auch zivil zu verlassen. Wie Sie sicherlich auch wissen, waren viele dieser Flüge nicht ausgebucht. Auch die meisten Afghanen und Afghaninnen, auch solche, die für die Amerikaner, die Briten, die Franzosen etc. arbeiteten, sind nicht auf diese Flüge gegangen. Und insofern gab es - - Wir hatten auch sozusagen praktisch keine Anfragen von afghanischer Seite oder kaum Anfragen, solche Flüge einzurichten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Ich unterbreche die Sitzung für 45 Minuten ungefähr.

(Unterbrechung von  
16.39 bis 17.50 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort. Wir waren vorhin bei dem Kollegen Röwekamp, und der hat nur einen ganz kleinen Teil seiner Zeit bisher gebraucht und insofern noch 14 Minuten. - Bitte schön.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. - Wir waren ja bei dem Thema „Charterflüge und Evakuierung“. Sie hatten gesagt, wenn ich das so richtig reproduziere, es habe keinen Anlass gegeben, im Sommer 2021 über Charter-

flüge nachzudenken, weil es noch Zugang zu regulären Flugbewegungen gegeben habe, wenn ich das richtig zusammenfasse. Also, Ortskräfte hätten normal noch ausreisen können. Habe ich das richtig in Erinnerung jetzt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das Ortskräfteverfahren für die Ortskräfte, wie sie damals definiert waren, zu dem Zeitpunkt, lief ja dank der großen Anstrengungen der Kollegen, insbesondere in Masar-i-Scharif, seitens des Auswärtigen Amtes und der Bundeswehr. Das heißt, diejenigen, die die Aufnahmezusage für Deutschland hatten, konnten auch ausreisen, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. Das wundert mich ein bisschen, weil Sie an - - An anderen Stellen sprechen Sie immer von dem Signal: „... dass man das Land zügig verlassen sollte und könnte ... zur Verunsicherung beitragen.“ Das ist zum Beispiel MAT A BMI-3.288 VS-NfD, Blatt 629 bis 632. Oder Sie sagen noch an anderer Stelle in einer weiteren Mail - das ist MAT A AA-8.357 VS-NfD, Blatt 130 bis 132 -:

„Es gibt ganz viele Gründe, warum das keine gute Idee ist; auch die StS'e hatten diese Variante bislang verworfen, aus gutem Grund.“

Wir produzieren damit Bilder und eine Dynamik in AFG, die sich nur sehr schwer noch kontrollieren wird lassen wird.“

Ich kriege das nicht zusammen: Auf der einen Seite sagen Sie: „Die Leute konnten ja regulär ausreisen“, auf der anderen Seite sagen Sie: „Wenn wir Charterflüge machen, dann gibt es eine Massenbewegung.“ - Was ist denn jetzt eigentlich richtig?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich würde es einfach aus grundsätzlichen Gründen gerne noch mal sehen, die Unterlagen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Gerne, legen wir Ihnen vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, aus meiner Sicht - wir reden ja hier jetzt über den Juni und den Juli - ist das kein Widerspruch. Zum einen, wie gesagt, gab es das reguläre Ortskräfteverfahren, was vor allen Dingen in Masar-i-Scharif lief und was - wie gesagt, unter großer Anstrengung der Kollegen aus dem Auswärtigen Amt und der Bundeswehr insbesondere - auch durchaus zu konkreten Resultaten führte. Auf der anderen Seite hätten wir, wenn wir damals, sprich: im Juni, Charterflüge angemietet hätten, das Signal gegeben, dass wir von einem baldigen Zusammenbruch der Republik ausgehen. Das hat zu dem Zeitpunkt keiner getan. Die deutsche Rolle - darf man auch nicht, glaube ich, vergessen - war da auch etwas anders als die meinetwegen Frankreichs, die zum Beispiel nur in geringem Umfang in Afghanistan engagiert waren.

In der Tat wäre es sehr schwierig gewesen - wir hatten ja eine sehr kleine Vertretung vor Ort, noch dazu unter Coronabedingungen arbeitend, also immer unter dem Damoklesschwert, dass auch diese Vertretung zu jedem Zeitpunkt einfach hätte zumachen müssen aufgrund der Coronabestimmungen; das hätte ja in jedem Moment passieren können -, dann Charterflüge zu organisieren, die sehr schwierige Frage zu klären: Wer ist zugangsberechtigt? Wer nicht? Wer hätte das vor Ort bei einem zivilen Flughafen zum Beispiel in Kabul organisieren sollen?

Wir hatten keine Visastelle in Kabul, wie Sie wissen. Visa upon arrival, wofür sich ja das Auswärtige Amt immer wieder eingesetzt hatte, waren im Ressortprozess nicht konsensfähig. Also sprich: Wir hätten damit auf der einen Seite ein Angebot geschaffen, das wir weder technisch vor Ort - - auch nicht hätten unterfüttern können, und noch dazu ein politisches Signal gegeben, was zumindest zum Zeitpunkt Juni/Juli von vielen als - wie soll ich sagen? - Vertrauensentzug für die afghanische Republik gewertet worden wäre. Aus den Gründen haben wir uns, also das Auswärtige Amt, sich zu dem Zeitpunkt gegen Charterflüge ausgesprochen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich verstehe es immer noch nicht. Sie sagen, auf der einen Seite

setzt es das falsche politische Signal. Die Amerikaner wollen 5 000 bis 15 000 Menschen evakuieren, die Briten evakuieren, die Franzosen evakuieren, und Sie sorgen sich um ein Bild, das sich bei einem deutschen Charterflug ergeben würde oder auch nur bei der Frage, ob man ein französisches Angebot annimmt? Ich frage noch mal: War es wirklich ernsthaft die Auffassung Ihrer Abteilung und des Auswärtigen Amtes, dass man mit Charterflügen in Anbetracht dieser Gesamtumstände und der Evakuierungsmissionen anderer Nationen ein falsches Signal setzen würde?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Moment mal, die Bundesregierung hat sich zu Wort gemeldet.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, wenn ich da mal reinspringen darf. Ich glaube, dieselbe Frage wurde ja jetzt in verschiedenen Iterationen gestellt, und der Zeuge hat erschöpfend und widerspruchsfrei dazu Auskunft gegeben. Von demher sozusagen würde ich jetzt das auch als erschöpfende Antwort sehen und es als unlauter sehen, da die Frage immer wieder in verschiedenen Schattierungen zu stellen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also mir schien schon, dass die Frage jetzt in der Form noch mal beantwortet werden sollte, weil das als Widerspruch erschienen ist. Damit hätte es sich dann sicherlich auch erschöpft. Aber diese Frage scheint mir schon noch mal behandelt werden zu müssen; denn es ist jetzt auch nach einem anderen Sachverhalt gefragt worden

(Thomas Röwekamp  
(CDU/CSU): Genau!)

in dem Letzten, was Herr Röwekamp gesagt hat. Es geht zwar in dieselbe Richtung, aber es ist gefragt worden nach den Flügen der Alliierten oder der anderen - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Und dem Angebot der Franzosen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also insofern glaube ich, die Frage müsste schon noch mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

beantwortet werden. Dann haben wir den Sachverhalt sicherlich erschöpft.

**Zeuge Andreas Krüger:** Herr Abgeordneter, Herr Vorsitzender, aus meiner Sicht, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, hatten wir, also sprich: die Bundesregierung, insbesondere dank eben des Engagements der Kollegen der Bundeswehr und des Auswärtigen Amtes schon zum damaligen Zeitpunkt mehr Leute auf den Weg nach Deutschland geschickt als zum Beispiel die Amerikaner zu dem Zeitpunkt; von den Franzosen mal ganz zu schweigen. Das heißt, der Eindruck, dass es zusätzlicher Charterflüge bedürft hätte, ist, glaube ich, missverständlich. Denn unser Ortskräfteverfahren, unter der Definition, wie zu dem Zeitpunkt „Ortskräfte“ ressortabgestimmt definiert wurden, lief ja. Und wir hatten schon lange, bevor andere angefangen haben überhaupt, Leute tatsächlich auszufliegen, tatsächlich Leute aus Afghanistan rausgebracht. Insofern kann ich - so verstehe ich ja Ihre Frage - den Widerspruch nicht erkennen. Im Gegenteil: Ich würde sagen, dass die Bundesregierung, wie gesagt, dank des Engagements der Kollegen in Masar und Auswärtiges Amt und Bundeswehr, da sehr gut zusammenarbeitend, tatsächlich ja schon faktisch Leute oft auch rausgebracht hat. Und insofern: Dann zusätzliche Charterflüge anzumieten, wäre aus unserer Sicht a) am Bedarf vorbeigegangen und hätte b) ein politisches Signal gegeben, was aus unserer Sicht möglicherweise den raschen Zusammenbruch der Republik eher noch beschleunigt hätte und insofern vielleicht noch mehr Probleme geschaffen hätte, als wir ohnehin schon hatten - und in dem Fall „wir“ im Sinne von „die Afghanen“.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nun gibt es ja die Bilder vom Flughafen Kabul aus August 2021 mit dem Ergebnis, dass nicht alle Ortskräfte und ihre Angehörigen evakuiert werden konnten. Würden Sie trotzdem dabei bleiben, dass es keinen Bedarf gegeben hätte?

**Zeuge Andreas Krüger:** Der rasche Zusammenbruch der afghanischen Republik hat in der Geschwindigkeit alle überrascht. Es war ja nicht so, dass am, sage ich jetzt mal, 10. August oder auch am 5. August oder am 2. August viele Menschen,

die dann im weiteren Verlauf als Ortskräfte definiert wurden, Bedarf angemeldet hätten, Afghanistan zu verlassen. Insofern haben wir uns da bedarfsorientiert verhalten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Haben Sie die Ortskräfte gefragt, ob sie ausreisen wollen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also die GIZ und das BMZ - das ist ja insbesondere der große Bereich - hat ja einen ständigen Dialog geführt. Und mir ist nicht erinnerlich zumindest, dass es aus diesem Bereich die Rückmeldung gegeben hätte: Ganz viele Menschen - also vor dem Zusammenbruch der Republik - wollen jetzt umgehend Afghanistan verlassen. - Das ist eine Dynamik, die erst durch den dann sehr raschen Zusammenbruch der Republik Mitte August entstanden ist.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Hat es aus Ihrer Sicht - ich frage mal anders - eine geordnete Abfrage bei den Ortskräften gegeben, ob sie das Land verlassen wollen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Soweit ich das rekonstruieren kann, standen alle Ressorts mit den Ortskräften in ihrem jeweiligen Bereich in einem ständigen Prozess und Dialog. Insofern glaube ich nicht, dass - - Also, mir ist zumindest nicht erinnerlich, dass es sozusagen zum Beispiel Hilfsgehalte gegeben hätte, wo uns signalisiert wurde: Wir würden gerne Afghanistan umgehend verlassen, aber wir kommen hier mit dem Ressort X, Y oder Z oder auch ihrem eigenen, dem Auswärtigen Amt, nicht weiter.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das war nicht meine Frage. Meine Frage war: Hat es nach Ihrer Kenntnis eine Abfrage bei allen Ortskräften gegeben, ob sie ausreisen wollen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, Sie müssen ja auch immer überlegen - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das ist eigentlich eine Ja/Nein-Frage. Hat es nach Ihrer Kenntnis eine solche Abfrage gegeben? Ja oder nein?

**Zeuge Andreas Krüger:** Herr Abgeordneter, es ist auch eine temporäre Frage, weil -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Herr Vorsitzender, wenn ich da reingehen darf?

**Zeuge Andreas Krüger:** - die Ortskräfte ja zu verschiedenen Zeitpunkten -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Kleinen Moment mal, Herr Zeuge.

**Zeuge Andreas Krüger:** - unterschiedlich definiert wurden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Kleinen Moment mal. - Die Bundesregierung.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Es ist jetzt zum dritten Mal, dass -

(Thomas Röwekamp  
(CDU/CSU): Ja, weil die  
Frage nicht beantwortet  
wird!)

- die Frage gleich gestellt wird.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, wenn ich mal dazwischen sagen darf: In der Sache ist die Frage zulässig, aber es ist nicht zulässig, den Zeugen anzuhalten, mit „ja“ oder „nein“ zu antworten. Er kann seine Antwort schon so wählen, wie er das für richtig hält. Insofern würde ich sagen, dass bitte - -

(Thomas Röwekamp  
(CDU/CSU): Er muss aber  
antworten!)

Aber die Antwort muss schon gegeben werden. Also bitte nicht die Antwort einschränken und andererseits auch nicht die Antwortmöglichkeit einschränken. Wir versuchen, das hier höflich, freundlich und korrekt weiter durchzuführen. - Herr Zeuge, Sie haben immer noch das Wort.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich kann nur noch einmal wiederholen, dass zu den jeweiligen Zeitpunkten nach meiner Auffassung - da müssten Sie jetzt die einzelnen Ressorts noch einmal befragen - jedes Ressort in seiner eigenen Verantwortung einen ständigen Dialog mit den jeweiligen Ortskräften geführt hat. Und mir ist nicht

erinnerlich, dass es eine Rückmeldung gegeben hätte, dass Ortskräfte, die für ein Ressort X, Y oder Z gearbeitet hätten, rückgemeldet hätten, dass sie dann nicht genügend befragt etc. wurden. Ganz im Gegenteil: Viele Ortskräfte hatten vor dem August uns immer wieder die Rückmeldung gegeben, dass sie ihre Zukunft in Afghanistan sehen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Zu der Ihnen vorliegenden Mail von Herrn van Thiel über das Angebot der Franzosen - also noch mal: Das ist MAT A AA-8.648 VS-NfD, Blatt 21 bis 23 - gibt es eine Antwort von Herrn Potzel, die auch Ihnen zugeleitet wurde. In der es heißt - Zitat -:

„Ich hab’ es auch gerade Andreas Krüger und Simone Stemmler übermittelt: Mein Rat wäre Ball flach zu halten und den Kollegen JHvT

- also Herrn van Thiel -

etwas in seinem Tatendrang zu bremsen. (Wer ist schon Frankreich?).“

Ist das auch Ihre Auffassung?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich finde, es gebührt - wie soll ich sagen? - der Respekt gegenüber meinem Vorgesetzten zum damaligen Zeitpunkt - -

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Entschuldigung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung hat sich noch mal zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. - Es tut mir leid, dass ich schon wieder - - Ich würde nur darauf hinweisen, dass die Beantwortung der Frage, so wie sie gestellt ist, nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt ist, ob es jetzt die Auffassung des Zeugen ist.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine Frage ist, ob es damals die Auffassung des Zeugen war, dass der Ball besser flach zu halten wäre, dass Herr van Thiel in seinem Tatendrang gebremst



## Nur zur dienstlichen Verwendung

werden solle und man die Frage stellen könne:  
Wer ist eigentlich schon Frankreich?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich will mich jetzt nur zu dem Inhalt äußern, also zu dem sachlichen Kern. Und ich habe, glaube ich, eben schon einmal ausgeführt, dass die Franzosen in Afghanistan in einer anderen Situation waren. Was Frankreich tat oder nicht tat, hat nicht das gleiche Potenzial einer Signalwirkung wie das, was Deutschland tat aufgrund seines langjährigen Engagements in Afghanistan.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Also wäre - - Also ist Ihr Rat auch an Herrn von Thiel gewesen, den Ball flach zu halten und ihn in seinem Tatendrang zu bremsen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich glaube nicht, dass Sie aus der Aktenlage und auch über die Aktenlage hinaus - also zumindest würde mich das sehr überraschen - sehen können, dass ich den Tatendrang irgendeines Kollegen gebremst habe oder nicht gebremst habe. Ich finde, hier haben letzten Endes, wenn man jetzt mal - wie soll ich sagen? - die Umgangssprache einordnet, alle Kollegen hervorragend zusammengearbeitet.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das sieht Herr von Thiel offensichtlich anders. Er schreibt in einem Bericht für die Enquete-Kommission des Bundestages - das ist Kommissionsdrucksache 20(28)26, nur Blatt 5 - Zitat -:

„Im Auswärtigen Amt wurden unsere Einschätzungen weder zur Notwendigkeit noch zur Dringlichkeit zu ergreifender Maßnahmen geteilt. Die Beispiele anderer alliierter Nationen wurden als für uns nicht maßgebend verworfen.“

Weiter schreibt er:

„Aus der Hauptstadt“

- also er meint wohl Berlin -

„gab es immer wieder die Rückmeldung, wir lassen uns nicht drängen, wir haben die Zeit, die

wir brauchen. Wir wollen die „Republik“ nicht schwächen. Während Afghanistan und die wichtigsten unserer Partner in den Krisenmodus und Notbetrieb wechselten, versuchten wir den krisenfreien Normalbetrieb zu simulieren.“

Zitat Ende. - Das ist die Wahrnehmung von Herrn von Thiel. Wenn Sie sagen, Sie haben so vertrauensvoll und gut und einvernehmlich zusammengearbeitet: Können Sie sich erklären, warum Herr von Thiel eine andere Wahrnehmung hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Da müssen Sie nun wirklich Herrn Jan Hendrik van Thiel fragen. Aus meiner Erinnerung - - Also, ich habe das ja vorhin schon gesagt: Ich habe nichts außer Hochachtung für die Arbeit, die Jan Hendrik van Thiel da geleistet hat, genauso wenig - - wie ich nichts außer Hochachtung für die Arbeit habe, die Markus Potzel zu der Zeit geleistet hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann wechselt jetzt das Fragerecht und geht zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Krüger, bei mir ist jetzt ein anderes Thema, deswegen: Ich habe mal eine direkte Frage an Sie. Haben Sie direkte Gespräche mit den Taliban geführt und, wenn ja, wie oft und bei welchen Anlässen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, habe ich, in Doha wiederholt. Ich kann jetzt nicht mehr aus dem Kopf sagen, ich habe da auch keine Strichliste geführt, aber es werden so ungefähr zehn Gespräche gewesen sein, so in der Ballpark, können auch acht oder zwölf gewesen sein, aber so was in der Richtung, würde ich mal schätzen; eben, so wie vorhin schon bei den Fragen des Vorsitzenden ausgeführt, zur Unterstützung des politischen Prozesses.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann haben Sie ja zur Berghof Stiftung einiges ausgeführt. Und ich würde es jetzt gerne so von Anfang an, so ein bisschen im Ganzen verstehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, wie kam es eigentlich dazu, dass die Berghof Stiftung bei den Friedensverhandlungen hinzugezogen wurde? Vielleicht können Sie das Verfahren noch mal schildern, wie das ablief? Weil wir haben Herrn Professor Gießmann ja hier gehört, und er hat erläutert, dass Projektanträge oder Ähnliches beim Auswärtigen Amt eingereicht werden mussten. Vielleicht können Sie uns da erhellen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, das geht - aber ich glaube, das ist in dem Fall gestattet - etwas über den Zeitraum des Untersuchungsausschusses hinaus, also in die Vergangenheit gerichtet. Das geht ja letzten Endes zurück auf ein langjähriges Engagement oder einen langjährigen Dialog der Berghof Stiftung mit den verschiedensten Seiten des innerafghanischen Konfliktes. Und auf dieser Grundlage haben ja dann die Berghof Stiftung und ein katarisches Institut gemeinsam den innerafghanischen Dialog ausgerichtet, was eben das erste Mal war, dass in einem so öffentlichen Rahmen eben die Taliban auf der einen Seite und Vertreter der in aller, wie soll ich sagen, Komplexität vertretenen Republik, Frauen und Männer, zusammenkamen und über zwei Tage an einem sehr großen runden Tisch diskutierten.

Und auf dieser Basis des langjährigen Engagements der Berghof Stiftung für einen politischen Prozess in Afghanistan kam es eben dann auch dazu, dass die Berghof Stiftung den Vorschlag machte, auch den innerafghanischen Prozess, also den Dialog in Doha, zu unterstützen, was aus unserer Sicht damals eine gute Idee war und auch aus meiner Rücksicht immer noch eine gute Idee war.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie mir denn erläutern, welche Rolle die da genau in diesem innerafghanischen Friedensprozess gespielt haben, insbesondere während der Verhandlungen in Doha?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, wie gesagt, schon bei den Fragen gegenüber dem Herrn Vorsitzenden: Es ging der Berghof Stiftung zum einen darum, auch Erfahrungen aus anderen Friedensprozessen, Versöhnungsdialogprozessen in diesen innerafghanischen Prozess hineinzutragen. Sie

haben ja immer wieder, also die Berghof Stiftung, beiden Seiten versucht zu vermitteln, wie Friedensdialogprozesse in anderen langjährigen bürgerkriegsähnlichen oder Bürgerkriegskonflikten aussahen, was die Lessons learned aus solchen Prozessen sind.

Und eben in der Kombination damit, dass sie eben über viele Jahre mit einer großen Bandbreite afghanischer Gesprächspartner eben schon im Dialog war, wurden diese Einschätzungen der Berghof Stiftung, glaube ich, auch von beiden Seiten durchaus ernst und zu Herzen genommen; denn gerade in Gesellschaften, in denen das persönliche Vertrauen eine besonders große Rolle spielt, kommt es ja nicht nur darauf an, was jemand sagt, sondern auch ein bisschen, wer es sagt. Und so würde ich die Rolle beschreiben.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, da laufen Sie bei mir offene Türen ein. Das ist wirklich ein Verfahren, was ich nachvollziehen kann.

Mich interessiert das vom Praktischen her: Also, wie muss ich mir das vorstellen von der Arbeitsteilung zwischen afghanischer Regierung, Taliban, Auswärtigem Amt und Berghof Stiftung jetzt bei den Verhandlungen? Also damit wir auch so eine Vorstellung hier als Untersuchungsausschuss bekommen, was da eigentlich begleitet wird.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Also, ich glaube, der - - Also, zum einen, einfach nur mal für - - Was, glaube ich, ganz wichtig, also aus meiner Sicht ganz wichtig ist, ist: In Doha war ja die eine Seite, also die Seite der Republik, nicht vertreten primär oder allein durch die afghanische Regierung. Das war für uns ein ganz wichtiger Punkt und insbesondere für die Afghaninnen und Afghanen ein ganz wichtiger Punkt; denn es war ja klar, dass sozusagen die afghanische Regierung jetzt nicht das uneingeschränkte Vertrauen aller Nichttaliban, Afghaninnen und Afghanen hatte und insofern natürlich, wie Sie sich sicherlich selber auch erinnern und viele andere hier auch, die Frage der Delegationszusammensetzung eine heiß umstrittene und hochemotionale und natürlich auch hochpolitische war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Insofern, glaube ich, hat die Berghof Stiftung in meiner Erinnerung auch eine sehr positive Rolle dabei gespielt, sozusagen aus den verschiedenen Teilen, aus denen sich die Delegation der Islamischen Republik Afghanistan zusammengesetzt hat, eine Delegation zu machen. Denn Sie können sich vorstellen oder wissen es wahrscheinlich auch aus Ihrer ja selber auch persönlichen langjährigen Erfahrung mit diesem Prozess, dass allein sozusagen der innere Dialog, innerhalb der Republik sozusagen, eigentlich schon ein innerafghanischer Prozess an und für sich war und insofern, glaube ich, gerade dort auch die Berghof Stiftung eine aus meiner Sicht sehr produktive Rolle gespielt hat.

Und das war zum Beispiel eine Rolle, die wir vom Auswärtigen Amt ganz bewusst nicht spielen - - weder konnten noch es sinnvoll gewesen wäre, das zu tun; denn wir reden ja von einer Bundesregierung und einem souveränen Staat. Und insofern wäre es eher kontraproduktiv gewesen, wenn jetzt diplomatische Vertreterinnen oder Vertreter der Bundesregierung sozusagen in diesen - wie soll ich sagen? - inneren Republikkontext sich eingebracht hätten, um nicht zu sagen: eingemischt hätten.

Und das war zum Beispiel auf der einen Seite eine Aufteilung. Auf der anderen Seite würde ich sagen, dass natürlich auch die Berghof Stiftung eben über viele Jahre ja auch diesen Dialog mit den Taliban führte - sicherlich nicht unkritisch; denn es ist ja völlig klar, für welche Werte die Berghof Stiftung steht, und das sind sicherlich ganz andere Werte als das, für die die Taliban stehen. Aber natürlich war - - Ein diplomatischer Vertreter der Bundesregierung vertrat einen Staat, der die Taliban ja auch militärisch bekämpfte; vielleicht nicht ganz so, wie vorhin schon ausgeführt, in vorderster, wie soll ich sagen - - Also, aus Sicht der Taliban waren natürlich die Amerikaner eine andere militärische Bedrohung als die Deutschen; aber trotzdem, es war ja klar, auf wessen Seite wir auch militärisch standen. Und insofern war der Dialog zwischen uns sicherlich ein anderer.

Ich will das vielleicht an einer Stelle noch mal illustrieren: In dem Moment, wo unser militärisches, unser Bundeswehrmandat im Frühjahr 2021 ja noch einmal verlängert wurde, und zwar mit dieser langen Zeit sozusagen, also ein Jahr weiter, wie der Bundestag es ja auch getan hat, gab es auf der Talibanseite große Irritationen, weil das missverstanden wurde als sozusagen Absage an den politischen Prozess. Und da gab es auch durchaus sehr schwierige Gespräche, die ich dann mit den Taliban unter anderem führte, um deutlich zu machen, dass diese Verlängerung um ein Jahr nicht heißt - - sozusagen kein Ergebnis des politischen Prozesses präjudizierte. Das war etwas, was logischerweise dann ein Vertreter der Bundesregierung leisten musste und nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berghof Stiftung.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau zu diesem Umstand, dass die Talibanführung sich Sorgen gemacht hat, weil der Deutsche Bundestag das Mandat verlängert hat: Waren Sie sehr daran interessiert, dass das nicht in den Kenntnisbereich der Abgeordneten kommt? Trifft das so zu, oder können Sie sich daran noch erinnern?

**Zeuge Andreas Krüger:** Was meinen Sie damit genau: „nicht in den Kenntnisbereich der Abgeordneten kommt“?

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, vielleicht können Sie noch mal ausführen, wie das war mit der Sorge von Angriffen wegen der Verlängerung des Bundeswehrmandats und der damit einhergehenden Befürchtung, dass die Talibanführung damit ein Problem hätte. Diesen Umstand haben Sie doch gerade geschildert. Genau. Und vielleicht können Sie sagen, inwieweit der Deutsche Bundestag darüber informiert wurde, über diesen Umstand.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, Sie beziehen sich offensichtlich auf etwas, was mir jetzt nicht vorliegt und im Moment auch nicht erinnerlich ist. Insofern fände ich es - wie soll ich sagen? -, wenn ich das so sagen darf, ganz transparent, wenn Sie sagen würden, auf welche Äußerungen meinerseits Sie sich genau beziehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wir können Ihnen das vorlegen; das ist MAT A AA-8.501 VS-NfD, Blatt 5. 4 und 5., ne? Genau, das legen wir Ihnen vor.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir machen uns alle das Leben leichter, wenn wir das immer gleich zu Beginn sagen.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Na, er hat es ja im Zusammenhang erzählt; dann, dachte ich, erinnert er sich daran vielleicht auch. Es ist ja schon schön, wenn die hier frei erzählen können und wir nicht alles vorlegen müssen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist wahr.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Danke, Herr Vorsitzender, für Ihr Verständnis.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich kann jetzt nicht erkennen, wo Sie aus der Mail, die ich da am 12. April um 22.21 Uhr geschrieben habe - - Also, ich habe Sie jetzt gerade so verstanden - vielleicht habe ich Sie missverstanden -, dass Sie in dieser Mail lesen, es ging mir hier um die Kommunikation gegenüber dem Deutschen Bundestag. Das kann ich hier nicht erkennen, ehrlich gesagt. Ich schreibe hier - ich lese das einfach für alle noch mal vor -:

„Liebe Kollegen im BMVg,  
hatte heute ... ein Gespräch mit den Kollegen aus der Chausseestr. zur Gefährdungslage in AFG. Entspr. Berichterstattung der Kollegen dort wird ja auch Euch / Sie erreichen.

Möchte aus diesem Anlass noch einmal darauf hinweisen, dass es wichtig ist, zeitnah und nicht-ami- valent

- da habe ich einen Tippfehler gemacht, aber egal -

den Grundsatz ‚out together‘ aktiv so zu kommunizieren, dass er auch in AFG Medien Niederschlag findet.“

Was ja heißt: öffentlich; denn was in afghanischen Medien kommuniziert wird, wird logischerweise auch in deutschen Medien wahrgenommen.

„Vielleicht ergibt sich ja anläßl. des morgen bevorstehenden Besuchs eine gute Gelegenheit.“

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Vielen Dank.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also insofern kann ich nicht erkennen, dass -

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Herr Krüger - -

**Zeuge Andreas Krüger:** - wir da nicht transparent gehandelt hätten.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Wenn Sie es aus der Mail nicht erkennen, dann lege ich Ihnen noch mal die Mail vor: MAT A AA-8.117 VS-NfD, Blatt 114. Vielleicht erkennen Sie es aus der Mail dann eher.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wobei wir jetzt dann auch deutlich über die Zeit sind, insofern die Frage bitte noch.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Können Sie auch gerne vorlesen, wenn Sie möchten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das muss ich erst mal selber lesen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir überlassen es jetzt mal dem Zeugen, wie er darauf antworten möchte, bitte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich bin nicht ganz sicher, ob wir nicht aneinander vorbeisprechen. Die Abgeordnete Jelpke bezieht sich hier auf einen vertraulichen Bericht von Experten des Auswärtigen Amtes und Verteidigungsministeriums, aus dem laut Medienberichten hervorgehen soll, dass die Bundesregierung mit einer Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan nach dem Abzug der westlichen Truppen rechnet. Und dazu gibt es dann eben die Frage - - Das war ja, wenn ich das richtig im Kopf habe, eine Reise, die eben die Kollegen gemeinsam gemacht haben aus den entsprechenden Häusern, zur Einschätzung der Sicherheitslage für die Auslandsvertretungen. Das ist aus meiner Einschätzung etwas ganz anderes als der Prozess, über den wir gerade eben gesprochen haben, wo es ja darum ging: Wie haben die Taliban reagiert auf die Mandatsverlängerung seitens des Deutschen Bundestages? Das sind - Entschuldigung, ich hoffe, ich verstehe Sie da nicht falsch - zwei verschiedene Vorgänge.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Zeit ist abgelaufen; insofern müssen wir das jetzt so stehen lassen und können in der nächsten Runde weitermachen. - Jetzt wechseln wir zu Herrn Wundrak.

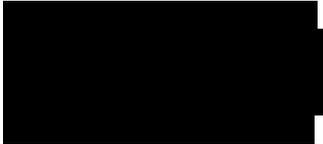
**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Krüger! Auch von mir vielen Dank, dass Sie mit Ihrem umfangreichen Wissen heute hier zur Verfügung stehen. Gleich medias in res: Im Verlauf der vergangenen Wochen ist nun auch einer breiteren Medienöffentlichkeit bewusst geworden, welche massiven Sicherheitsprobleme die grenzenlose Einwanderungspolitik des letzten Jahrzehnts unserem Land eingebracht hat.

Bundeskanzlerin Merkel bat bereits wenige Tage nach dem Fall von Kabul den Verfassungsschutz darum, ihr über die Auswirkungen der Taliban-machtübernahme auf die Sicherheitslage in Deutschland und die Größe der Talibananhängerschar in Deutschland zu berichten. Das geht aus MAT A BKAm-3.3 VS-NfD, Blatt 630 hervor. So bot zum Beispiel am 19. August 2021 ein Mitglied des Zentralrats der Muslime dem BMI an, über einen Kontaktmann mit kurdischem Hintergrund an einen hochrangigen Talibanführer in

Kabul heranzutreten, der bereit sei, gegen Geld afghanische Wunschpersonen in den Flughafen gelangen zu lassen. Fundstelle ist: MAT A AA-9.08 VS-NfD, Blatt 138.

Sie, Herr Krüger, haben offensichtlich, wie die Kanzlerin, von Verbindungen der Taliban in die Bundesrepublik Deutschland gewusst. So sollen Sie laut MAT A BND-3.63 VS-NfD, Blatt 76 am 24. Juni 2020, also zu Beginn des Zeitraums hier, mit BND-Vertretern zusammengetroffen sein. Und in einer BND-internen Mail heißt es dazu wörtlich - Zitat -:

„... folgender Informationsbedarf des AA ergab sich ... aus dem heutigen Gespräch mit Herrn Krüger:

- 

Meine Fragen dazu: Können Sie uns bitte darlegen,  bereits im Sommer 2020 versuchten, mit den in Deutschland ansässigen Ansprechpartnern der Taliban ins Gespräch zu kommen, und was dann Folge, Inhalt, Verlauf, Ergebnis dieser Gespräche - und vielleicht, wenn Sie die Personen noch benennen können - gewesen sind?

**Zeuge Andreas Krüger:** Auch da wäre ich dankbar, wenn ich das noch mal mir angucken könnte. Vielen Dank. - Möchte aber auch die Zeit der Abgeordneten nicht überbeanspruchen und beginne schon mit meiner Antwort, wenn ich darf. - Vielen Dank.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Wo stehe ich selber hier? - Also, wir haben keine - - Also, es gab immer wieder Versuche Einzelner, sich als Mittelsmänner zu den Taliban ins Gespräch zu bringen. Möglicherweise habe ich damals - das ist jetzt auch schon dreieinhalb Jahre her - mit den Kollegen darüber gesprochen. Fakt ist - und ich glaube, darauf zielte Ihre Frage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ja dann vor allen Dingen ab -, dass es solche Gespräche, auch mangels valabler Ansprechpartner, in Deutschland nicht gegeben hat; sonst hätten Sie die auch, würde ich jetzt mal behaupten, schon vorliegen.

Also, zumindest seitens des Auswärtigen Amtes, insbesondere jetzt meiner Person, hat es solche Ansprechpartner nicht gegeben. Und ehrlich gesagt hat sich das dann ja auch dadurch, dass wir dann insbesondere in Doha ja immer wieder Kontakt mit relativ hochrangigen Talibanvertretern hatten, auch sozusagen von selber erledigt. Aber es hat keine valablen oder auch noch nicht mal nichtvalable Talibankontakte hier in Deutschland gegeben.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, wenn ich das zusammenfassen darf: Ihnen ist nicht bekannt, dass es in Deutschland ein Taliban- oder Taliban-sympathisantenetzwerk gegeben hat, das auf Politik, auf deutsche Politik Einfluss genommen hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, das Letzte würde ich mal ausschließen. Nun ist bei einer Einwohnerzahl von über 80 Millionen und einer großen afghanischen Diaspora - wie soll ich sagen? - davon auszugehen, dass - oder auch nichtafghanische Diaspora; wir sehen ja auch im sonstigen Islamismuskontext durchaus Leute, die jetzt keinen spezifischen regionalen Hintergrund haben - es da durchaus Sympathisanten für allen möglichen Unfug gibt. Aber das heißt noch nicht, dass das in irgendeiner Weise sinnvolle Gesprächspartner sind. Insofern also, gefestigte Strukturen im Sinne von „das sind Leute, mit denen es sich zu reden lohnt, weil ...“ waren und sind mir nicht bekannt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Mir reicht die Antwort, vielen Dank. - Herr Krüger, aus dem Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes vom Frühsommer 2021 geht hervor, dass offenkundig 31 Prozent der zum Teil tödlichen Angriffe auf Journalisten in der Republik Afghanistan auf Regierungsvertreter zurückgingen. Das ist MAT A BKAm-3.07 VS-NfD, Blatt 16.

Uns liegt ferner auf MAT A BKAm-3.64 VS-NfD, Blatt 54, eine Anfrage Ihres Referates an den BND vom August 2020 vor. Der BND wurde hier um eine Einschätzung zu Vorwürfen gebeten, die von afghanischen Oppositionellen in einem Brief an Präsident Ghani erhoben worden waren. Ghanis Umfeld, unter anderem seinem Vizepräsidenten, wurde darin vorgeworfen, zu gezielten Tötungen früherer Staatsminister und politischer Gegner aufgerufen zu haben und durch Drohungen - Zitat - „ein Klima von ‚Furcht und Terror‘“ erzeugt zu haben. Was können Sie uns über das Ergebnis dieser Prüfung durch den BND sagen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ehrlich gesagt erinnere ich das nicht mehr, ob und was der BND damals dazu gesagt hat. Insgesamt ist es, glaube ich, aber ein - - war es klar, dass insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene es ja eben auch aufseiten der Republik oder Unterstützer der Republik eine ganze Reihe von - wie soll ich sagen? - Local Strongmen gab, die unter menschenrechtlichen etc. Gesichtspunkten also mit „äußerst problematisch“ freundlich umschrieben sind, die einen entsprechenden Track Record - Entschuldigung, mein Denglisch -, eine entsprechende Geschichte schon hatten, auch aus den Zeiten des innerafghanischen Bürgerkrieges sozusagen in den 90ern teilweise, und dass es da immer wieder auch durchaus plausible Vorwürfe gab, die wir dann im Einzelnen in der Regel ja nicht unbedingt verifizieren konnten; denn wir waren ja nur im Norden mit eigenen Strukturen vertreten, natürlich in Kabul, aber auch dort ja auch durch die ständigen Terrorbedrohungen durch die Taliban eingeschränkt.

Dass aber es auf beiden Seiten Menschenrechtsverletzungen gab, war auch unsere Einschätzung. Das ist aber etwas anderes aus unserer Sicht gewesen als eine systematische Verfolgung Oppositioneller, wie sie meinetwegen in bestimmten anderen Regimen der Fall war; sondern es hat sehr viel dann auch mit den lokalen und teilweise familiären Strukturen zu tun gehabt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wechseln jetzt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Peter Heidt (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo, Herr Krüger! Ich will bei der Kollegin Bayram anschließen. Sie hatten ja hier ausgesagt, dass die größere Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan durch den Bundestag für Irritationen und auch für eine Gefährdung bei der Sicherheitslage - - geführt hat. Haben Sie das an Ihre Hauspitze kommuniziert?

**Zeuge Andreas Krüger:** Da ich ja über alle Gespräche, die ich mit den Taliban führte, kommuniziert habe, habe ich das ganz bestimmt getan, ja.

**Peter Heidt (FDP):** Diese Kommunikation oder diese Gefahr, die da aufgetaucht ist, tauchte die erst nach dem Bundestagsbeschluss auf, oder ist die Ihnen schon sozusagen in der Diskussion unmittelbar vor dem Bundestagsbeschluss sozusagen bekannt geworden oder gewahr geworden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, das erinnere ich jetzt nicht mehr auf den Tag genau. Das hängt ja auch immer so ein bisschen davon ab, zu welchem Zeitpunkt die Gespräche mit den Taliban stattfanden. Das müsste ich mir jetzt in der Aktenlage wirklich noch mal ganz genau anschauen. Aber aus meiner Sicht sozusagen war es auf der einen Seite natürlich unser oberstes, also mein oberstes Ziel, bei diesem Gespräch - Gesprächen und einem Gespräch - eben den Talibanvertretern sehr klar zu kommunizieren, was dieser Bundestagsbeschluss bedeutete und was er nicht bedeutete.

Und wir waren auch der Auffassung, dass das möglich war, dass es eben möglich war, den Taliban zu erklären, was dieser Beschluss bedeutete. Da ging es uns natürlich vor allen Dingen auch darum, ein mögliches Risiko für die Kolleginnen und Kollegen insbesondere der Bundeswehr zu minimieren, also sprich: Anschläge. Und ich würde sagen, dass der weitere Verlauf dieser Einschätzung zumindest nicht widerspricht; denn diese Anschläge hat es ja dann auch nicht gegeben.

**Peter Heidt (FDP):** Ob und inwieweit der Bundestag über diese Risiken informiert worden ist, wissen Sie das? Oder haben Sie darüber keine Ahnung?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, das weiß ich jetzt im Einzelnen nicht. Denn - wie soll ich sagen? - ich berichtete natürlich, wenn ich in Doha war, dem Auswärtigen Amt. Und das war meine Aufgabe. Da gibt es ja eine Arbeitsaufteilung.

**Peter Heidt (FDP):** Wer war da Ihr konkreter Ansprechpartner?

**Zeuge Andreas Krüger:** Natürlich erst mal mein direkter Vorgesetzter und meine Abteilungsleiterin, sicherlich auch die Kollegen in Kabul und in Masar, also sprich: die - wie soll ich sagen? - ranghöheren Stellen sozusagen im Auswärtigen Amt. Wir sind ja eine hierarchisch strukturierte Institution.

**Peter Heidt (FDP):** Schon klar. - Sie haben vorhin am Beginn die Rolle Kataris eher positiv dargestellt. Woran machen Sie das fest, weil wir auch schon andere Aussagen gehört haben, also nicht positiv? Also möglichst konkret, wenn es - - bitte.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wir sind hier in einer quasiöffentlichen Sitzung; insofern ist das eine nicht ganz einfach zu beantwortende Frage. Ich würde gleichwohl sagen, dass bei aller Kritik, die man auch jetzt - ich beschränke mich jetzt mal nur auf den Bereich Afghanistan - an der katarischen Rolle sicherlich auch zu Recht haben kann - und ich könnte mir durchaus vorstellen, ohne das jetzt im Einzelnen noch im Kopf zu haben, dass sich das auch in dem einen oder anderen E-Mail oder Bericht von mir niederschlägt -, man unterm Strich auf der anderen Seite sozusagen, wenn man realistische Außenpolitik betreiben möchte, mit der Tatsache leben muss, dass es Verhandlungsorte geben muss, wo sich beide Seiten erst mal sicher fühlen. Und ich würde sagen, dass bei den Kataris bei allem, was man sonst sagen kann, ihnen zumindest das gelungen ist. Sie haben es geschafft, unter äußerst schwierigen Bedingungen - ich wiederhole noch mal: das war ja alles zur Hochzeit der Coronazeit - einen Verhandlungsort zu schaffen, in dem sich sowohl



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Vertreterinnen und Vertreter der Republik in aller Heterogenität als auch die Taliban erst einmal - wie soll ich sagen? - relativ voraussetzungslos begegnen konnten. Und das ist nicht so selbstverständlich.

Es war ein Ort, an dem auch die Amerikaner aufgrund ihrer Sonderbeziehungen zu Katar sozusagen sich auf vertrautem Terrain bewegten. Insofern, finde ich, muss man da auch fair sein, würde ich zumindest sagen, und den Kataris, die das sicherlich nicht aus reinem Altruismus getan haben, zumindest anerkennen, dass sie diese Verhandlungsplattform überhaupt angeboten haben; das war sicherlich alles andere als leicht zu dem damaligen Zeitpunkt.

**Peter Heidt (FDP):** Ja. - In MAT A AA-8.640, Blatt 13 schreiben Sie am 1. Juli 2021:

„In dem Gespräch mit Vertretern der Taliban in dieser Woche in Doha war für uns ein wichtiger Themenkomplex, möglichst zu einer verbesserten Sicherheit von afghanischen ... Mitarbeitern beizutragen, die für die GIZ und vergleichbare Organisationen in AFG tätig sind. Aufgrund einer dynamischen Entwicklung der „Raumkontrolle“ war uns dies ein drängendes Anliegen.“

Insbesondere den letzten Satz möchte ich hervorheben: „dynamische[n] Entwicklung der Raumkontrolle“.

Dementsprechend war Ihnen doch durchaus bewusst, dass die Lage sich sehr dynamisch entwickeln kann, also jederzeit dramatisch beschleunigen. Wie passt es zusammen, dass Sie mit einer dynamischen Entwicklung rechnen, die sogar beobachten, aber auf der anderen Seite dann von der dynamischen Entwicklung überrascht sind, dass Kabul dann Mitte August gefallen ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, in dem Fall verzichte ich gerne auf das Vorlegen. - Die Tatsache, dass die Taliban deutlich Raumkontrolle gewannen, war ja offenkundig. Das implizierte aber

nicht automatisch, dass es sich dann in der dramatischen Weise beschleunigte, insbesondere dann in den letzten - - also sozusagen ab Mitte Juli und dann noch mal sich beschleunigend ab Mitte oder ab Anfang August.

Wenn Sie sich auch die gesammelte Expertenschaft quer durch alle Dienste, also Afghanistan-Experten etc., anschauen, standen alle doch relativ - wie soll ich sagen? - fassungslos vor der Tatsache, wie rasch dann auch große Provinzstädte innerhalb eines Tages sozusagen häufig der Macht der Republik oder den Republikvertretern entglitten und in die Hände der Taliban übergingen. Also, mir ist zumindest nicht erinnerlich, dass irgendjemand, der langjährige Afghanistan-Erfahrungen hatte, zu dem Zeitpunkt mit einem so stark beschleunigten Machtzerfall der Republik gerechnet hätte.

**Peter Heidt (FDP):** Wir hatten vor Kurzem Ihre Kollegin Frau Bellmann, damalige Beauftragte für Sicherheitspolitik, hier im Ausschuss. Frau Bellmann hat ausgeführt, dass man sich früher hätte Gedanken machen müssen, welche Worst-Case-Szenarien es gibt, und dann auch Maßnahmen daraus hätte ableiten müssen.

Am 12. August 2020 - nicht 21, 2020 - folgende E-Mail - MAT A AA-8.264 VS-NfD, Blatt 86 -:

„... aber wir müssen auch in „worst case“ Szenarien denken (vollständiger Abzug der USA zum im Abkommen vorgesehenen Zeitpunkt oder sogar ... vorher!) & sicherstellen, dass für Botschaft (plus) keine Sicherheitslücke entsteht:

Welche Konzepte sind denkbar, für einen Fall, in dem wir uns nicht auf US/NATO - Fähigkeiten abstützen können (rapid reaction force, emergency ... usw.)?“

Welche Worst-Case-Szenarien haben Sie denn daraufhin entwickelt? Was waren die Handlungen oder Maßnahmen, die Sie daraus abgeleitet haben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das noch mal sehen? Entschuldigung.

**Peter Heidt (FDP):** Ja.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Wenn ich das recht erinnere - ich hoffe, ich liege jetzt im Timing sozusagen der einzelnen Schritte nicht falsch -, gab es ja dann, als - - Also, erstens - vielleicht muss ich noch mal anders anfangen; Entschuldigung -: Ich glaube, dass wir - jetzt Bundesregierung insgesamt, insbesondere auch die Kollegen des BND, aber auch in anderen - Szenarienübungen, Worst-Case-Szenarien, immer mitgedacht haben.

Ich würde sagen, dass wir sozusagen möglicherweise das Worst-Case-Szenario - wie soll ich sagen? - insofern nicht worst gezeichnet haben, als dass selbst in den Worst-Case-Szenarien der enorm beschleunigte Zusammenbruch schon zum 15. August, glaube ich, nach meinen Erinnerungen zumindest nicht vorkam.

**Peter Heidt (FDP):** Mich würde das ... (akustisch unverständlich) konkret selbst gemacht haben.

**Zeuge Andreas Krüger:** So, das ist der eine Punkt.

**Peter Heidt (FDP):** Ob Sie selbst da was gemacht haben.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, insofern, glaube ich, wurden Worst-Case-Szenarien immer mitgedacht.

Das Zweite ist, dass wir dann, glaube ich - und das war, wenn ich das richtig erinnere, auch in der Sitzung vor etwas über einem Jahr schon mal ein Thema -, ja gesagt haben: „Wir müssen daraufhin eben auch eine Vorlage machen usw.“, die dann aber ja nicht die Leitung - - also nicht sozusagen als leitungsreif erachtet wurde, weil man eben zu der Auffassung kam im Dialog mit der Politischen Abteilung, also mit der Abteilung 2 in dem Fall, dass sozusagen diese Art der

vorweggenommenen Worst-Case-Szenarien zu dem Zeitpunkt als nicht hilfreich erachtet wurde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt wechselt das Fragerecht. - Erlauben Sie mir einen Hinweis, weil wir das jetzt ein paarmal hatten. Wir handhaben das hier mit der Uhr so, dass wir Fragen im Zeitraum noch zulassen. Manchmal ist das dann so: Wenn die Frage zwei Sekunden, bevor die Zeit ausläuft, begonnen wird und noch drei Nachfragen kommen, sind wir weit über die Zeit hinaus. Das möchte ich ungern. Ich bin jetzt verschiedentlich großzügig; aber ich möchte das ungern zum generellen Standard machen, sonst kommen wir mit unseren Zeiten nicht aus. Das wäre meine Bitte, dass wir das so handhaben können. - Und dann kommt jetzt zum Abschluss dieser Runde der Kollege Nürnberger von der SPD.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte versuchen, in dieser Runde zu erreichen, dass wir einmal chronologisch durch den Ablauf dieser Friedensverhandlungen in Doha durchkommen. - Vor und auch während der ersten Verhandlungsrunde in Doha - -

Entschuldigung, eine Frage noch vorher: Können Sie uns erläutern, warum es so lange gedauert hat, dass diese Vorphase der Verhandlungen eben extrem lang war? Welche Rolle haben Sie in diesen Tagen gespielt? Was war da Ihre Aufgabe?

Und wir haben aus den Unterlagen entnommen, dass einer der Knackpunkte, eine der Fragestellungen, warum sich der Start verzögerte, auch ungeklärte Fragen zur Freilassung von Taliban aus den Gefängnissen der afghanischen Republik waren. Ist es Ihnen möglich, diese Problematik näher zu erläutern? Was wissen Sie dazu?

**Zeuge Andreas Krüger:** Die Hoffnung war ja eigentlich - auch da gehe ich jetzt ein bisschen zeitlich hinter den Untersuchungsausschusszeitraum zurück; aber ich glaube, das gehört einfach dazu - ursprünglich, dass unmittelbar nach dem innerafghanischen Dialog es dann rasch zu einem Verhandlungsprozess mit den Taliban kommen sollte, also sprich: schon im Sommer 2020, wenn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich jetzt die Jahreszahl nicht durcheinanderbringe.

Und diese Hoffnung hat sich dann leider zerschlagen. Da gab es ja durchaus schon Vorbereitungen. Die Norweger hatten schon ein Hotel geblockt usw. usf. Wir waren da in sehr intensiven Gesprächen gemeinsam mit den Norwegern, in einer sehr guten Zusammenarbeit. So, das scheiterte dann insbesondere auch aufgrund der Entscheidungen von Präsident Trump.

Dann kam es eben nach langen Verhandlungen der Amerikaner mit den Taliban zu dem Doha-Abkommen am 29. Februar. Und in der Tat war die Erwartungshaltung oder die Hoffnung, dass es dann relativ zügig tatsächlich zu dem Einstieg in den innerafghanischen Prozess kommen sollte.

Und dann gab es in der Tat die Bedingung der Taliban zur Freilassung von Gefangenen, was dann noch mal zu einem langwierigen Verhandlungsprozess im Dreieck afghanische Regierung, Taliban, USA führte, der dann eben dazu führte, dass dann tatsächlich erst im Herbst 21 der Prozess wirklich begann.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Vor und auch während der ersten Verhandlungsrunde in Doha stand auch immer wieder im Raum - und Sie haben ja selbst eine andere Alternative jetzt gerade auch noch angedeutet -, ob es sinnvoll wäre, wenn die innerafghanischen Friedensverhandlungen auch in Deutschland stattfinden würden. Ihr Referat hatte da im Juni 2020 Kriterien für einen Verhandlungsort in Deutschland entwickelt. Das ergibt sich aus MAT A AA-8.461 VS-NfD, die Blätter 23 bis 26.

Im September werden dann bereits Angebote von Hotels in Deutschland eingeholt für eine Eventualplanung. Am 24. September 2020 schreiben Sie unter anderem an Herrn Potzel - ich beziehe mich auf MAT A AA-8.477 VS-NfD, die Blätter 4 bis 7 -:

Dies alles bringt mich schweren Herzens zu dem Schluss, dass wir,

- a) als Sicherheitsnetz & auch aus Gründen der Zuverlässigkeit

unserer Aussagen ggü. Republik (& TLB) zwar versuchen sollten die November / Dezember - Option noch eine Weile aufrecht zu erhalten, aber nur unter (vglsw. geringem) finanziellen Aufwand;

- b) realistischerweise eine APN II in DEU nicht vor Feb. 2021 anstreben sollten.

Können Sie uns noch näher erläutern, wie die afghanische Republik und die Taliban diese Planungen aufgenommen haben, wie man mit ihnen darüber kommuniziert hat und was der Hintergrund dieser Option war?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, wie gesagt, wir sahen uns ja - - Nicht nur wir sahen uns; wir waren Unterstützer dieses Prozesses. Insofern war für uns entscheidend: Was ist für diesen Prozess, also sprich: für die Gespräche zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Republik auf der einen Seite und den Taliban auf der anderen Seite, hilfreich, und was ist es nicht?

Und es gab insbesondere seitens von Vertreterinnen und Vertretern der Republik immer wieder die Hoffnung und den Wunsch, diese Verhandlungen nach Norwegen oder nach Deutschland zu verlegen. Das ist ja auf der einen Seite erst mal ein großer Vertrauensbeweis. Und auch die Taliban haben das zu Anfang nicht kategorisch sozusagen abgelehnt.

Gleichzeitig stellte sich dann heraus, dass auf der einen Seite dieser Prozess in Doha so fragil war und wir ja gleichzeitig wussten, dass die Zeit sozusagen kein Freund dieser Verhandlungen ist, dass ein langwieriger Verhandlungsprozess über den Verhandlungsort uns nachrangig erschien gegenüber den Substanzfragen. - Das zum einen.

Zum Zweiten. Wie gesagt, alles unter sowohl dem Sicherheitsaspekt, der Tatsache, dass wir hier von auch komplexen dann rechtlichen Fragen hätten ausgehen müssen - Talibanvertreter in Deutschland usw. -, plus der Tatsache, dass wir zu einer Coronazeit ja gearbeitet haben, auch in diesen Szenarien noch, also in diesem Zeitraum,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

plus der Tatsache, dass Deutschland ja sehr zum Glück ein Staat ist, wo nicht, weil irgendein Regierungsvertreter oder ein Bundeskanzler oder wer auch immer sagt: „Jetzt räumt mal dieses Hotel frei!“, dann dieses Hotel frei ist - das ist natürlich in manchen anderen Staaten dieser Welt etwas einfacher - es sich als einfach nicht realistisch herausstellte, diese Option tatsächlich mit voller Kraft und auch mit einem hohen finanziellen Risiko weiterzuführen. Man hätte ja ein Hotel blockieren müssen langfristig auf Monate hinaus mit dem hohen Risiko, dass das möglicherweise dort hätte gar nicht stattfinden können aus politischen Gründen, aus gesundheitlichen Gründen, aus welchen Gründen auch immer.

Das schien, sage ich auch, insbesondere mir dann als eher ablenkend vom eigentlichen Kernziel, nämlich den Dialog zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Republik einerseits und den Taliban andererseits zu befördern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nach dieser Entscheidung mussten Sie das ja offensichtlich auch den Konfliktparteien kommunizieren. Gab es irgendwie positive, negative Reaktionen auf diese Entscheidung?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, es gab sicherlich aufseiten der Republik auch ein Bedauern, ganz klar. Aber - wie soll ich sagen? - das schien uns, nachdem ja die Kolleginnen und Kollegen, also gerade auch meine eigenen Referentinnen sozusagen, mit einem unglaublichen Aufwand und viel Engagement Optionen ausgelotet hatten gemeinsam mit Hotels usw. usf., einfach nicht als wirklich tragfähige Lösung, mal ganz abgesehen von - - also sowohl politisch als auch vom finanziellen Risiko. Man hätte ja ein unfassbares Geld ausgegeben für etwas, was möglicherweise nie - - nicht sich hätte realisieren lassen können. Und wir geben ja Steuergelder aus.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Den zweiten Teil der Antwort hatten Sie ja vorhin auch schon so dargestellt. - Am 12. September 2020 wurden dann die afghanischen Friedensverhandlungen mit einer Zeremonie ganz offiziell eröffnet. Bundesminister Maas war digital zugeschaltet. Können

Sie uns in kurzen Worten darstellen, was die Ziele dieser ersten Verhandlungsrunde waren und wie viel Zeit eigentlich ursprünglich eingeplant war, um die jetzt von Ihnen dann aufgeführten Ziele auch erreichen zu können?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, es war ja unsere Entscheidung oder unser Rat, sagen wir mal - die Entscheidung war natürlich die des Ministers -, aber unser Rat an den Minister, da jetzt nicht nach Doha zu fliegen, weil bei aller Unterstützung, die wir auf der einen Seite hatten, wir auch erhebliche Fragezeichen an dem Prozess hatten aufgrund eben der Struktur des Doha-Abkommens und aus unserer Sicht der Zeitpunkt auch zu früh gewesen wäre - und der ist ja dann auch nie gekommen - - und so die Taliban sozusagen dadurch - wie soll ich sagen? - zusätzlich zu legitimieren, indem eben ein deutscher Außenminister ihnen die Hand schüttelt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danach habe ich ja gar nicht gefragt. Meine Frage richtet sich danach, welche Ziele diese erste Verhandlungsrunde hatte und wie viel Zeit dafür eingeplant war.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, ja, also, ich glaube, das Ziel der ersten Verhandlungsrunde, wenn ich es recht erinnere, war, überhaupt eine Struktur für den Verhandlungsprozess - also sprich: über was wird verhandelt, in welcher Reihenfolge? -, also sprich: eine Einigung über die Struktur des Prozesses zu erreichen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und Teil zwei der Frage: Wie viel Zeit war dafür ungefähr eingeplant zu Beginn? Oder Ihre Abschätzung damals, wie lange das dauern könnte.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich glaube an - - Also, das weiß ich nicht mehr präzise. Möglicherweise gab es dazu Einschätzungen, die ich aber nicht mehr erinnere. Wir waren sicherlich von einer ganzen Reihe von Wochen ausgegangen. Dass es dann bis in den November/Dezember dauerte, bis überhaupt ein erstes Agreement zu diesen Principles erreicht wurde, war dann, glaube ich, schon frustrierend.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Ist Ihnen - nur eine Frage am Rande - während dieser ersten Phase der Name Sergio Jaramillo Caro untergekommen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ob mir der Name untergekommen ist, erinnere ich mich jetzt, ehrlich gesagt, nicht mehr. Ich weiß, dass aber Markus Potzel, glaube ich, mit ihm ab und zu gesprochen hat; aber ich kann mich an keine vertiefenden Gespräche mit ihm meinerseits erinnern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wissen Sie, welche Funktionen dieser Herr ausgeübt hat? Ist Ihnen das bekannt geworden durch Ihre Gespräche mit Herrn Potzel zum Beispiel?

**Zeuge Andreas Krüger:** Soweit ich erinnere, war er im Auftrag entweder des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Union unterwegs. Aber - wie soll ich sagen? - with all due respect zu seiner großen Lebensleistung: Mir wäre zumindest neu - aber vielleicht tue ich ihm da auch Unrecht -, dass er sich über viele Jahre intensiv mit Afghanistan beschäftigt hätte. Und ich glaube, dass unser Fokus in den Gesprächen, die wir führten mit Experten, halt sehr stark fokussiert war auf Leute, die insbesondere auch die afghanische Gesellschaft über manchmal teilweise ja auch Jahrzehnte kannten, weil wir hofften, uns gerade von solchen Personen und Beratern am ehesten einen konstruktiven Beitrag - - dass die am ehesten einen konstruktiven Beitrag leisten konnten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank für die Beantwortung dieser kleinen Exkursfrage. - Meine nächste Frage bezieht sich wieder auf die Verhandlungen selber. Wie regelmäßig hatten Sie Kontakt mit dem Leiter des Verhandlungsteams der Republik, Herrn Masoom Stanekzai? Haben Sie ihn persönlich getroffen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, selbstverständlich. Also, ich kann jetzt nicht sagen - - Aber - - Also, relativ häufig. Der hatte ja, wie ich vorhin schon versucht habe anzudeuten, auch eine sehr schwierige, sehr fordernde Rolle, weil er natürlich auch so ein bisschen - - Auf der einen Seite

gab es die Regierung in Kabul, den Präsidenten, auf der anderen Seite seine sehr heterogen zusammengesetzte Delegation in Doha. Das war natürlich eine sehr komplexe Aufgabe. Ich habe mit ihm regelmäßig Gespräche geführt, ja, und auch über die sicherlich in E-Mails und in Berichten berichtet.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben das jetzt selber erwähnt: Die Delegation war sehr heterogen zusammengesetzt; das ist vorher auch, in vorangegangenen Runden hier besprochen worden. Hatten Sie den Eindruck oder Erkenntnisse darüber, dass die Heterogenität dieser Delegation auch darin begründet war, dass man ganz eigene innerafghanische, innenpolitische Interessen verfolgt hat und das auch auf diesem Niveau, auf dieser Ebene, auf dieser Plattform ausgetragen hat oder zumindest dort nicht ins Hintertreffen geraten wollte?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, aber das ist ja auch - wie soll ich sagen? - - Und ich glaube, das haben wir auch versucht damals immer wieder zu sehen: Das macht die Sache natürlich auf der einen Seite kompliziert, spiegelt aber letzten Endes die Heterogenität, in diesem Fall der afghanischen Gesellschaft, wider, dass da eben ganz verschiedene Blickweisen, Interessen, gesellschaftliche Hintergründe, ethnische Zugehörigkeiten etc. natürlich sich zu Wort meldeten.

Aber das würde ich eher auch - - Also, so komplex das dann verhandlungstheoretisch ist, ist es natürlich auch gleichzeitig eben die Stärke der afghanischen Republik gewesen, alle diese Kräfte dann letzten Endes zumindest zu versuchen unter einen Hut zu bekommen, so schwierig das dann häufig war.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Da drängt sich natürlich die Nachfrage auf: Ist es denn und zu welchem Zeitpunkt ist es denn gelungen, eine einheitliche Verhandlungsposition dieser Delegation herzustellen? Ist es überhaupt gelungen? Wann und in welchem - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich würde sagen: Die Gemeinsamkeiten überwogen die Unterschiede.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sehr schön diplomatisch ausgedrückt. - Parallel muss ich natürlich fragen: Wie war das Verhältnis zur Delegation der Taliban? Gab es ähnlich häufige Besprechungen? Und wie war da Ihr Eindruck? Waren die Taliban, von denen man ja auch weiß, dass es eine politische Führung gibt und militärische Kommandeure - - Welchen Eindruck hatten Sie von deren Homogenität, von deren zielgerichteten Vorgehensweisen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, unsere Gespräche mit den Taliban waren natürlich sehr viel formaler und auch seltener, wurden immer vorher vereinbart, liefen dann sozusagen nach - also, wie soll ich sagen? - - Das war kein informeller Austausch, wie das sozusagen mit Vertreterinnen und Vertretern der Republik war, und wurde auch seitens der Taliban sehr stark kanalisiert. Uns saß sozusagen dann letzten Endes ein relativ überschaubarer Kreis von sicherlich nicht unwichtigen, aber auch immer sehr spezifischen Talibanvertretern gegenüber. Insofern wussten wir natürlich, dass die Talibanwelt sozusagen eine sehr - auch inner-Taliban jetzt gesehen - komplexe ist; aber da hatten wir deutlich weniger Möglichkeiten, persönlich hineinzuschauen, als das auf der Republikseite der Fall war.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie leiten am 14. September 2020 einen DKOR-Bericht Ihres Vorgesetzten - - oder Ihres Kollegen Potzel mit zusätzlichen eigenen Bemerkungen an die Zentrale weiter. Es handelt sich dabei um MAT A AA-8.631 VS-NfD, die Blätter 71 bis 73. Sie berichten von einem konstruktiven Geist an den ersten beiden Tagen und einigen Grundregeln für die Verhandlungen, die bereits festgehalten werden konnten. Wie würden Sie den Start dieser Verhandlungen beurteilen? War er gelungen oder eher nicht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das noch mal sehen, bitte? Entschuldigung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

9.35 Uhr. - Also, es geht mir um die ersten beiden Absätze und dann vielleicht noch das Fettgedruckte.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also - wie soll ich sagen? - - In meiner eigenen Interpretation, meinen eigenen Worten, habe ich ja durchaus ein heterogenes Bild gezeichnet. Also, auf der einen Seite würde ich auch in der Rückschau sagen: Allein die Tatsache, dass nach diesen langen, vor allem militärisch geführten Auseinandersetzungen über ja fast 20 Jahre - und wenn man in das Gedächtnis der Afghaninnen und Afghanen zurückgeht, ja auch noch teilweise deutlich weiter zurückliegend - es überhaupt sozusagen zu diesem Prozess kam und da nicht am ersten Tag irgendwie entweder die eine oder die andere Delegation gleich wieder abgereist ist, einen Riesenaufstand gemacht hat oder was auch immer - - schon mal ein positiver Schritt an und für sich war.

Gleichzeitig - wie soll ich sagen? - gab es zwar einige positive Punkte, dass man gesagt hat: Okay, nothing is agreed until everything is agreed, gegenseitiger Respekt. - Das klingt immer so schön.

Aber - und natürlich: Koranrezitationen, auch schön - ich habe ja auch schon darauf hingewiesen hier, nämlich dass es einen Punkt gab, der dann ja auch in den nächsten Tagen danach sehr kompliziert wurde, nämlich: Welche Schule des Islam wird als Grundlage gesehen? Und habe auch darauf hingewiesen gleich im zweiten Absatz, wie komplex eben auch die Chemie innerhalb der republikanischen Seite war.

Und insofern - wie soll ich sagen? -: Ja, gemessen an dem Standard, den man an Friedensverhandlungen oder Dialoge nach einem solch langen Bürgerkrieg realistischerweise anlegen muss, war das ein positiver Schritt; aber man sah auch schon gleich am 14. September, wie schwierig es werden würde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke. - Damit sind wir am Ende dieser Runde angekommen, und wir gehen in die zweite Runde. Die kommt jetzt wieder in normaler Reihenfolge. - Und das Wort hat der Kollege Nürnberger.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das kommt nicht ganz unerwartet. Insofern ist auch vom Timing her es ganz - - für uns sehr hilfreich, weil wir nämlich gleich mit der nächsten Frage weitermachen können.

Und Sie haben das Dokument ja noch vor sich liegen. Sie schreiben in den Bemerkungen aber auch von der Problematik, dass Katar versuche - und das ist auch vorhin bereits angesprochen worden -, Deutschland, Norwegen, Indien, Usbekistan und die Verein-

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Entschuldigung, Herr Nürnberger, da müsste ich reinspringen. Also, wenn wir in die Details der Rolle von Katar reingehen, dann müssten wir das in nichtöffentlicher Sitzung machen, weil es da dann doch an die bilateralen Beziehungen auch geht. Das hatte Herr Krüger ja vorhin auch schon angedeutet.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn wir das so täten - ich formuliere mal noch im Konjunktiv, weil wir uns ja eine Meinung bilden müssen, ob wir das so wollen -, dann rückt das ans Ende des heutigen - -

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, nee, nee! „Nichtöffentlich“, hat er ja gesagt!)

- Bitte?

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Nichtöffentlich“! Nicht „vertraulich“!)

Sie haben nur „nichtöffentlich“ gesagt? Ach so, okay.

Gut, das müssten wir dann überlegen. Ich unterbreche mal ganz kurz. Bitte mal kurz die Obleute zu mir. - Gut, dann machen wir das jetzt so, dass wir die Öffentlichkeit - die ganz vielen Menschen, die da oben auf der Tribüne sitzen - bitten, ganz kurz mal vor die Tür zu gehen. Das wird, glaube ich, nicht lange dauern.

(Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber geordnet, bitte! - Heiterkeit)

- Ja, ohne dass es zu Massenpanik kommt an den Türen, bitte. - Also, es wird sehr kurz sein; insofern dürfen Sie bestimmt gleich wiederkommen.

Wir haben eben unter den Obleuten besprochen, dass wir für diese Frage die Öffentlichkeit ausschließen wollen und dann anschließend die Öffentlichkeit wieder - - Das müssten wir jetzt beschließen. Wer dafür ist, dass wir so verfahren, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:  
19.13 Uhr - Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:  
19.18 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Andreas Krüger**

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich eröffne die öffentliche Sitzung wieder. - Wir haben Fragen erörtert sozusagen, die das zwischenstaatliche Verhältnis berührt haben, und das ist etwas, was wir im Regelfall unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutieren. Das ist hier auch die Vereinbarung, um auch solche Dinge nicht zu Belastungen werden zu lassen in einem bestimmten Verhältnis zu anderen Staaten. Das haben wir in einer Frage kurz und schmerzlos behandelt und freuen uns, dass Sie wieder da sind.

Und der Kollege Nürnberger hat immer noch das Wort.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben dann in der Folge am 21. September - also eine Woche später



## Nur zur dienstlichen Verwendung

als das Dokument, über das wir gerade gesprochen haben - eine Ministervorlage aus Ihrem Referat erstellt über den aktuellen Stand der Friedensverhandlungen und Erfolgsaussichten. Ich beziehe mich auf MAT A AA-8.480, die Blätter 5 bis 8. Und da schreiben Sie, begleitet von einem Hinweis auf die Position mancher Nachbarstaaten und auch gewisse Motivationen in der US-Innenpolitik - - Aber insbesondere schreiben Sie:

„Angesichts der weit divergierenden Interessen der Konfliktseiten, der widersprüchlichen Ziele auch innerhalb der beiden Konfliktparteien, ... stehen die Chancen für dieses Ziel gegenwärtig nicht gut.“

Jetzt ist der Zeitrahmen zwischen der ersten von Ihnen getätigten Einschätzung und der zweiten genau eine Woche. Was hat sich in dieser Woche getan? Oder ist das nur die Fortführung der Beschreibung vom 14. September?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich würde gerne die Vorlage noch mal sehen. Aber ich beantworte gleichzeitig schon mal die Frage: Ich glaube, das ist einfach der weitere Verlauf, wie eben ja schon angedeutet. Wie gesagt: Auf der einen Seite allein die Tatsache, dass es nach 20 Jahren oder, wenn man eigentlich realistisch sagt - - denkt, nach mindestens 30 Jahren Mord und Totschlag überhaupt zu dieser umfassenden

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

- vielen Dank - Begegnung kommt - - kam, war schon mal ein positiver Schritt an und für sich.

Gleichzeitig ist - - Und ich meine - wie soll ich sagen? -, die persönliche - - Persönlicher Respekt und persönlicher Umgang spielt in Gesellschaften, die weniger funktional als stärker personal strukturiert sind, eine vielleicht noch größere Rolle, als sie das in unserer sehr funktional strukturierten Gesellschaft tun, wobei auch hier natürlich die Frage von persönlichem Respekt hoffentlich auch eine große Rolle spielt.

Aber deswegen war natürlich am Anfang - - In den ersten Tagen bemühten sich beide Seiten

sehr, der anderen Seite auch sozusagen - - mit der anderen Seite respektvoll umzugehen und sozusagen bestimmte Komments, bestimmte kulturelle Regeln, auch einzuhalten.

Gleichzeitig zeigte sich dann aber, dass, wie ja auch schon in der Mail vom 14. September ausgeführt, eben die Substanzfragen natürlich ausgesprochen schwierig waren und in der Tat eine solche Frage wie eben zum Beispiel die Frage „Welche islamische Schule ist denn eigentlich ausschlaggebend?“ äußerst komplex war und für viele Tage intensiver Diskussion - - führte.

Und weil Sie ja gerade, also verschiedene Mitglieder des Ausschusses, auch immer wieder so ein bisschen gefragt haben: „Was war zum Beispiel die Rolle der Berghof Stiftung in diesem Prozess?“, würde ich sagen: Gerade in einer solchen Rolle ist es natürlich einem Akteur, der eben nicht staatlich ist, vielleicht dann eher möglich, auch zu schauen: „Okay, wo nehmen wir Zwischentöne auch zum Beispiel auf der Talibanseite wahr?“, wie man über diese schwierige Frage, die ja sehr an den Grundsatz des jeweiligen Staats- und Gemeinwesensverständnisses herangeht - - Wie kommt man über diese Klippe rüber?

Aber dass dieser Prozess von Anfang an eher, wahrscheinlicher scheiterte als nicht scheiterte, glaube ich, war allen Akteuren bewusst.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie schreiben ja auch in der Vorlage, ein bisschen weiter: „Gleichwohl ist der Versuch aktuell ohne vernünftige Alternative.“ - Ist Ihnen jemals bekannt geworden, ob es überhaupt innerhalb der Bundesregierung andere Positionen gegeben hätte als die Fortführung dieser Friedensverhandlungen? Ist Ihnen dort jemals was bekannt geworden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich glaube nicht, dass sozusagen - - Also, ich würde sagen: In allen Runden, an denen ich selber teilgenommen habe - auch den entsprechenden Staatssekretärsrunden usw. -, gab es immer einen großen - - spürten wir, also die Vertreterinnen und Vertreter des Auswärtigen Amtes, immer einen großen Rückhalt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dass gleichzeitig aber auch skeptische Fragen gestellt wurden, seitens der Kollegen in der Chausseestraße ebenso wie auch manchmal intern, auch innerhalb des Auswärtigen Amtes, würde ich eher als - wie soll ich sagen? - produktiv verstehen, weil es natürlich immer die Gefahr gibt, dass Personen, die in einem Prozess drin sind, irgendwann - wie soll ich sagen? - prozessblind werden. Und insofern fand ich das eigentlich immer auch sehr wichtig, wenn zum Beispiel die Staatssekretäre oder andere Kollegen uns auch kritische Fragen stellten oder auch meine eigene Abteilungsleiterin zum Beispiel: Ist das wirklich sinnvoll unter den gegebenen Voraussetzungen?

In der Abwägung kamen wir dann immer dazu, zu sagen: Ja, es ist sinnvoll. - Aber ich glaube nicht, dass wir - wie soll ich sagen? - uns Illusionen machen über die Chancen dieses Prozesses.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Ich muss wieder einen Tag in der Timeline zurückspringen. Am 20. September 20 haben Sie ausführlich über ein Gespräch mit dem Verhandlungsleiter der Delegation der Republik berichtet. Es geht da um MAT A AA-8.475 VS-NfD, Blatt 23 f. In einer Bemerkung dazu schreiben Sie, dass das Hauptproblem nicht bei der Delegation der Republik in Doha, sondern ihrerseits beim Palast läge. Können Sie uns das Verhältnis der Delegation und das Zusammenspiel mit dem Präsidenten Ghani näher erläutern? Wie haben Sie das wahrgenommen? Wer hat da welchen Einfluss wie ausgeübt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Also, nun - - Ich würde es gerne auch noch mal sehen, rein aus meinem eigenen Interesse raus auch. Aber ich beantworte gleichzeitig auch schon die Frage, wenn ich darf.

Also, natürlich, muss ich sagen, muss man da auch quellenkritisch rangehen und sagen: Auch wir hatten natürlich in die vielen Gespräche, die zwischen Kabul

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

- herzlichen Dank - und Doha liefen auf der Republikseite, ja auch nur punktuell Einblick oder bekamen natürlich das nur punktuell mit. Es schien uns aber gleichzeitig so zu sein, dass das Misstrauen des - - insbesondere aus dem Umfeld des Präsidenten gegenüber dem, was in Doha besprochen wurde, doch sehr ausgeprägt war und insofern es in der Tat für Herrn Stanekzai und sein Team eine äußerst schwierige Balance war, auf der einen Seite ein gewisses - wie soll ich sagen? - prozessimmanentes Vertrauen oder zumindest eine konstruktive Gesprächsatmosphäre mit den Taliban hinzubekommen, ohne sozusagen das Vertrauen des Palastes zu verlieren. Das ist etwas, was - wie soll ich sagen? - in solchen Prozessen ja nicht völlig untypisch ist.

Aber die Frage, die sich für uns immer wieder stellte, war natürlich auch: Glaubt der Präsident tatsächlich daran, dass in Doha etwas passieren kann, was konstruktiv ist und Möglichkeiten eröffnet? Oder sieht er das eigentlich eher als - wie soll ich sagen? - reines politisches Theater? Und diese Frage - - Ich konnte logischerweise nicht - konnte damals nicht und kann es auch im Nachhinein nicht - in den Kopf des afghanischen Präsidenten hineinblicken. Aber diese Frage stellte sich natürlich allen.

Das Gleiche gilt mutatis mutandis aber auch natürlich für die Talibanseite. Auch da stellt sich natürlich die Frage: Waren sie ernsthaft an einem innerafghanischen Dialog interessiert, oder ging es ihnen eigentlich nur darum, Zeit zu gewinnen?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben beinahe wortgenau meine nächste Frage formuliert und gleich beantwortet. Es ist nämlich tatsächlich so, dass den Taliban ja häufig vorgeworfen wird, sie hätten nur auf Zeit gespielt und vor allen Dingen mit dem für sie sehr günstigen Doha-Abkommen im Rücken und der Zusicherung der Vereinigten Staaten, sich zurückzuziehen, ohne dass das an bestimmte Bedingungen geknüpft ist.

Wie haben Sie in Doha und aus Berlin heraus - je nachdem, wo Sie gerade waren - die Auswirkungen der dann in allernächster Zukunft, aus dem damaligen Zeitpunkt, stattfindenden US-Wahl



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf die Verhandlungen und das Geschehen in Doha bewertet, und was haben Sie da festgestellt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, es kam natürlich dann quasi erst mal zu einem Stillstand der Verhandlungen, einfach weil alle darauf warteten, a), wie die amerikanischen Präsidentschaftswahlen ausgingen. Und wir wissen ja alle, was für eine schwierige Zeit das also zuerst mal für die USA, aber dann natürlich auch für alle anderen war. Und diese Unsicherheit wirkte sich natürlich sehr stark bremsend auf den Prozess aus.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Am 3. und 6. November 2020 berichten Sie auch von längeren Gesprächen mit Vertretern der Taliban, MAT A AA-8.484 VS-NfD, die Blätter 7 bis 10. Beide Male war da der Vertreter Wasiq anwesend. Können Sie uns erläutern, ganz kurz, auf wessen Initiative diese Gespräche zustande kamen? Wurden Sie angefragt? Oder war es umgekehrt, dass Sie auf diesen Vertreter zugegangen sind? - Und dann würde ich gern zu den Detailfragen kommen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das erinnere ich jetzt präzise nicht mehr. Nach meiner Erinnerung war es - wie soll ich sagen? - mal so und mal so: Mal kamen die Taliban auf uns zu, mal wir auf die Taliban. Es war ja auch immer so, dass - - Wir wechselten uns ja, wie gesagt, auch unter diesen Coronaregimen ab. Das war eine auch rein logistisch, impftechnisch etc. nicht ganz unkomplexe Aufgabe. Insofern war es natürlich auch immer wichtig, sozusagen dann in den entsprechenden Zeitfenstern diese Gespräche zu führen.

Aber nach meiner Erinnerung zumindest ging das teilweise auf Wunsch der Taliban zurück und teilweise auf unsern. Es war eigentlich relativ klar, dass man sich - - in gewissen Abständen versuchte miteinander zu sprechen, die aber, wie vorhin schon ausgeführt, sicherlich eine ganz andere Frequenz hatten als unser ja auch sehr viel vielschichtigerer Dialog mit der Delegation der Republik.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dazu noch die folgenden Fragen: Sie beschreiben das Gespräch als ein „ungewöhnliches, aber lohnendes Gespräch“.

Es sei auch darum gegangen, wie der Westen die Taliban sehe. Der Gesprächspartner, Herr Wasiq, „unterstrich die Bereitschaft der TLB, mit anderen Afghanen zusammen leben zu können und diese auch zu respektieren“. Das klingt erst sehr positiv.

In der Wertung schreiben Sie aber auch, dass es ernsthafte Zweifel gäbe, „ob TLB bereit / in der Lage sind, neben der rein formalen Bespielung des Doha-Prozesses sich auf ernsthafte Verhandlungen ein zu lassen“. Das ist ja im Lichte der Aussage, die Sie vor kurz- - vor einigen Minuten gemacht haben, genau der Punkt. Hat sich diese Erkenntnis oder diese Frage über die Zeit - - Konnten Sie mehr und mehr die Erkenntnis gewinnen, dass es tatsächlich Ihrer Vermutung entspricht, dass nur auf Zeit gespielt worden ist? Oder wie hat sich diese Einschätzung durch die steigende Menge an Informationen und die verschiedenen Gespräche über die Zeit entwickelt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, with the benefit of hindsight, mit dem Privileg des Rückblicks, würde ich das so beantworten: Ich glaube, man muss sich - - oder: Es ist sinnvoll, sich zu vergewissern, dass zu dem Zeitpunkt - Sie sprachen, glaube ich, vom September, ne? das Gespräch? - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das Gespräch war im November.

**Zeuge Andreas Krüger:** - November - - aber gleichwohl also noch im Herbst zu einem Zeitpunkt stattfand, wo auch die Taliban ja noch nicht wissen konnten, wie sich die amerikanische Politik konkret weiterentwickelt. Und ich glaube, wir haben alle noch die Bilder der großen innenpolitischen Turbulenzen in den USA sehr präsent und auch dieses sehr schwierigen Interregnums sozusagen, nach der Abwahl des Präsidenten bis dann zur tatsächlichen Vereidigung von President Biden. Und wir wissen auch alle, dass im amerikanischen System, anders als bei uns, jeder Administrationswechsel ja dann auch erst mal zu einem Faststillstand aller strategischen Amtsgeschäfte führt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Insofern, glaube ich, war der Prozess zwar schon sehr stark belastet, auch schon im Herbst - und ich glaube, diese Skepsis kommt auch in all- - also relativ konsistent zum Ausdruck -, aber aus unserer Sicht noch nicht vollkommen hoffnungslos.

Gleichwohl - und das sage ich jetzt mal ganz persönlich - haben wir auch immer wieder versucht, auch unseren Gesprächspartnern auf der Republikseite zu verdeutlichen, dass wir natürlich nicht - - a), keine Kristallkugel haben und, b), nicht für die amerikanische Administration reden können, aber auch aufgrund meiner persönlichen Erfahrung in den USA, wo ich auch in Washington war, ich doch auch immer wieder republikanische - - also afghanisch-republikanische Gesprächspartner aufforderte, die Worte des Präsidentschaftskandidaten Biden in den berühmten Interviews sehr ernst zu nehmen, die ja nun nicht unbedingt darauf hindeuteten, dass er die Abzugspläne der USA in ihr Gegenteil verkehren würde. Und das hat sich dann ja auch bewahrheitet.

Will sagen: Man mu- - Wir haben versucht, auch immer wieder für Realismus auf beiden Seiten zu werben. Aber ich glaube, dass insbesondere in dem Moment, wo dann auch erst noch unter Präsident Trump - noch im November, Dezember - noch mal Vorentscheidungen getroffen wurden mit weiterer Beschleunigung des Truppenabzuges - dann eigentlich im Frühjahr -, es klar war, dass der politische Prozess als solcher nur noch extrem geringe Chancen hatte, ja, und natürlich für die Taliban dann insbesondere in dem Moment, wo sie merkten, wie rasch sie Gebietskontrolle ausweiten konnten, dann der politische Prozess weit in den Hintergrund trat. Das konnten aber selbst die Talibanvertreter im Oktober, November 2021 - rede ich jetzt richtig? nee, 20 - nicht unbedingt wissen.

Ich glaube - auch dafür gibt es ja viele Hinweise -, dass die Taliban von ihrem eigenen Erfolg teilweise selber überrascht waren, von ihrem eigenen militärischen Erfolg.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zur CDU/CSU. Wieder Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Herr Krüger, ich würde mit Ihnen jetzt gern noch mal über den April 2021 sprechen und Ihnen dazu zwei Vorhalte machen. Das ist einmal mal MAT A AA-8.349 VS-NfD, Austausch, Blatt 177 bis 180, und MAT A AA-8.418 VS-NfD, Blatt 62.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Jawohl.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - In dem ersten Dokument, also vom 21. April 2021, berichten Sie von einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, an der Sie offensichtlich teilgenommen haben. Und ich zitiere aus Ihrer Mail:

„Überraschend nur auch hier, dass AfD MdB sich ebenfalls für Aufnahme ausgesprochen hat.

Ich kann vor Aufweichung unserer Kriterien im OKV nur warnen. Die Abgeordneten verstehen nicht, welche Sogwirkung sie damit in AFG auslösen; auch BMZ“

- ich vermute, wirtschaftliche Zusammenarbeit -

**Zeuge Andreas Krüger:** Mhm, auf jeden Fall.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):**

„höchst alarmiert. ... Es ist - um es freundlich zu sagen - uninformiert von den Abgeordneten, zu vermuten, dass Familienmitglieder von Afghaninnen /& Afghanen, die mittelbar oder unmittelbar für die Bundeswehr gearbeitet haben, automatisch gegen die Taliban sind und/oder nicht in“

- Ortskräfte -

„verwickelt etc. sein könnten.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Nee, Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge Andreas Krüger:** Organisierte Kriminalität.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Entschuldigung:

„OK verwickelt etc. sein könnten.“

Zunächst eine Interessenfrage für die Geschichtsbücher: Ist es richtig, dass auch die AfD sich im Auswärtigen Ausschuss für eine kulantere Haltung im Ortskräfteverfahren ausgesprochen hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, zumindest habe ich damals den Eindruck gewonnen. Ich nehme an, es gibt zu dieser Obleuteunterrichtung ein Protokoll. Mir steht es gar nicht zu, Abgeordnete hier zu paraphrasieren sozusagen. Aber das war damals mein Eindruck, ja; sonst hätte ich es ja nicht geschrieben. Und es hat mich damals überrascht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja. - Jetzt meine Frage: Weswegen meinen Sie denn, dass die Abgeordneten, freundlich gesagt, uninformativ gewesen seien?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, das ist natürlich jetzt in diesem Kreise nicht unbedingt die diplomatischste aller meiner Ausdrucksformen. Wie gesagt, ich würde gerne - - Also, ich hoffe, ich habe hier niemanden gekränkt, und wenn ich das tue, bitte ich um Entschuldigung.

Ich würde gleichwohl sagen, dass nach dem, wie wir und ich auch persönlich Afghanistan verstanden haben und auch verstehen, die Frage: „Wer ist gefährdet und wer ist nicht gefährdet in Afghanistan, also, wer ist mehr und wer ist weniger gefährdet in Afghanistan?“, eine sehr, sehr komplexe Frage ist. Und sie ist nicht automatisch deckungsgleich mit der Frage: „Wer war nach der jeweils bestehenden Definition Ortskraft oder nicht Ortskraft?“

Ich würde auch weiterhin daran festhalten, dass wir nicht sagen können, dass sämtliche Personen, die zu einem Zeitpunkt X oder Y einmal für zum Beispiel eine vom Westen finanzierte Entwicklungshilfeeinrichtung gearbeitet haben, allein dadurch gefährdet waren oder sind. Insofern würde ich an der grundsätzlichen Einschätzung, dass es zumindest diskutierbar ist, ob es zu dem Zeitpunkt klug gewesen wäre, die Ortskräftedefinition so stark auszudehnen, festhalten.

Zweitens. Wie gesagt, wir reden ja hier über den April 2021. Für uns galt ja immer, sozusagen für die gesamte Bundesregierung, der Maßstab, den ja auch der Außenminister im Bundestag immer wieder auch meines Erachtens zu Recht vertreten hat: dass es unser starker Wunsch ist, unsere politische Position, die Afghaninnen und Afghanen auch über den Abzug der Bundeswehr hinaus nicht alleine zu lassen und weiter zu unterstützen. Das geht logischerweise nur, wenn man insbesondere im Bereich humanitärer Hilfe und EZ auch in Afghanistan weiterarbeitet.

Wenn man nun und aus meiner Sicht auch unzutreffend unterstellt, dass jede Person, die für eine westliche EZ-Organisation oder Humanitäre-Hilfe-Organisation - - allein dadurch gefährdet ist - so als „gefährdet“ definiert -, kann man in Afghanistan weder mit EZ noch humanitär noch die Afghaninnen und Afghanen unterstützen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich frage das deswegen nach, weil Sie ja heute, aber auch in Ihrer letzten Vernehmung ausgesagt haben, dass Sie im Auswärtigen Amt eigentlich gegen dieses Ortskräfteverfahren und für ein Listenverfahren gewesen seien, und zwar auch schon relativ früh, also ein Verfahren - - „Visa on arrival“ heißt das dann ja.

**Zeuge Andreas Krüger:** Mhm.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Das ist ja ein anderes Verfahren als Ortskräfteverfahren in der Abwicklung, weil beim Ortskräfteverfahren findet ja die Gefährdungsanzeige statt, dann findet eine Sicherheitskontrolle statt, und dann werden am Ende Visa erteilt, und dann wird über die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufnahme entschieden. Wenn ich das richtig verstehe: Bei dem von Ihnen favorisierten Visa-on-arrival-Verfahren findet diese vorherige Prüfung der Sicherheitslage ja nicht statt, sondern man prüft das erst bei Einreise. Habe ich das so richtig verstanden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nicht zwingend. Also, man kann ja sozusagen sagen: Okay, aufgrund dieser oder jenen Umstände.

Es ist aus meiner Sicht zum Beispiel ein großer Unterschied, ob im Bereich einer EZ-Maßnahme Journalistinnen, Journalisten, Künstlerinnen und Künstler unterstützt wurden oder - Entschuldigung, das ist jetzt ein Klischee, aber sei's drum - Brunnenbaumaßnahmen, sprich: Insofern würde ich sagen, dass man sehr genau gucken musste: Welche Gefährdungslage lag denn für diese entsprechende Person vor? - Und natürlich kann man dann sagen, aufgrund dieser spezifischen Tätigkeit - meinetwegen unabhängige Zeitungen, Medienbereich, nur mal dieses Beispiel, Eintritt für Frauenrechte, Eintritt für LGBTQ usw. - ergibt sich dann möglicherweise eine andere Gefährdungslage, und dann kann man natürlich das Visaverfahren im eigentlichen Sinne trotzdem noch in Deutschland machen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. - Die zweite Vorlage, die ist eine Woche jünger, die ist vom 28. April. Und da berichtet Ihnen gegenüber ein Mitarbeiter von einer Besprechung, und in der berichtet er unter anderem darüber, dass die Verteidigungsministerin unwidersprochen festgelegt habe, dass

„mit Abzug der Bw auch die Ortskräfte der Bundeswehr (geschätzt 1.000 und 2.000 Personen inkl. Kernfamilien) mit nach DEU gehen, wenn diese den Wunsch anzeigen, weil eine latente Gefährdung durch den BND bereits bescheinigt wurde.“

So heißt es dort wörtlich. Das ist am 28. April 2021 an Sie gesandt worden.

Und dann antworten Sie:

„Moment ;-)

Sofern ich die Geschäftsordnung der B'Reg. richtig verstanden habe, kann darüber nicht allein die BM'in der Verteidigung entscheiden.“

Kann ich das so verstehen, dass Sie die Entscheidung der Bundesverteidigungsministerin für falsch gehalten haben -

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, es gibt - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - und sie auch für unzuständig gehalten haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Es geht ums Verfahren, nicht um die Entscheidung per se. Und soweit ich - korrigieren Sie mich oder die Kollegen der entsprechenden Ressorts hier gerne - - sollte ja die Frage „Wie werden Ortskräfte definiert?“ nicht im Ressortkonsens gefällt werden. Und ich glaube, gerade auch im Sinne der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die ja dieses Verfahren unter enormen Arbeitsleistungen dann umsetzen, sowohl seitens des BMVg als auch seitens des AA, war es mir in dem Moment wichtig, dass es hier einen klaren Ressortkonsens gibt, der auch entsprechend von allen Ressorts mitgetragen wird. Wir sind ja weisungsgebundene Beamte, und insofern ging es mir in dem Fall nur darum, auf sozusagen die Kohärenz der Entscheidungsfindung hinzuwirken.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Gleichwohl äußern Sie im letzten Absatz Ihrer Mail dann auch inhaltliche Bedenken. So verstehe ich zumindest die Mail; korrigieren Sie mich, wenn es falsch ist. Da sagen Sie nämlich:

„In morgiger Ressortrunde sollten wir ausdrücklich und aktenkundig darauf hinweisen, dass sich durch Aufnahme von Personen ohne vorherige hinreichende Prüfung die Wahrscheinlichkeit erhöht, Sicherheitsrisiken nach Deutschland zu importieren und auch dem Missbrauch Tore zu öffnen.“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Meine Frage ist jetzt: Haben Sie damals die Auffassung vertreten, dass durch - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie freundlicherweise die MAT-Nummern dazu haben?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die hatte ich vorhin schon gesagt. Aber ich kann sie - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber ich weiß nicht, ob es die gleiche ist.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich habe vorhin beide MAT-Nummern schon gesagt, aber ich sage Sie gerne noch mal.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das ist MAT A AA-8.418 VS-NfD, Blatt 62. - Noch mal: Wie ist das zu verstehen? Hatten Sie Sicherheitsbedenken bei der Aufnahme von Ortskräften?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich habe - - hatte Sicherheits- - Also, es ist ja immer eine Frage der Abwägung. Es gibt auf der einen Seite die Gefährdungslage der betroffenen Afghaninnen und Afghanen, auf der anderen Seite das, finde ich, auch sehr berechtigte Interesse der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, inklusive aller afghanischen - - und Afghanen, die hier in Deutschland leben, nach Sicherheit. Und insofern würde ich sagen, dass völlig unabhängig von der Frage, ob jemand Ortskraft war oder nicht, wir schon sehr genau hinschauen sollten, wer in das Land kommt und wer nicht, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meinten Sie damit die Standardsicherheitsüberprüfung im Rahmen des Visaantragsverfahrens?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Dann müssen Sie mir noch mal helfen. Sie sind auf der einen Seite für Visa on arrival, wo gerade dieses Verfahren der vorherigen Sicherheitsüberprüfung eben nicht stattfindet, und jetzt sagen Sie, Sie haben aber Sicherheitsbedenken, wenn es keine vorherige Sicherheitsüberprüfung gibt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Wie gesagt, es ist ja eine Abwägungsfrage. Und ich glaube, dass in der Sondersituation insbesondere der sich dann dramatisch verschlechternden Sicherheitslage und der Abwägung es dann entscheidender war, möglichst viele Afghaninnen und Afghanen, die in Gefährdung sich befanden oder es so sahen, nach Deutschland zu bringen. Und wir hatten ja durchaus Fälle - die sind ja auch presseöffentlich bekannt - von Personen, wo sich dann im Nachhinein herausgestellt hat, dass die besser vielleicht nicht nach Deutschland gekommen wären.

Und ich erinnere mich auch noch an eine sehr - wie soll ich sagen? - offene Sitzung auch hier im Bundestag, wo auch der Innenminister zum Beispiel deutlich gemacht hat, dass es dieses Risiko gibt, dass er aber bereit ist, dieses Risiko in der Abwägung auch zu tragen, und alle Abgeordneten damals dem auch zustimmten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Können Sie das vielleicht - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Dieses Risiko bestand. Aber man muss, glaube ich, unterscheiden zwischen der Lage, wie sie sich im April darstellte, und der Lage, wie sie sich dann später im weiteren Jahresverlauf darstellte.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay; das wäre nämlich meine Frage gewesen. - Also, Sie würden sagen, im April 21 war das Ortskräfteverfahren mit dieser Sicherheitsprüfung noch das angezeigte Verfahren.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ist das Ihre einzelne Auffassung gewesen, oder war das die Auffassung von AP 05 oder vielleicht sogar vorge-setzter Dienststellen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, auf jeden Fall von AP - - Also - wie soll ich sagen? -, ich kann jetzt nicht in das Herz einzelner Referentinnen und Referenten hineinschauen, aber als Referatsleiter vertrat ich natürlich das Gesamtreferat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

So wie einzelne Vorgesetzte das sahen, da bin ich jetzt konkret überfragt; aber ich hatte schon das Gefühl, dass es insgesamt immer wieder das Bestreben war, insbesondere auch diverser Abteilungsleiter/-innen- und Staatssekretärsrunden, im Ressortkontext zu versuchen, hier eine möglichst - wie soll ich sagen? - geschlossene Linie der Bundesregierung zu erreichen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen herzlichen Dank. - Jetzt würde auch ich gerne zu den innerafghanischen Friedensverhandlungen kommen, und zwar in ein relativ frühes Stadium. Am 11. September 2020 schrieben Sie an das Büro von Staatssekretär Berger - das ist MAT A AA-8.473 VS-NfD, Blatt 22/23 -, dass das Auswärtige Amt in Doha trotz der wichtigen Rolle Deutschlands im Vergleich mit anderen Ländern schwach aufgestellt sei. Sollen wir Ihnen das vorlegen, oder erinnern Sie den Vorgang?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich erinnere ihn nicht, aber das ist, glaube ich, keine Aussage, die ich - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Selbst Norwegen sei mit mindestens sieben Personen vertreten, und Sie bitten darum, diesen - Zitat - „sehr „leichten Fußabdruck“ - Zitat Ende - des Auswärtigen Amtes zu überdenken. Meine Frage noch mal: Was hat Sie dazu veranlasst, und was war die Reaktion darauf?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich glaube, die Veranlassung steht - - haben Sie ja schon sozusagen mitgeliefert. Ich glaube, dass wir als Bundesrepublik grundsätzlich dazu tendieren, den Personalansatz, dessen solche internationalen Verhandlungen bedürfen, relativ schlank zu definieren. Darüber kann man natürlich dann logischerweise sehr geteilter Meinung sein. Aber ich würde nach wie vor die Auffassung vertreten, dass, wenn man ernsthaft solche Verhandlungen unterstützen möchte, man das auch mit entsprechender Personenzahl unterfüttern sollte.

Ich glaube, dass unterm Strich ich schon das Gefühl hatte, dass wir hier von der Amtsleitung in dem weiteren Prozess dann sehr gut unterstützt wurden, auch wenn ich mir natürlich - - Das

geht, glaube ich, vielen Menschen so, die Arbeitseinheiten leiten: dass sie sich gerne manchmal noch eine Person oder zwei mehr gewünscht hätten. Aber ich glaube, wir haben das dann unterm Strich doch ganz gut hinbekommen, und ich hatte das Gefühl, dass insbesondere auch Staatssekretär Berger uns da auch immer sehr unterstützt hat.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ausweislich dieser Mail auf der zweiten Seite - ach, die haben Sie jetzt ja gar nicht vorliegen; aber vielleicht geht es auch ohne - haben Sie vorgeschlagen, dass Sie für den Zeitraum der innerafghanischen Verhandlungen in Doha zunächst sich personell wie folgt aufstellen:

„AP-B-2“

- also Herr Potzel vermutlich ist das -

„und RL AP05“

- das sind vermutlich Sie-

„reisen alternierend nach Doha ...“

Und dann ist hier noch von einer Mediations- und Prozessexpertin und dann von einer weiteren Person die Rede.

Meine Frage ist jetzt: Wann waren Sie denn jetzt im Jahr 2021, also vor dem August, selbst in Doha? Können Sie daran sich noch erinnern, wie oft Sie, ich sage mal, im Sommer 21 in Doha waren und ungefähr wann?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, da ich ja anfangs dieser Sitzung darauf hingewiesen wurde, dass meine Aussagen wahrheitsgemäß zu sein haben, möchte ich jetzt hier nicht wild rumspekulieren. Ich müsste jetzt sozusagen noch mal auf mein Telefon gucken oder so. Aber es war in der Tat so, dass die Frequenz dann abgenommen hat sozusagen im Verlauf des Jahres 2021 und wir dann ja auch die Lösung gefunden haben.

Also, zuerst wurde das ja quasi umgesetzt, was hier stand, ne? Insofern gibt es gar keine Gründe,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mich zu beklagen, ausnahmsweise mal, ne? Also, AP B-2 und Referatsleiter AP 05 haben sich ja dann tatsächlich abgewechselt, Frau T. und Frau R. haben uns da unterstützt usw. usf., und auch die Kollegen der Botschaft in Doha, sofern es ihnen möglich war; die hatten ja auch noch ein paar andere Aufgaben.

Und wir haben dann im - - In der Tat stellte sich dann heraus, dass auch diese Doppelaufgabe sozusagen - Referatsleitung in Berlin und längere Frist - - Zeiten in Doha sozusagen, das kann man für ein halbes Jahr ganz gut machen - ne? -, aber irgendwann wird das dann auch schwierig, wie gesagt, alles auch unter Coronabedingungen mit den entsprechenden Risiken, die damit verbunden sind, den auch nicht ganz so einfachen persönlichen Kommunikationswegen usw. usf., gerade hier auch in Berlin zu dem Zeitpunkt.

Das heißt, dass wir dann zu der Lösung gekommen sind, einen Kollegen dann vor Ort zu haben, der dann für längere Zeit in Doha am Stück war, und ich glaube, das war dann auch durchaus sinnvoll.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Damit wechselt das Fragerecht zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Krüger, ich hätte gerne von Ihnen gewusst, von wem eigentlich die Initiative zu Ihren Gesprächen mit den Taliban ausging und wie der Kontakt hergestellt wurde, also insbesondere auch, ob es gegebenenfalls von Berghof vermittelt wurde.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich habe das ja vorhin, glaube ich, schon teilweise beantwortet, Frau Abgeordnete, dass ich - wie soll ich sagen? - natürlich jedes Mal, wenn ich nach Doha kam - und ich glaube, das machte Herr Potzel ganz ähnlich -, dann kommuniziert habe: Ich bin jetzt wieder in Doha. - So, dann kam häufig eine Antwort seitens der Taliban: „Ja, wir sollten uns in den nächsten Tagen sehen“ usw. usf., also letzten Endes eine Verabredung, die jetzt nicht so anders abläuft als mit anderen Gruppen oder Menschen

auch. Aber wir haben dann nicht - - Also, nicht jede dieser Kommunikationen lief über die Berghof Stiftung. Die war dann eingebunden, teilweise oder auch in der Regel; aber sie war sozusagen jetzt nicht als Shuttle dazwischengeschaltet per se.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Ja, ich versuche das immer noch zu verstehen mit der Berghof Stiftung, weil Sie haben ja ganz am Anfang Ihrer Vernehmung heute gesagt, die Erwartungen waren, nicht alles, was Sie besprechen, eins zu eins auch an die deutsche Delegation weiterzugeben. In den Akten des Auswärtigen Amtes findet man aber relativ viele Berichte der Berghof Stiftung. Und da würde mich eben interessieren: War jetzt die Berghof Stiftung ein neutraler Akteur, oder war die ein Berichterstatter für Sie? Also diese Rolle, können Sie die vielleicht noch mal ein bisschen erläutern? Die ist mir noch unklar.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, ich glaube, weder noch, wenn ich das so sagen darf. Sie war natürlich kein neutraler Akteur. Auch die Taliban wussten natürlich, dass die Berghof Stiftung - wie soll ich sagen? - für Demokratie und Menschenrechte eintritt und für die Gleichberechtigung von Mann und Frau etc. Insofern war sie sicherlich nicht wertneutral in diesem Prozess. Und das hat die Berghof Stiftung, glaube ich, auch nach allem, was ich beurteilen kann - ich war ja nicht immer bei den Gesprächen mit dabei; wäre auch nicht sinnvoll gewesen - - Aber ich glaube, da gab es überhaupt gar keine Zweifel. Allein schon auch die Tatsache, dass die Berghof Stiftung ja häufig auch in gemischtgeschlechtlichen Gruppen mit den Taliban gesprochen hat usw. usf., auch dadurch hat sie ja Werte kommuniziert sozusagen. Also, sie war sicherlich nicht wertneutral.

Ich glaube, sie war auch nicht ergebnisneutral, weil sie - - Auch da, glaube ich, war den Taliban immer klar, dass die Berghof Stiftung natürlich Demokratie vor einem Emirat vorzieht. Das ist, glaube ich, auch völlig klar. Insofern - -

Sie war aber auch nicht Berichterstatter, weil - - Ja, natürlich finden sich Berichte der Berghof



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Stiftung auch zu uns. Aber - wie soll ich sagen? - vieles - - Das wird wahrscheinlich in Fraktionssitzungen zwischen Abgeordneten auch nicht so anders sein: Zwischen dem, was man dann protokollarisch festhält, und manchem, was sozusagen auch an Ideen zwischendurch ventiliert wird, verworfen wird, Szenarien etc., gibt es halt auch noch mal eine Kluft, und das ist ja auch durchaus sinnvoll.

Und insofern würde ich es noch mal sagen: Aus meinem Eindruck - und ich habe bislang keinen Anlass, daran zu zweifeln - hat die Berghof Stiftung auf beiden Seiten sehr intensiv für Vertrauen, für Dialogmöglichkeiten geworben, und das jenseits des - wie soll ich sagen? - Ablaufes des weiteren Prozesses auch nicht ohne Erfolg.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank, Herr Krüger. - Und in der Tat ist es bei uns in den Fraktionssitzungen in Bezug auf diese Zwischentöne auch nicht anders; da kann ich Ihnen nur zustimmen.

Jetzt komme ich zu einer anderen Fragestellung, und zwar zu den Berichten. Da hatten wir es gerade schon miteinander. Klären Sie mich doch mal auf, was diese unterschiedlichen Berichte sind, also diese Sicherheitsberichte, weil Sie haben mir ja gerade bei dem einen gesagt: Na, der war für den Zweck.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie kommen in ganz vielen Berichten vor, und man fragt sich immer, welchen Komplex Sie berichten. Also, da haben wir den Asyllagebericht, dann haben wir den Sicherheitsbericht für die Auslandsvertretung, dann haben wir den Sicherheitsbericht für die Ortskräfte. Vielleicht können Sie ein bisschen Licht in das Dunkel bringen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Also, ich glaube, die Frage, über die wir vorhin diskutierten - - Jetzt muss ich selber noch mal schauen: Das eine war - - Und da sage ich auch - - wäre es auch - wie soll ich sagen? - nicht ehrlich, wenn ich sagen würde, dass ich darüber damals etwas ägriert war: Da gab es eben ein Sicherheitsteam

sozusagen, was sich zusammensetzte - das weiß ich jetzt, ehrlich gesagt, gar nicht mehr -, aber auf jeden Fall aus Vertretern des Auswärtigen Amtes, des BMVg, aber, ich glaube, auch noch weiterer Behörden, die, um sozusagen alle auch Worst-Case-Szenarien, was sozusagen die Sicherheit auch der Vertretung anging - - nach Kabul reisten, um zu schauen: Wie ist da die Vertretung aufgestellt?

Und ich finde es - - Ich verstehe natürlich - wie soll ich sagen? - das Transparenzinteresse der Öffentlichkeit. Es ist aber gleichzeitig auch aus meiner Sicht - die Journalistinnen und Journalisten mögen es mir nachsehen - durchaus auch manchmal kontraproduktiv, wenn sozusagen solche Berichte schneller, als man sie lesen kann, schon an die Öffentlichkeit geleakt werden, weil das natürlich dazu führt, dass alle Berichte in Zukunft dann halt nur noch so geschrieben werden, dass da auch ja nichts Kontroverses mehr drinsteht. Und ob das im Sinne der Sache ist, darüber kann man zumindest geteilter Meinung sein.

Also, sprich: Da ging es um dieses Sicherheitsteam, was nach Afghanistan reiste. Das war der Vorgang, auf den Sie vorhin hinwiesen, vom Mai. Und ich würde bis heute sagen: Das war ein interner Bericht der Sicherheitsbehörden. Da war ich auch gar nicht federführend; da war federführend unser Krisenreaktionszentrum. Aber ich würde auch im Nachhinein sagen: Das war nicht schön, dass der so schnell geleakt wurde.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie denn vielleicht noch mal darauf eingehen, auf meine Frage, welche unterschiedlichen Berichte Sie erstellt haben in dem Zeitraum?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, das überfordert mich jetzt schlicht und einfach, weil - wie soll ich sagen? - - Also, dieser Bericht, an dem habe ich persönlich nicht mitgewirkt, weil, wie gesagt, das war ja ein Team aus den Krisenreaktionszentren, das nach Afghanistan gefahren ist, um eben da auch sozusagen die Sicherheit der Auslandsvertretungen sich anzuschauen. Also, an diesem Bericht habe ich nicht mitgewirkt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ansonsten habe ich natürlich mitgewirkt an erst mal den Berichten, die ich selber in dieser Rolle als stellvertretender Afghanistan-Beauftragter in Doha führte. Dann habe ich natürlich mitgewirkt an den Vorlagen, die hier teilweise diskutiert wurden, und dann habe ich natürlich auch mitgewirkt an Dokumenten wie zum Beispiel der Unterrichtung des Bundestages über die Sicherheitslage, am Asyllagebericht usw.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und können Sie uns noch mal darstellen, welche Informationen - - also, wie Sie dafür die Informationen zusammentragen, wie das so üblicherweise ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also, wir hatten ja zu dem Zeitpunkt, also bis kurz - - Also, bis noch in den Frühsommer 2021 hinein hatten wir ja immerhin zwei Auslandsvertretungen in Afghanistan. Wir haben die Kollegen vom BND. Wir haben natürlich die Kollegen vom BMVg, wo man sich - - und auch vom BMI und vom BMZ, inklusive der GIZ, wo wir uns sehr regelmäßig ausgetauscht haben.

Darüber hinaus war man natürlich im ständigen Gespräch mit möglichst vielen Afghaninnen und Afghanen in einem möglichst breiten Spektrum, eben von den Taliban in Doha bis zu Vertretern der afghanischen Regierung und vehementen Kritikerinnen und Kritikern der afghanischen Regierung und natürlich einem breiten Spektrum von also nicht afghanischen Afghanistan-Expertinnen und -Experten, und versuchten uns - - plus Menschenrechtsorganisationen, Human Rights Watch, Amnesty International usw. - darauf ein möglichst breites Bild der Lage zu machen.

Jetzt habe ich vergessen, zu erwähnen natürlich - aber ça va sans dire sozusagen - die internationalen Kollegen, also sprich: die Briten, die Franzosen eher weniger, aber die Briten, die Amerikaner, die Norweger, die viele in der Region - - usw.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen herzlichen Dank. - Jetzt möchte ich aus einem - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt wechselt das Fragerecht.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** In diesem Fall ist der Wunsch nicht zu erfüllen. - Aber ich würde einen anderen Wunsch äußern, nämlich zu der Frage, die der Kollege Röwekamp vorhin gestellt hat, die Sie nicht beantworten konnten, weil Sie sagen - Sie sind ja zur Wahrheit verpflichtet -, es war für Sie nicht möglich, das darzustellen, wann Sie in Doha waren. Meine Bitte wäre, dass Sie das dem Ausschuss schriftlich beantworten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Selbstverständlich, gerne.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann können Sie das überprüfen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben die Informationen, und Sie kommen nicht in die Lage, etwas Falsches hier zu sagen. - Gut. Dann sind wir uns da auch einig.

Dann hat Herr Wundrak das Wort.

**Joachim Wundrak (AfD):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf Ihre Beschreibung der Atmosphäre und der Haltung der Delegation in Doha. Wir hatten den Zeugen Nader Nadery hier, der ja für die Republik verhandelt hat, und er beschrieb die Haltung der Taliban im Jahr 2020 als desinteressiert, wenig konstruktiv, hinhaltend, also eher negativ aus einer Bewertung dann. Er berichtete dann, dass nach dem Jahreswechsel, also nach einer Verhandlungspause, auf einmal die Motivation und die Atmosphäre der Taliban sich völlig verändert hat, und er hat dies unterstellt oder zugeschrieben einer möglichen Vereinbarung mit den Amerikanern. Können Sie diese Beobachtung bestätigen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich schätze, auch menschlich, persönlich, Nader Nadery ausgesprochen. Das ist ein ausgesprochen kluger Mann, und er kennt logischerweise Afghanistan sehr viel besser als ich und ist sicherlich ein ausgesprochen kluger und differenzierter Beobachter.

Ich würde schon sagen, dass es im Sommer 2020 direkt nach dem innerafghanischen Dialog ein Zeitfenster gab, wo auch die Taliban sehr interessiert waren an einem baldigen Verhandlungsbeginn. Das scheiterte dann leider aus einer ganzen Reihe von Gründen. Und in der Tat, würde ich auch sagen, gab es dann eine gewisse Stillstandsphase bis zum eigentlichen Doha-Abkommen am 29. Februar.

Allerdings würde ich auch sagen, dass die Tatsache, dass die Taliban ja dann doch eine ganze Reihe von Vorbedingungen noch stellten, insbesondere - darüber haben wir vorhin ja schon kurz gesprochen - was Gefangenenbefreiung und so anging, jetzt nicht dafür spricht, dass sie so erpicht darauf waren, diese Verhandlungen lieber früher als später zu beginnen. Sondern es ging ihnen auch schon darum, erst mal noch ganz konkrete Dinge aus den Amerikanern und mittelbar aus der afghanischen Regierung herauszupressen, bevor man sich dann auf Verhandlungen einließ.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, damit wir auf der gleichen Zeitebene sind: Ich zitiere Nadery dahingehend, dass er im Februar 21 eine völlige Veränderung der Haltung der Taliban feststellte und durchblicken ließ, das kann nur der Hintergrund sein, dass die Amerikaner eine Einzelvereinbarung mit ihnen schon getroffen hätten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das kann ich, ehrlich gesagt - - Also, with all due respect, da müsste ich jetzt - - Da bin ich ganz neugierig. Ich darf ja, glaube ich, dann nach dieser Vernehmung auch mit Herrn Nadery sprechen. Da muss ich ihn selber noch mal fragen. Das spiegelt nicht meinen Eindruck wider, ehrlich gesagt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Okay. Ja, vielen Dank. - Durch den Review-Prozess zu Beginn 2021 der

Biden-Administration, den wir ja gerade schon angesprochen haben, stieg bekanntlich die Gefahr durch neue Talibanangriffe auch auf deutsche Soldaten. In unseren Beweismaterialien ist die durch das lange Lavieren der Biden-Administration herbeigeführte Gefahr für die Bundeswehr mit Händen zu greifen. Die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer wurde im Vorfeld der Bundestagsdebatten zur Verlängerung des Mandats zur Entsendung deutscher Streitkräfte nach Afghanistan im März 2021 durch den BND ausdrücklich auf diese Gefahr neuer Talibanangriffe hingewiesen. In diesem Zusammenhang schlug ihr der BND Separatverhandlungen mit den Taliban zur Verhinderung neuer Angriffe auf die Bundeswehr vor.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie die Freundlichkeit hätten, uns die MAT-Nummer zu nennen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Das wäre der nächste Satz gewesen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wunderbar.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ihre Antwort - laut MAT A BND-3.309 VS-NfD, Blatt 125 - ist wie folgt - Zitat -:

„Es sei politisch nicht vertretbar, mit Taleban zu verhandeln; man verlasse sich da auf die USA, es werde schon nichts passieren, Verluste könne man ohnehin nie ausschließen“

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das sehen? - Danke schön.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Joachim Wundrak (AfD):** Nur drei Wochen nach dieser klaren Aussage der Ministerin haben Sie sich, Herr Krüger, laut MAT A AA-4.29 VS-NfD, Blatt 44 am 31. März 2021 mit Talibanvertretern in Doha getroffen und sprachen mit diesen über die kurz zuvor dann tatsächlich erfolgte Verlängerung des Mandates - wir haben das eben schon



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal angerissen - zur Entsendung deutscher Streitkräfte nach Afghanistan. In Ihrem Gesprächsvermerk hieß es unter anderem - Zitat -:

„TLB verurteilten diese falsche Entscheidung ...

Diese Ankündigung nehme auch den Schutz von den deutschen Soldaten, die diese seit dem 29. Feb. 2020“

- also dem Doha-Abkommen -

„genossen hätten; sollte ... „etwas geschehen“, dann sei dies allein die Verantwortung der deutschen Regierung.“

Schon am nächsten Tag ging dann im Auswärtigen Amt laut MAT A AA-8.501 VS-NfD, Blatt 4 ein Bericht des BND ein, der darüber informierte, dass die Talibanführung die Aufnahme von Angriffsplanungen gegen das deutsche Feldlager in Masar genehmigt hätte.

Herr Krüger, hat es zwischen AA und BMVg Absprachen bzw. Diskussionen in der Frage gegeben, ob man im Umfeld der Mandatsverlängerungsdiskussion im Frühjahr 2021 separat mit den Taliban verhandeln sollte? Und, wenn ja, war die eben zitierte Ansicht der Verteidigungsministerin auch die Position des Auswärtigen Amtes zu diesem Zeitpunkt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich habe, glaube ich - - Wir haben ja vorhin schon auch über diese Gespräche gesprochen. Ich glaube, es ist wichtig, noch einmal festzuhalten: Wir führten ja keine Verhandlungen mit den Taliban - und auch die Taliban nicht mit uns -, sondern es ging darum, die Entscheidung des Bundestages und der Bundesregierung zur Verlängerung des Mandates gegenüber den Taliban zu erklären, deutlich zu machen, dass diese Entscheidung - und das hat sich ja dann ja auch bewahrheitet - nicht präjudiziert, dass man sozusagen bis zum Februar 2022 dann in Afghanistan bleiben wolle und müsse, sondern das natürlich vom weiteren Prozess abhängig sei. Und ich würde sagen, dass es uns ja ganz offensichtlich gelungen ist, dass diese Erklärung und

Erläuterung dessen, was, glaube ich, für alle im Deutschen Bundestag offensichtlich war, aber aus Talibansicht eben nicht offensichtlich war, ja auch insofern nicht ganz ohne Erfolg war; denn soweit ich das erinnere, haben entsprechende Anschläge ja auch nicht stattgefunden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir wieder am Ende der Befragungszeit angekommen. So ist das.

**Joachim Wundrak (AfD):** Zeit ist relativ.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Krüger, weil Sie gerade gesagt haben, dann können Sie wieder mit dem anderen Zeugen reden, wollte ich Sie der Form halber darauf hinweisen, dass Sie das natürlich erst dann dürfen, wenn der Ausschuss förmlich beschlossen hat, dass Ihre Vernehmung abgeschlossen ist, was erst passiert, wenn das Protokoll zurückgegangen ist und wir nicht ein drittes Mal das Bedürfnis haben, Sie zu hören. - Frau Kollegin Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Krüger, ich würde gerne noch mal auf das Thema Berghof Stiftung zu sprechen kommen. Ich habe jetzt im Rahmen dieses Ausschusses ein äußerst diffuses Bild darüber gewonnen, was die Stiftung eigentlich gemacht hat. Der Herr Caro, mit dem wir vorher gesprochen haben, hat gesagt, die Stiftung hätte vor allem Kurse gegeben im Bereich der Verhandlungsführung. Herr Gießmann hat zu uns gesagt, es wäre vor allem eine Prozessberatung gewesen. Sie haben vorher gesagt, wenn Sie nach Doha gekommen seien, wären Kontakte zu den Taliban vor allem über die Stiftung hergestellt worden -

**Zeuge Andreas Krüger:** Nee, habe ich nicht gesagt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** - und Kollegin Bayram ist ja vorher auch noch mal auf die Berichte eingegangen, die die Stiftung geschrieben hat.

Ich habe eine ganz konkrete Nachfrage. Ich glaube, wir werden jetzt nicht ganz das Licht ins Dunkel bringen, was die Stiftung jetzt eigentlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

insgesamt gemacht hat. Ich habe eine ganz konkrete Frage: Was wissen Sie darüber, inwieweit die Berichte der Stiftung auch an den BND gegangen sind?

**Zeuge Andreas Krüger:** Dazu weiß ich nichts. Ich würde Ihnen with all respect, Frau Abgeordnete, widersprechen müssen, leider. Ich habe vorhin nicht gesagt, dass die Kontakte zu den Taliban vor allen Dingen über die Berghof Stiftung liefen; ist mir zumindest nicht erinnerlich, dass ich das gesagt hätte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben vorher gesagt, wenn Sie nach Doha gehen und Taliban getroffen haben, hätten Sie über die Berghof Stiftung dann - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Nee, ich habe gesagt, dass ich, wenn ich nach Doha ging, wir den Taliban genauso wie natürlich den - - also in der Regel erst mal der Republik und dann den Talibanvertretern kommuniziert haben, wer gerade von uns in Doha ist. Dazu brauchten wir die Berghof Stiftung nicht. Also, das war ja alles auf einem Compound. Ich konnte ja zu den Republikvertretern wie zu den Taliban sagen: Ich bin jetzt wieder da. - Dazu brauchten wir die Berghof Stiftung nicht.

Ich würde Ihnen leider, so leid es mir tut, auch etwas - - Ich verstehe nicht ganz, ehrlich gesagt, wo das große Rätsel ist. Das kann natürlich Herr Gießmann sicherlich besser aufklären als ich. Aber aus den Punkten, die Sie genannt haben - Kurse, Prozessbetreuung usw. -, erkenne ich da den Widerspruch nicht, den Sie offensichtlich sehen. Dass zu einer Prozessunterstützung, einer Prozessbegleitung, wie ich versucht habe es vorhin auch zu sagen, zum Beispiel auch eben Erkenntnisse aus anderen Friedensprozessen oder Verhandlungsprozessen gehörten usw., habe ich vorhin versucht zu erwähnen. Insofern: Ich kann den Widerspruch nicht ganz erkennen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gut, dann lassen wir das einfach mal so stehen. - Sie hatten vorher gesagt - das bezog sich auf die Zeit im Sommer 2020 -, dass Sie ja auch Worst-Case-Szenarien mitgedacht hätten. Da würde ich gerne

noch mal nachfragen, inwieweit das dann bei Ihnen auch zu konkreten Handlungen und Maßnahmen geführt hat, bei Ihnen im Referat. Was haben Sie da gemacht? Und wenn Sie Worst-Case-Szenarien mitgedacht haben, haben Sie dann die auch im Ressortkreis diskutiert und weiterentwickelt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, selbstverständlich. Erstens. Es gab ja die regelmäßigen Staatssekretärsrunden, wo ja auch der BND und das Auswärtige Amt und das BMVg und natürlich auch die Kollegen aus dem BMZ ihre jeweilige Lageeinschätzung vorgetragen haben.

Zweitens. Die vorhin schon angesprochene Reise seitens - - die eben vom Krisenreaktionszentrum gemanagt wurde mit dem entsprechenden Bericht im Mai 2021, ist ja gerade unter anderem genau unter dem Hinblick gelaufen, dass man sich auf Worst-Case-Szenarien einstellen müsste. Ich habe auch vorhin gesagt, dass ich auch mir selber im Nachhinein vorhalten würde, dass unser Worst-Case-Szenario nicht worst case genug war, weil - leider befinde ich mich da in trauriger Gesellschaft, breiter Gesellschaft; aber das macht die Sache ja nicht besser - eigentlich niemand berufenerweise davon ausging, meinerwegen im Juni oder Juli, dass die Republik schon am 15. August implodieren würde. Insofern haben wir offensichtlich unsere Worst-Case-Szenarien nicht - wie soll ich sagen? - worst case genug gezeichnet. Aber dass ein Zusammenbruch der Republik immer möglich ist, finden Sie, glaube ich, in zahlreichen Berichten. Gerade deswegen haben wir ja auch im Rahmen des Ortskräfteverfahrens geschaut, dass insbesondere diejenigen, die im Sicherheitsbereich mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben, schon im Frühjahr 2021 die Möglichkeit hatten, Afghanistan zu verlassen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann beziehe ich mich jetzt auf MAT A AA-8.499 VS-NfD, Blatt 28 bis 30. Da gab es ein Jahr später, am 3. August 2021, einen E-Mail-Austausch bei Ihnen im Referat. Es wird eine E-Mail vom Geschäftsträger in Kabul, Jan Hendrik van Thiel, weitergeleitet. Ein Referent bemängelt in der E-Mail, dass weder Herr Wieck noch Sie als



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Referatsleiter AP 05 in dem Verteiler von van Thiel waren und man in der nächsten Konferenz mit der Botschaft entsprechend sich über den Verteiler von E-Mails unterhalten sollte. Darauf wird mit folgender E-Mail geantwortet - MAT A AA-8.499 VS-NfD, Blatt 28 -:

„Dem Herren müsste man vieles sagen, nur hört er nicht darauf ... Die Verteiler sind natürlich absurd, aber nicht ohne Grund schreibt er direkt an 040 und 107, weil er ja davon ausgeht, dass wir die Lage schönreden.“

Deswegen wäre es meine Frage: Gab es aus Ihrer Sicht Anlass für Herrn van Thiel, zu glauben, dass Sie die Lage schönreden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das sehen, bitte?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Also, wie soll ich sagen? Ich verstehe jetzt nicht ganz genau, ob es wirklich - aber gut, das können nur Sie beurteilen - zu Fragen von E-Mail-Verteilern usw. - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Es geht um „schönreden“.

**Zeuge Andreas Krüger:** - ob das jetzt so entscheidend ist. - Dass die Kollegin, die das geschrieben hat, zu der Einschätzung kam, dass wir - wie auch immer jetzt „wir“ definiert sein mag - die Lage schönreden: Da müssen Sie die Kollegin befragen. Aber mein Gefühl - und das habe ich ja vorhin schon deutlich zum Ausdruck gebracht - war eigentlich nicht, dass - - a) Wir haben die Lage nicht schöngeredet. b) Ich glaube auch nicht, dass Jan Hendrik van Thiel glaubte, dass wir die Lage schönreden würden. Und c), ich meine, er hat einen Kollegen im Referat angeschrieben, hat dann insofern - - Wie soll ich sagen? Das Referat ist ja immer eine Einheit; also insofern war AP 05 ja in keiner Weise hier außen vor. Und dass Kollegen, die in der Zeit wahr-

scheinlich vier Stunden pro Nacht geschlafen haben, um 6.20 Uhr morgens vielleicht mal jemanden im Verteiler vergessen, ist aus meiner Sicht - wie soll ich sagen? - nicht eine Sekunde der Erörterung wert, ehrlich gesagt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Wir hatten ja vorher schon mal drüber gesprochen so ein bisschen; aber vielleicht können Sie noch mal darauf eingehen, inwieweit das Lagebild, was Herr van Thiel gezeichnet hatte, kongruent war mit dem Lagebild, wie es sich für Sie dargestellt hat.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, ich kann, wie gesagt, noch mal sagen - und ich glaube, das kommt auch in diversem Mailverkehr zwischen mir und Herrn Thiel zum Ausdruck -, dass ich das Gefühl hatte, dass Herr van Thiel hier äußerst wichtige Arbeit geleistet hat unter enormer persönlicher Anspannung. Insofern sehe ich da auch keinen Widerspruch, dass es für uns gleichzeitig wichtig war - darüber war ja vorhin schon gesprochen worden - - Auch von den Amerikanern zum Beispiel direkt zu hören, was ihre Pläne waren, steht dazu ja in keinerlei Widerspruch. Ich kann den Widerspruch, ehrlich gesagt, wirklich nicht erkennen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Haben Sie denn mit Herrn van Thiel auch das Gespräch gesucht, -

**Zeuge Andreas Krüger:** Natürlich! - Entschuldigung.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** - um herauszufinden, auf welcher Grundlage seine Wahrnehmungen beruhen? Sie haben gesagt, er war angespannt, und das lag wahrscheinlich daran. Aber er war ja vor Ort, insofern wäre er ja - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, selbstverständlich. Ich habe ja ständig mit Herrn van Thiel - also Jan Hendrik van Thiel; wir duzen uns ja - gesprochen. Und, wie gesagt, ich hatte nicht das Gefühl - Also, meine Wahrnehmung war nicht - das müssten Sie Jan Hendrik noch mal fragen -, dass er das Gefühl hatte, dass wir und ich die Lage schönreden würden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Habe ich noch Zeit für eine Frage?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nee, eigentlich nicht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay, dann mache ich es später.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** So, dann ist diese Runde auch wieder zu Ende, und wir eröffnen die nächste Runde. - SPD-Fraktion, der Kollege Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben ja vorhin bei der letzten Fragerunde den November 2020 schon erreicht. Sie berichten, dann wieder am 19. November könnte es beinahe einen Durchbruch geben, hat es dann aber doch nicht gegeben. Und am Ende wurde, zumindest Mitte Dezember 2020, eine Einigung zu den Verfahrensregeln möglich. Dann war Pause über den Jahreswechsel, und am 9. Januar 2021 begann eine zweite Verhandlungsrunde in Doha. Aus den Akten entnehmen wir, dass Sie zumindest zum Jahresbeginn dort auch physisch anwesend waren. Ist das richtig?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, aber ich - - Ehrlich gesagt, da müsste ich wirklich jetzt noch mal nachgucken. Ich entschuldige mich, vielleicht hätte ich in der Vorbereitung mir noch mal so eine Timelist machen sollen, an welchem Tag - - Ich glaube, ich bin relativ kurzfristig nach Silvester nach Doha gereist. Wann ich dann wieder zurückgereist bin, da müsste ich das wirklich noch mal nachschauen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Spielt hier auch keine wesentliche Rolle. - Ich beziehe mich dann auf eine Ministervorlage vom 21. Januar, und da unterrichtet Ihr Referat AP 05 den Bundesminister über US-Überlegungen für ein Political Settlement; MAT A AA-9.134 VS-NfD, Blatt 116 bis 119. In der Vorlage heißt es dazu:

„US-Sondergesandter Khalilzad versucht offenbar die Verhandlungen abzukürzen,“

Wenn wir es vorlegen sollen, bitte.

**Zeuge Andreas Krüger:** Bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Jörg Nürnberger (SPD):**

„indem er zu Beginn der Verhandlungsrunde einen **Entwurf einer „Vereinbarung über eine politische Einigung zwischen den beiden Verhandlungsparteien“** an einflussreiche afghanische Persönlichkeiten und TLB-Vertreter übergab (s. Anl.). Das Dokument sieht eine **umfassende Übergangsstruktur unter einem „Islamic Power Sharing Government“** und **im Gegenzug einen Waffenstillstand** vor. Dabei finden zwar grundlegende demokratische und rechtstaatliche Elemente Berücksichtigung, die Entscheidung über die endgültige Verfasstheit Afghanistans bleibt aber dem Übergangsregime überlassen.“

Können Sie uns näher erläutern, wie diese Initiative zu verstehen ist, was da der Hintergrund war? Und können Sie auch Ihre kritische Haltung bzw. die des Referates AP 05 dazu erläutern?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also wenn ich das noch richtig im Kopf habe, hat das ja damals - - Es war erst mal relativ unklar, wenn ich das richtig rekonstruiere, welchen Status dieser Entwurf einer Vereinbarung über politische Einigung zwischen den beiden Verhandlungsparteien tatsächlich hatte. Wir reden ja hier über den Zeitraum 21.01., also mitten in der amerikanischen Transition sozusagen, also die Frage: Für wen spricht Khalilzad hier eigentlich?

Und dann war klar, dass er das eben beiden Parteien außerhalb dieser APN vorlegte, und insofern war es aus unserer Sicht relativ problematisch - wie soll ich sagen? - - Wir haben ja vorhin schon mehrfach darüber gesprochen, dass wir natürlich auch immer schauten, was sinnvoll ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und was nicht sinnvoll ist, auch aufgrund der Erfahrungen in anderen Verhandlungs- und Friedensprozessen in und während und nach Bürgerkriegen. Und deswegen: Die Idee, ein Power-sharing zu machen, ohne zumindest grundlegende demokratisch-rechtsstaatliche Elemente zu reflektieren, gerade in einem Land wie Afghanistan, schien uns äußerst problematisch. Und man kann ja auch sagen - und ich glaube, dem würden viele Experten auch zustimmen -: Eines der grundlegenden Geburtsprobleme, bei allem Verständnis für die damalige Lage der afghanischen Republik, war ja, dass sie sozusagen ebenfalls eine Art Powersharing Agreement war zwischen diversen Warlords, ohne die umfassende Berücksichtigung grundlegender demokratischer und rechtsstaatlicher Elemente. Also, insofern schien uns das als äußerst problematisch.

Es stellte sich dann ja auch im weiteren Prozess heraus, dass weder die Taliban noch die Republik darauf eingingen. Insofern hat aus unserer Sicht dieses Papier, so gut es intendiert gewesen sein mag, eher kontraproduktiv gewirkt, ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Einen Monat weiter, genau einen Monat danach, nämlich am 21. Februar 21, zeichnen Sie dann ein sehr düsteres Bild vom Stand der Verhandlungen; MAT A AA-8.518, Blatt 54 bis 57. In der Einleitung schreiben Sie:

„Die neue US-Regierung läuft Gefahr, den - trotz allem - vielversprechendsten und inklusivsten Ansatz zu einem politischen Prozess für Afghanistan zu verspielen. Seit ... Januar treiben die Afghan Peace Negotiations (APN) ohne Ruder vor sich hin.“

Wie hoch oder wie intensiv hatten Sie Erwartungen an die USA, hier unter der neuen Administration, auch wenn sie erst am unmittelbaren Beginn war, Einfluss auf diese Verhandlungen in Doha zu nehmen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also es geht ja ein bisschen auch in die Richtung von dem, was Herr Abgeordneter Wundrak schon gefragt hat und wo mich ein bisschen die Einschätzung von Nader

Nadery - also, wie gesagt, irgendwann werde ich mit ihm darüber sprechen - verblüfft. Ich hatte schon sehr stark - - Also natürlich gab es Hoffnung, dass in einer Administration, in der es wieder einen geregelten Interagency-Prozess geben würde, in der es einen Präsidenten mit viel außenpolitischer Erfahrung gibt plus einen Außenminister, Verteidigungsminister, CIA-Direktor, die alle einschlägige und langjährige Erfahrungen hatten, es möglicherweise noch einmal die Möglichkeit geben würde, diesen Verhandlungen eine Chance zu geben. Aber wir haben ja dann gesehen, dass das durch den Zeitablauf immer schwieriger wurde.

Insofern würde ich weiterhin sagen, dass spätestens in dem Moment, wo sich sozusagen die Umriss der Afghanistan-Politik auch der neuen Administration herausstellten, es klar war, dass diese Verhandlungen, so wie sie ursprünglich konzipiert waren, nicht zu einem tatsächlichen intensiven Prozess führen würden, geschweige denn zu einem Ergebnis.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Im Anschluss an Ihre einleitende Feststellung und in dem, was Sie jetzt auch gerade in der Aussage ausgeführt haben, schreiben Sie dann:

„Wenn APN zum Feigenblatt einer reinen Macht-Teilung entlang ethnisch/ideologischer Linien und bei Missachtung grundlegender Verfassungsprinzipien und der elementaren Menschenrechte verkommen sollte, sollten wir unsere Unterstützung überprüfen; Kommunikation ggü. USA, dass DEU aktuell mit der Abstimmung zu AFG nicht zufrieden sein kann.“

Das stellt sich ja fast wie eine rote Linie dar für die Bewertung dieses Vorgehens der USA aus deutscher Sicht.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, bei roten Linien bin ich ja immer vorsichtig, weil, wie wir ja wissen, rote Linien ja nur so gut sind, wie sie eingehalten werden. Aber unabhängig jetzt davon: In der Tat, wir stehen ja als Bundesrepublik einerseits natürlich für eine realistische Außenpolitik



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und für den Versuch eines politischen Prozesses. Aber wir sind ja nicht wertneutral, ne? Und insofern, glaube ich, wäre das weder moralisch noch politisch gegenüber den Afghaninnen und Afghanen zu vertreten gewesen, uns sozusagen zu einem Prozessbegleiter zu machen, der dann - wie soll ich sagen? - nur noch die Machtübernahme an die Taliban strukturiert. Das war nicht das Ziel unserer Unterstützung des Prozesses.

Und dann muss man auch bei allem auch persönlichen Investment - darüber haben wir ja vorhin auch kurz diskutiert -, also, versuchen zumindest, rechtzeitig zu erkennen: Wann ist der Zeitpunkt gegeben, zu sagen: „Das ist nicht mehr der Prozess, den wir hier guten Gewissens unterstützen können“? Weil man natürlich immer wieder versucht, die letzte Chance noch wahrzunehmen. Aber, ich glaube, da ist es ganz entscheidend, zu verstehen: Okay, hier ist jetzt wirklich Schluss.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Da spricht ja auch ein bisschen Resignation aus Ihrer entsprechenden Nachricht. - Dann kam der März, dann kam der April mit dieser Entscheidung. Möchte ich jetzt überspringen; da haben wir uns ja ausführlich damit beschäftigt. Es kommt aber noch eine Situation dazu in Afghanistan, nämlich die Anfang Mai gestartete landesweite Großoffensive der Taliban, die laut UNAMA-Report vom 26. Juli 2021 - ich beziehe mich auf MAT A BKA-2.370, Blatt 99 - zu einem exorbitanten Anstieg der Zahl getöteter afghanischer Zivilisten - mehr als 47 Prozent mehr als gegenüber dem Vorjahreszeitraum - gipfelte. Zu diesem Zeitpunkt herrschte Stillstand bei den Verhandlungen. Haben zu diesem Zeitpunkt im Mai, Mitte Mai, die Taliban überhaupt noch die Notwendigkeit gesehen, weiter zu verhandeln, oder waren sie durch ihren eigenen militärischen Erfolg inzwischen in einer Position, dass sie ohne jedes Risiko auf Zeit spielen konnten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Danke für diese sehr prägnante Antwort. - Ich möchte jetzt, nachdem wir diesen ganzen Prozess jetzt eigentlich erst sehr chronologisch abgearbeitet haben, Sie noch um eine kurze Einschätzung bitten, was denn

dann aus Ihrer Sicht, als Person, die damit sehr intensiv befasst war, die zentralen Gründe für das Scheitern der Friedensverhandlungen waren. Welche Rahmenbedingungen lagen eben aus Ihrer Sicht nicht vor und wären zwingend notwendig gewesen, um überhaupt die Chance haben, einen positiven Abschluss herbeizuführen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich glaube, es sind drei Elemente: Das eine ist eine afghanische Regierung, die in der Lage gewesen wäre, tatsächlich eine bei aller Heterogenität etc. doch breite Legitimität für die eigene Delegation zu erreichen.

Das Zweite ist, dass die Verhandlungen zu einem Zeitpunkt geführt wurden - - die aus meiner Sicht um Jahre zu spät waren.

Und das Dritte ist, dass dann eben diese Verhandlungen auch sozusagen zunehmend bedingungsloser geführt wurden und der reine Zeitablauf immer im Vordergrund war. Schon das Abkommen selber war ja - - Bekanntermaßen waren die Konditionen ja eher weich formuliert, aber immerhin noch interpretationsfähig. Und es stellte sich dann im weiteren Verlauf des Prozesses heraus, dass selbst diese weichen Kriterien immer weiter aufgeweicht wurden. - Ich würde sagen, dass diese drei Faktoren entscheidend waren. Genau. Punkt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Ich möchte jetzt ganz kurz zwei oder drei - je nachdem, wie die Zeit ausreicht - Themenbereiche ansprechen, die auch teilweise von Kolleginnen und Kollegen bereits erwähnt wurden. Eine Situation war dann die Entwicklung der Lage um den 12./13./14./15. August herum. Und da wurde von den Kolleginnen und Kollegen bereits angeführt, dass es auch Hinweise von anderen Botschaften gab, von den Briten, auch hinsichtlich der USA. Und da möchte ich mich gern auf eine Nachricht aus der Botschaft in Kabul beziehen: MAT A AA-8.132 VS-NfD, die Blätter 103 bis 105. Da geht am 14. August, 13.34 Uhr hiesiger Berliner Zeit, die Nachricht ein, dass die USA ihr Visaprogramm einstellen und die Botschaft innerhalb von 72 Stunden verlassen wird. Um 15.19 Uhr - also, sehr dramatisch, damit es auch mal plastisch wird - teilt die Botschaft in Kabul



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann mit - MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 229 -, dass die USA jetzt noch früher als erwartet abziehen würden, und bitten um Aktivierung der Evakuierungsvereinbarung. Wieder wird versucht, dies zu verifizieren. Die Rückmeldungen sind dann widersprüchlich. Können Sie uns einfach aus Ihrem persönlichen Erleben schildern, wie Sie diesen 14. August wahrgenommen haben? Weil ich kann mir das als extrem belastend und schwierig vorstellen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also, im Vergleich zu dem, was die Kolleginnen und Kollegen in Kabul erlebt haben, und von dem, was die Kolleginnen und Kollegen in Afghanistan, also, nicht - - die Menschen in Afghanistan erleben, würde ich da - wie soll ich sagen? - die eigene Belastung weit niedriger veranschlagen. Aber in der Tat - Sie haben vollkommen recht - war es eine äußerst dramatische Situation, von der ja auch die afghanische Regierung völlig überrollt wurde, ne? Also, ich glaube, wir kennen wahrscheinlich oder viele von uns kennen inzwischen die Erzählung, wie ja selbst Präsident Ghani noch quasi zur Flucht gedrängt werden musste und quasi durch den Hinterausgang des Palastes dann noch gerade rechtzeitig floh. Also, in der Tat, glaube ich, würde ich auch selber sagen, hätten wir möglicherweise einige Tage früher schon radikaler den Hebel umstellen müssen, als wir das dann getan haben. Dass wir uns hier in einer breiten Koalition sozusagen von Fehleinschätzungen bewegen, macht mich da keinen Millimeter glücklicher oder beruhigter oder so.

Und will auch noch mal die Gelegenheit nutzen, in diesem Fall sowohl den Kollegen, also, allen Kollegen aller Ressorts - - Es waren ja wirklich ganz viele Ressorts zu dem Zeitpunkt noch in Kabul vertreten. Was die in dem Zeitpunkt geleistet haben, war wirklich außergewöhnlich. Und in der Tat hat es ja auch dazu geführt, dass, anders als bei anderen Vertretungen - - Alle Akten waren vernichtet etc. etc., und es kamen ja auch alle noch heil raus. Und das nötigt mir großen, großen Respekt ab.

Gleichzeitig war es natürlich für uns ganz wichtig, dass jenseits sozusagen dem, was ja dann

mehr sozusagen auf der Ebene der Sicherheitskollegen in Kabul hin- und herschwirrte, und dem, was wir dann ja auch von einzelnen amerikanischen Kolleginnen und Kollegen erfuhren - - Wir sahen eigentlich schon, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn unsere amerikanischen Freunde uns umfassend unterrichten würden. Und ich würde auch in dieser öffentlichen Sitzung sagen: Da hätte ich mir etwas bessere Kommunikation durchaus vorstellen können im Hinblick auf die langjährige Zusammenarbeit in Afghanistan. Das muss man, glaube ich, in aller Klarheit auch so sagen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Ich habe dann im Rahmen meines Zeitkontingents jetzt noch eine Frage an Sie. Wir haben vorhin mal drüber gesprochen, ob es Verhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung gegeben hätte. Aber mindestens genauso interessant ist die Frage, ob es Verhandlungen zwischen den Taliban und auch den USA und vielleicht der afghanischen Republik über eine friedliche Übergabe von Kabul gegeben hat und ob Ihnen dazu aus eigenem Wissen etwas bekannt ist.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, ich habe natürlich die Berichte gelesen. Wie ich vorhin schon versucht habe auszuführen, kenne ich eine ganze Reihe von Berichten und Versuchen, zu einem solchen Arrangement zu kommen. Wie belastbar diese einzelnen Dinge waren, kann ich letzten Endes nicht wirklich beurteilen.

Und ich muss auch - - Also, sozusagen: Für uns stand natürlich dann am Ende des Ta - - Also, sozusagen: Sie müssen sich auch die dynamische Lage 12./13./14./15./16./17. vorstellen. In dem Moment, wo Kabul gefallen war, und in den Tagen unmittelbar danach, insbesondere dann mit der Evakuierungskrise, stand natürlich die Hilfe für die Afghaninnen und Afghanen weit im Vordergrund vor der - wie soll ich sagen? - Aufarbeitung der Frage, welche Initiativen es möglicherweise noch am 13. oder 14. gegeben hat, einfach weil Sie durch die Macht des Faktischen überrollt waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das entwertet diese Initiativen in keinster Weise, aber wir waren doch dann sehr stark im - wie soll ich sagen? - ganz konkreten Krisenbewältigungsmodus. Und insofern stand natürlich die Frage „Wie bekommen wir diejenigen, die aus Afghanistan rausmöchten, heraus?“ weit im Vordergrund vor allen anderen Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Krüger, vielen Dank, dass Sie uns noch die Daten nachliefern wollen zu Ihren Aufenthalten. Also, nach den Unterlagen, die wir haben, waren Sie zumindest bis April immer noch regelmäßig - - haben von vor Ort berichtet, auch von den Gesprächen. Ob das danach noch der Fall war, ist nicht ganz klar. Ab August, sagten Sie - - Also, im August seien Sie nicht mehr da gewesen.

Mich interessiert jetzt so die Frage, wie - - Sie haben ja auch regelmäßig über die Gespräche und den Fortgang der innerafghanischen Verhandlungen in Ministervorlagen berichtet. Meine Frage ist: Woher stammten die Erkenntnisse, die Sie dazu verwendet haben? Also, in der Phase, wo Sie vor Ort waren, interessiert mich: Wie haben Sie sozusagen Ihre Eindrücke von den Gesprächen erfasst? Wir wissen von Herrn Gießmann, Sie waren im gleichen Hotel wie die Berghof Foundation untergebracht, wenn ich das richtig weiß.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nee, wir waren vor allen Dingen - - Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Andreas Krüger:** Wir waren vor allen Dingen im gleichen Hotel wie die beiden Delegationen untergebracht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau, und wie andere Delegationen auch, wie wir erfahren haben. Meine Frage ist: Gab es jetzt sozusagen regelmäßige Kontakte zum Austausch, -

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - oder waren das so zufällige Erkenntnisse -

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - aus dem Hotel?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wir haben uns schon - - Also, erstens: Wir haben uns bemüht, regelmäßig mit den Mitgliedern insbesondere der Delegation der Republik zu sprechen. Wie vorhin schon erwähnt, hatten wir ja auch auf unsere Initiative hin noch mal diesen besonderen Kreis der Frauen, die aufseiten der Republik an der Delegation teilnahmen. Wir hatten regelmäßigen Austausch, wie gesagt, mit einer Vielzahl von Afghaninnen und Afghanen. Wir hatten natürlich einen regelmäßigen Austausch mit den Kollegen in Kabul und in Masar-i-Scharif, die sozusagen über das berichteten, was in der Zeit in Afghanistan passierte, soweit sie das konnten. Wir hatten einen sehr intensiven Austausch insbesondere, würde ich sagen, auch mit den norwegischen Kollegen, die ja teilweise auch über lange Jahre diesen Prozess und überhaupt die afghanischen Geschicke sozusagen begleiteten und sich da ja auch Expertise reingeholt haben. Und natürlich waren wir in regelmäßigem Austausch mit den amerikanischen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auch der Stellvertreterin von Herrn Khalilzad, Molly Phee, die da aus meiner auch persönlichen Sicht eine sehr konstruktive Rolle gespielt hat; und natürlich auch regelmäßig mit den katarischen Kollegen gesprochen. Und aus diesen ganzen - wie soll ich sagen? - Quellen versucht man dann halt ein hoffentlich möglichst realistisches Bild der Lage zum einen und daraus dann natürlich auch Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Als Sie dann - - Oder: In den Zeiten, wo Sie nicht vor Ort waren, konnten Sie ja nicht unmittelbar aus eigener Kenntnis auf solche Gespräche zurückgreifen. Deswegen meine Frage: Wie wurde Ihnen in dieser Zeit dann berichtet?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, in der Regel war dann ja oder sehr häufig waren dann ja entweder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Markus Potzel oder andere Kollegen vor Ort in Doha. Und, wie gesagt, Doha war ja immer nur ein wichtiger, also, Mosaikstein würde ich jetzt nicht sagen, aber ein wichtiger Baustein unter mehreren, ne? Die Berichterstattung der Kollegen aus Masar, aus Kabul, das, was andere Dienste berichteten, das, was der BMVg berichtete, die BMZ-Kolleginnen und -Kollegen, die ja auch ein sehr breit gefächertes Netz hatten von - - plus eben dem - - Wir hatten also auch hier ja regelmäßigen Austausch zum Beispiel auch mit der afghanischen Botschaft, den Menschen, die dort gearbeitet haben, mit einer ganzen - wie soll ich sagen? - Bandbreite von Afghaninnen und Afghanen auch auf der Republikseite, die teilweise auch vehemente Kritiker Ashraf Ghani waren. Also, wir versuchten zumindest, im Rahmen unserer - wie soll ich sagen? - menschlichen Möglichkeiten immer ein möglichst breites Meinungsbild zu bekommen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Mir geht es jetzt aber im Wesentlichen um die Erkenntnisse aus den innerafghanischen Verhandlungen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Entschuldigung. Sorry. Dann habe ich Sie missverstanden.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Alle anderen Quellen haben wir, glaube ich, beim letzten Mal auch schon miteinander besprochen. - In dem Zusammenhang noch mal: Professor Gießmann hat in seiner Zeugenvernehmung auch gesagt, dass es natürlich auch zu gemeinsamen Terminen mit Ihnen gekommen ist. Aber andererseits hat es auch zwar keinen institutionalisierten, aber doch einen Informationsaustausch zwischen Berghof Foundation und der deutschen Delegation gegeben. Meine Frage ist jetzt - unabhängig von diesen persönlichen Kontakten -: Hat es eine regelmäßige Unterrichtung der Berghof Foundation über deren Tätigkeit an Sie gegeben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, regelmäßig, glaube ich nicht. Es wurde ja vorhin schon auf die Berichte der Berghof Stiftung, die wir dann ja auch zu den Akten genommen haben, verwiesen. Ich glaube, es war für die Berghof Stiftung auch in ihrer Beratungsleistung gegenüber beiden Delegationen natürlich wichtig, zu wissen: Was tun die

staatlichen Akteure für uns? Umgekehrt war es sinnvoll, zu wissen: Wie wird das, was die staatlichen Akteure tun, auch in den Delegationen sozusagen wahrgenommen? Wo übersehen wir vielleicht auch Dinge, überhören Dinge so? Aber, wie gesagt: Für uns war auch immer wichtig, deutlich zu machen, dass die Berghof Stiftung auch das Mandat hat, Dinge auszuloten, zu ventilieren, die nicht mit uns vorher abgestimmt oder so waren, und natürlich - wie soll ich sagen? - Erfahrungen einbringen konnte aus anderen Friedensprozessen, die ich zum Beispiel nicht hatte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Mir geht es jetzt im Wesentlichen um die Frage: Wie weit hatten Sie Anteil an den Erkenntnissen der Berghof Foundation? Und Sie hatten ja schon gesagt, Sie haben die „Activity Reports“, wenn ich Sie richtig verstanden habe, der Berghof Foundation bekommen. Ich würde Ihnen jetzt gern einen mal vorlegen. - Das ist MAT A Berghof-1.16 VS-NfD\_Austausch, Blatt 1 f. - Mich interessiert das, was unter „Activities“ unten steht.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Mhm.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Mir geht es jetzt darum: Hier wird berichtet - - Der Bericht ist nicht von Anfang August, wie sich aus der Zeitleiste hinten ergibt, weil die da die Daily's - - die Activity Details beschreiben und dann noch vom 15.08. bis 20.08. was steht, sondern der ist nachträglich erstellt worden. Aber in dem Bericht heißt es auf Seite 1 unten:

„Our team, present in Doha throughout the developments, attempted to support at every stage - when early on there seemed to be a possibility of coming to an agreement on a negotiated handover of power after all ...“

Also, da wird ja beschrieben erstmals in diesem Bericht, dass es Gespräche gegeben hat über eine friedliche Übergabe der Macht. Und meine Frage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist: Hat Ihnen oder Ihren Kollegen in der deutschen Delegation schon vor diesem schriftlichen Bericht, der ja Ende August kam wahrscheinlich, es einen Hinweis gegeben, dass über eine friedliche Übergabe verhandelt wird?

**Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, ich kann mich da eigentlich nur wiederholen: Uns war bewusst, dass über eine ganze Reihe Akteure versuchten sozusagen, diese Übergabe halbwegs strukturiert ablaufen zu lassen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Mir geht es jetzt nur um die zeitliche Anordnung. Also, dass darüber gesprochen wurde, ist klar. Meine Frage ist jetzt: Können Sie einschätzen, wann Sie als Person jetzt Kenntnis davon gehabt haben, dass in Doha über die friedliche Übergabe verhandelt wurde?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, es gab ja dann immer wieder die Überlegung, dass eine sehr viel hochrangigere Delegation der Republik nach Doha reisen würde. Da gab es wahnsinnig viel Hin und Her. Aber am Ende des Tages wurde das alles durch den enormen Machtgewinn der Taliban on the ground überrollt. Insofern - wie soll ich sagen? -, muss ich ehrlich gestehen, spielte das für mich in den Tagen um den 12./13./14./15. August auch keine entscheidende Rolle mehr - das muss ich wirklich sagen -, weil - - Und das, wie gesagt, entwertet diese Versuche nicht, aber da stand dann die Sorge für das Team in Kabul und dann für die Menschen, also für die Afghaninnen und Afghanen, und alles, was danach kam, sehr deutlich im Vordergrund.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ich würde noch mal nachfragen: Klar, dass - - Aber wann es war - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Das weiß ich nicht mehr.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Wissen Sie nicht mehr. Okay.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein. Also, wie gesagt, ich bin ja auch zur Wahrheit hier verpflichtet, und das ist ja auch gut so.

(Joachim Wundrak (AfD):  
Finde ich auch!)

Ob es nun an dem Tag X oder Y war - - Da müsste ich mir noch mal die gesamten Akten im Detail durchschauen. Aber konkret erinnern tue ich das nicht mehr.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich bin sehr dankbar. Die Wahrheitsliebe ist unsere große gemeinsame Leidenschaft. - Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 21.30 Uhr, und dann fahren wir fort.

(Unterbrechung von  
21.02 bis 21.32 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hätte beinahe gesagt: „Jetzt war Halbzeit“, aber ein bisschen drüber hinaus sind wir hoffentlich schon und fahren fort in der Zeugenvernehmung des Zeugen Krüger. - Und der Kollege Röwekamp hat noch fast die Hälfte seiner Zeit. Bitte schön.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Herr Krüger, wir waren bei diesem Bericht der Berghof Foundation stehen geblieben. Und dazu hätte ich noch zwei kurze Fragen. Das eine ist: In diesem Bericht wird darauf hingewiesen, dass Herr Gießmann einen Entwurf eines Vertrages gefertigt habe. Da heißt es:

„... when early on there seemed to be a possibility of coming to an agreement on a negotiated hand-over of power after all, we drew up a draft at the request of the Republic negotiation team.“

Können Sie uns sagen, was Sie darüber wissen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, mir ist nicht mehr rememberlich - da müsste ich jetzt selber noch mal in die Akten schauen -, dass ich - - Also, der Inhalt ist mir nicht mehr rememberlich. Das kann aber auch einfach an der - wie soll ich sagen? - - an den Tagen danach liegen, die dann auch rein mental alles überlagerten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine Frage ist: Sie haben den nicht zufällig, nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Okay. Gut.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, erstens auch, weil natürlich ich - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Gießmann hat in seiner Aussage gesagt, er hat den handschriftlich gefertigt und der Delegation gegeben, und er hätte ihn selber gerne zurück.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nee, ich habe ihn nicht.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Aber er wäre nicht auffindbar, und deswegen habe ich ja gefragt, ob Sie den vielleicht haben.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, ganz bestimmt nicht. Sonst läge er dem Ausschuss vor.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja, selbstverständlich. Es sei denn, er ist in Ihre Privatsammlung gegangen. - Nein. Also gut. Also Sie haben den nicht und deswegen noch meine Frage: In dem Zusammenhang dieser Verhandlungen über eine friedliche Übergabe der Macht hat Herr Gießmann hier in seiner Zeugenaussage auch gesagt, es sei eigentlich mit den Taliban schon vereinbart worden, dass sie für den Fall, dass eine Vereinbarung über die friedliche Übergabe geschlossen werden würde, sie auch für zwei Wochen nicht nach Kabul marschieren würden. - Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich habe das immer wieder gehört, kann aber nicht aus eigener Anschauung verifizieren, ob es diese Verhandlungen - - also, Verhandlungen - - ob es dieses Abkommen oder diese Zusage der Taliban belastbar tatsächlich gegeben hat oder nicht. Die Taliban haben es - aber das weiß ich auch nicht aus eigener Anschauung, weil ich ja zu dem Zeitpunkt dann nicht mehr in Doha war und nicht mehr mit den Taliban gesprochen habe - ja immer so dargestellt, dass sie unter dem Eindruck eines Sicherheitsvakuums, einer Implosion in Kabul quasi gezwungen waren, nach Kabul dann hinzugehen, um - Klammer auf - also aus ihrer Sicht Schlimmeres, also Plünderungen etc., zu

verhindern. Aber das lasse ich jetzt mal dahingestellt. Fakt ist, dass es ja ganz offensichtlich nicht gelungen ist, zu einer belastbaren Vereinbarung zu kommen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** In Ihrer Ministervorlage vom 11.08.21 - das ist MAT A AA-9.47 VS-NfD, Blatt 173 -, die Sie schon mal vorliegen hatten und vielleicht auch noch erinnern, da schreiben Sie ab Seite 3 über mögliche Szenarien. Und eines dieser möglichen Szenarien ist:

„2.1. Militärische Machtübernahme: Trotz anderslautender öffentlicher Bekundungen ihrer politischen Führung ist eine militärische Machtübernahme durch die TLB daher eine sehr reale Möglichkeit. Folge wäre die Etablierung eines „Emirats 2.0“.“

Und unter 2.2 schreiben Sie:

„Möglich ist auch, dass die TLB den militärischen Druck auf die Republik soweit erhöhen, inkl. Einkreisung von Kabul und Abschneiden von Nachschubwegen, dass diese sich zur „Übergabe“/Kapitulation gezwungen sieht.“

Mir geht es um diese Verhandlungslösung unter militärischem Druck. Das ist aus meiner Bewertung - würde ich jetzt hier mal sagen - das, was am Ende vielleicht auch passiert ist. Meine Frage ist: Teilen Sie diese Bewertung?

Und das Zweite ist: Sie schreiben dies am 11.08, also, ich sage mal, einige Tage, bevor es tatsächlich passiert ist. Wie sind Sie zu dieser Einschätzung eines möglichen Szenarios gekommen? Also, welche Erkenntnisse lagen Ihnen dafür vor?

**Zeuge Andreas Krüger:** Bei der ersten Frage kann ich jetzt tatsächlich ganz einfach mal mit Ja antworten, was mich freut. Das Zweite ist, dass wir ja quasi vor unseren Augen wie Dominosteine die Provinzen und die Provinzhauptstädte purzeln sahen. Und insbesondere sind mir erinnerlich - ich müsste jetzt wirklich noch mal nachschauen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

an welchem Tag das war - die Bilder und Videos aus der Übernahme von Herat, bekanntermaßen jetzt nicht unbedingt eine Talibanhochburg, wie vergleichsweise einfach es den Taliban dort gelang, die militärische Kontrolle zu bekommen und wie schwach und desorganisiert selbst in einer Stadt wie Herat eben zum Beispiel die Gegenwehr war und in anderen wichtigen Provinzhauptstädten, sodass tatsächlich man auch durchaus Zweifel haben konnte, wie groß der Verteidigungswille seitens der - - auf der Republikseite war.

Einer aus meiner persönlichen Sicht - - Also, da gibt es natürlich Militär- und Taliban- und Sicherheitsexperten, die sind da weitaus berufener. Einer der Gründe, die aus meiner Sicht auch zu der raschen Übernahme der Macht geführt haben, war ja, dass die Taliban häufig in dem Moment, wo sie eine Stadt übernommen haben - - es zumindest erst mal nicht zu einem großen Blutbad oder Ähnlichem kam, sondern diese Übernahmen ja vergleichsweise, also, vor der - wie soll ich sagen? - enorm blutigen Geschichte Afghanistans gemessen, glimpflich abliefen, was jetzt sozusagen das Leiden Einzelner überhaupt nicht relativieren soll, aber im Vergleich eben zu vielen anderen Momenten in der afghanischen Geschichte - - sodass sozusagen sich, glaube ich, viele Soldatinnen, Soldaten auf der Republikseite die Frage stellten: „Wofür soll ich hier eigentlich meinen Kopf hinhalten?“, sowohl angesichts einer offensichtlich korrupten Führung und angesichts der Tatsache, dass die Übernahme der Taliban in den Provinzen nicht als besonders schrecklich - erst mal, zumindest kurzfristig - - übernommen wurde; es änderte sich ja dann zügig. Ich glaube, das waren beides Punkte, die dazu führten.

Wenn ich darf, würde ich vielleicht noch mal einen Satz sagen. Ich würde auch im Nachhinein sagen: Wir hätten sicherlich schon zwei, drei Tage früher uns noch deutlicher sozusagen für die Evakuierung der Botschaft und alles, was damit zusammenhängt, entschließen sollen, aber unser Problem war halt, dass das ja eine Entscheidung war von enormer politischer Tragweite. Und unsere einzige Quelle - und das relativiert diese Quelle in keinster Weise - war Jan

Hendrik van Thiel, während wir eben von unseren amerikanischen Verbündeten usw. keine Kommunikation in dieser Richtung hatten. Und, ich glaube, das Problem, das die Bundesrepublik zu dem Zeitpunkt hatte, war, diese Entscheidung von enormer politischer Tragweite zu treffen aufgrund äußerst unzureichender Kommunikation der USA.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Krüger, ich würde mit Ihnen gerne weitermachen mit dem Asyllagebericht. Und zwar ist es so, dass wir mal verglichen haben den Asyllagebericht von 2020 und den letzten von 2021. Und da ist uns aufgefallen, dass da gar keine so großen Unterschiede sind. Vielleicht können Sie das in dieser Allgemeinheit mal ausführen, ob es da in diesem Bericht keine gravierenden Veränderungen der Sicherheitslage gab.

**Zeuge Andreas Krüger:** Von wann 2021?

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vom Juli.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, ja, genau. Okay. Na ja, also, der Punkt war ja in der Tat: Im Juli waren die meisten Provinzen noch nicht - - also, zu dem Zeitpunkt, als der Asyllagebericht erstellt wurde, also eigentlich ja dann eher im Mai und Juni, in Talibangewalt, und, wie eben schon ausgeführt, war das Lagebild ja nicht so, dass in dem Moment, wo die Taliban die Kontrolle über einen bestimmten Distrikt übernommen haben, es dort sozusagen zu massenhaften Erschießungen oder Ähnlichem kam - wie gesagt, alles vor dem enorm gewalttätigen Hintergrund Afghanistans gesehen sozusagen; also, das muss man natürlich relativ sehen oder sollte man aus meiner Sicht relativ gesehen -, sondern der Prozess der zunehmenden Unterdrückung passierte ja sozusagen schleichend, aber - wie wir ja alle jetzt inzwischen sehen können - dann auch sehr stetig. Das war aber zu dem Zeitpunkt, wo der Asyllagebericht geschrieben wurde - und man kann ja



## Nur zur dienstlichen Verwendung

immer nur über das schreiben, was der Fall ist zu dem Zeitpunkt, wo er verfasst wird - noch nicht der Fall.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie denn vielleicht noch mal erläutern, welche Ziele mit diesem Asyllagebericht zu dem Zeitpunkt verfolgt wurden? Und können Sie sich vorstellen, dass sich - zumindest in der Wahrnehmung - dann zu dem Zeitpunkt der Bericht auch, ja, so moderat gelesen hat, wie man vielleicht die Realität nicht wahrgenommen hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wenn wir die Realität anders gelesen hätten, hätten wir ihn anders verfasst. Der Bericht beruht ja auf einer Vielzahl von Quellen inklusive Human Rights Watch, Amnesty International, viele afghanische Menschenrechtsverteidigerinnen, Menschenrechtsverteidiger usw.; insofern ein sehr breites Lagebild. Das Ziel aller Asyllageberichte - da unterscheidet sich dieser in keinster Weise von irgendeinem anderen - ist ja, denjenigen, die über Asyl und nicht Asyl entscheiden, ein nach bestem Wissen und Gewissen aller beteiligten Stellen der Bundesregierung zuverlässiges Lagebild zu dem Zeitpunkt zu geben. Dadurch, dass sich das Lagebild ja dann dramatisch verändert hat - - das hat uns ja dann veranlasst, wenn mich nicht alles täuscht - korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege -, im Frühherbst dann des Jahres eine Aktualisierung des Asyllageberichtes sozusagen außerturnusmäßig vorzunehmen, weil wir natürlich selber wussten, dass das, was da stand, jetzt nicht einfach ein Jahr so stehen bleiben könnte und natürlich denjenigen, die über Asyl entscheiden, keine zuverlässige Handlungsgrundlage mehr gab. Und ich bin den Kolleginnen und Kollegen, die das in unfassbaren Nachtschichten damals geschrieben haben, vor allen Dingen einer Kollegin, nach wie vor sehr, sehr dankbar; denn das war eine äußerst schwierige Aufgabe.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich sage mal: MAT A AA-8.323, Blatt 348. Das ist eine E-Mail von C [REDACTED] H [REDACTED] an Sie. Sollen wir Ihnen das vorlegen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Mhm, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Ich sage aber mal, warum mich dieses interessiert: Da fordert sie diesen Asyllagebericht an und will das eben im Bundespresseamt verwenden. Können Sie sich vorstellen, für welche Zwecke? Und können Sie uns informieren, ob das überhaupt für solche Zwecke geschrieben und geeignet war, dieser Bericht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, über die Zwecke, die eine Kollegin aus dem Bundespresseamt hatte, will ich gar nicht - - Also, das ist - - entzieht sich meiner - -

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, war das das Übliche? Wurde immer bei Ihnen vom Presseamt angefordert, oder war das was Ungewöhnliches? Das ist so meine Frage. Sorry, ich versuche, präziser zu werden.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie Sie sehen, haben wir es ja dann offensichtlich so gemacht, dass 508, das Rechtsreferat, das zuständige, dann den Bericht dem Bundespresseamt zur Verfügung gestellt hat. Ich meine, wir müssen ja auch - wie soll ich sagen? - realistisch sein. Wir wissen ja alle, dass die Asyllageberichte, auch wenn sie VS-NfD eingestuft sind, schneller das Licht der Öffentlichkeit erblicken, als man die ersten drei Seiten lesen kann. Das ist - wie soll ich sagen? - a fact of life so. Und insofern würde ich sagen: Warum soll man dann der Kollegin im Bundespräsidialamt - - sie schlechter stellen als jede Redaktion in der Bundesrepublik?

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr geehrter Herr Krüger, heißt das dann, dass man das auch schon mit einpreist und mitdenkt, wenn man die Berichte verfasst? Und kann es dazu führen, dass man Umstände moderater formuliert, um nicht schlafende ... zu wecken?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nee. Also, erstens - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ganz kurz: In dieser - - Entschuldigung, dass ich hier reinspringe. - Also, ich finde die Frage -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung schläft nicht, sondern ...

**VLR Andreas Gloßner (AA):** - genau! -, den zweiten Teil, doch etwas suggestiv formuliert. Vielleicht könnte man das anders formulieren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist zutreffend.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Und wenn das in dieser Allgemeinheit gestellt ist: Es müsste sich natürlich auf den konkreten Asyllagebericht Afghanistan im Untersuchungszeitraum beziehen. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also, was den ersten Teil angeht, ist das zutreffend. Das können Sie auch anders fragen. Und ansonsten müssen die Fragen beantwortet werden.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich kann auch einfach nur zu Afghanistan antworten. - Also, ich kann sagen, dass - wissend oder, wie Sie es formuliert haben, einpreisend, dass dieser Berichte einen breiten Verteiler hatte und der ja auch kritisch gelesen wird von allen Seiten, auch der sich besonders in Menschenrechtsfragen in Afghanistan engagierenden Community - es völlig kontraproduktiv gewesen wäre, solche - wie soll ich sagen? - Modifizierungen oder - wie haben Sie es gerade genannt? - eine Moderation vorzunehmen. Wir blicken alle gemeinsam nach Afghanistan, wir blickten damals alle gemeinsam nach Afghanistan. Und wir wissen natürlich auch, dass jegliche Versuche einer politischen Einflussnahme auf solche Berichte a) verboten, also nicht zulässig sind und b) auch äußerst kontraproduktiv wären. Insofern haben solche politischen Einflussnahmen nach meinem Wissen nicht stattgefunden.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, ich frage wirklich, weil ich nicht verstehen kann, dass Charterflüge durch die Sicherheitslage nicht begründbar sein sollten, wenn man sich vor

Augen führt, wie zu diesem Zeitpunkt die Sicherheitslage objektiv war. Deswegen ist schon die Frage: Bildet dieser Bericht diese Sicherheitslage ab, und, wenn ja, für wen bildet dieser Bericht die Sicherheitslage ab?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht noch mal das Wort. Bitte schön.

**Zeuge Andreas Krüger:** Wir waren - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ich habe das Gefühl - das ist natürlich in Ihrem Ermessen -, dass diese Frage jetzt doch wiederholt so schon gestellt wurde und der Zeuge auch darauf ausführlich und erschöpfend geantwortet hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Na ja, also, die Frage, für wen der Bericht geschrieben wird, das ist schon eine Frage, die noch mal beantwortet werden kann. Ob der Zeuge das beantworten kann, weiß ich nicht. Aber das finde ich schon eine - - Es war ja jetzt nicht die Frage, ob der Bericht geschönt oder sonst was ist - das ist schon abgearbeitet worden -; aber für wen der geschrieben wird, das, finde ich, ist schon durchaus noch mal eine Frage, die beantwortet werden kann. - Bitte schön.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, Frau Abgeordnete, wir schreiben diese Berichte als Grundlage für diejenigen, die dann über Asyl oder nicht Asyl, Bleiberecht, nicht Bleiberecht zu entscheiden haben, und schreiben ihn nach allen uns zur Verfügung stehenden Quellen zu dem entsprechenden Zeitraum.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wenn es in den Kontext gestellt wird von der Gefährdung für Ortskräfte, dann wäre die Sicherheitslage, die dort beschrieben ist, doch ähnlich wie für Afghanen, die aus Deutschland dahin kommen. Also die Gruppe, die dort betroffen ist, sind doch auch afghanische Menschen in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghanistan, also jetzt nicht die Botschaftsangehörigen, nicht die Bundeswehr, sondern Afghanen in Afghanistan, oder?

**Zeuge Andreas Krüger:** Es tut mir wahnsinnig leid; ich verstehe die Frage nicht ganz.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, die Asyllage bildet doch ab, wie die Situation von Menschen aus Afghanistan in Afghanistan ist. Sie können in Konflikt mit der Regierung sein, können in besonderen Situationen sein; ist ja auch abhängig von den Gründen. Aber es geht um eine Sicherheitslage von afghanischen Menschen in Afghanistan, oder?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Und ich glaube, was der rote Faden, der sich durch die Asyllageberichte bis zum Sommer 2021 immer durchzog, ist: dass es halt auf eine Einzelfallprüfung ankommt und man nicht pauschal sagen kann: „In der Region X oder in der Region Y sind per se alle Menschen dieser oder jener Gruppe gefährdet“, zum Beispiel einer bestimmten ethnischen Gruppe oder Ähnliches, sondern dass es eben auf das individuelle Verfolgungs- oder Nichtverfolgungsschicksal ankommt. Und ich glaube, das ist auch das, wenn ich mich recht entsinne, was in diesem von Ihnen angesprochenen Asyllagebericht zum Ausdruck kommt.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In einen Asyllagebericht wird aber nicht mit eingepreist, wie allgemein die Sicherheitslage in einem Land wie Afghanistan ist. Spielt das da auch eine Rolle, wird das mitgedacht, oder ist das sachfremd?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, jetzt müsste ich mir den Asyllagebericht noch mal anschauen. Aber wenn mir mein Gedächtnis nicht sehr einen Streich spielt, gibt es ja durchaus eine allgemeine Einschätzung der politischen und der Sicherheitslage in jedem Asyllagebericht, oder?

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Frage ist, ob der Asyllagebericht auch eine Aussage darüber trifft, ob andere, nicht asylsuchende

afghanische Menschen, wie zum Beispiel Ortskräfte, ebenfalls gefährdet sind, ob darüber eine Aussage im Asyllagebericht mit getroffen wird.

**Zeuge Andreas Krüger:** Der Asyllagebericht sagt, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, dass es auf die individuelle Prüfung ankommt. Das heißt, dass bestimmte Menschen, die zum Beispiel im Sicherheitsbereich für meinetwegen westliche Nachrichtendienste gearbeitet haben, sicherlich eine andere Gefährdungslage haben als Menschen, die das nicht getan haben. Aber das ist dann eine individuelle Prüfung.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind am Ende der Fragezeit. Und da das ja eine Informationsfrage war, erlaube ich mir den Hinweis - ich habe ja als Innenminister solche Asyllageberichte regelmäßig gelesen -: Die enthalten beides, sowohl eine allgemeine Sicherheitslage -

(Zuruf der Abg. Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber das war mehr ein faktischer Austausch hier auf der Abgeordnetenbank. - Jetzt sind wir beim Kollegen Wundrak. Bitte.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie sehen, das Thema bewegt uns. Deswegen frage ich da auch nach, Herr Krüger. Laut MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 120 soll sich Ihr Kollege Erik Kurzweil am 20. Mai 2021 mit Talibanvertretern in Doha getroffen haben. Sie verfassten an seiner statt einen Gesprächsvermerk, aus dem klar hervorgeht, dass die Taliban auf Nachfrage Kurzweils den Schutz für für Deutschland arbeitende Ortskräfte zugesagt haben.

MAT A AA-8.640 VS-NfD, Blatt 13: Sie sprachen Ende Juni, also einen Monat später, in Doha mit Talibanvertretern und unterrichteten hierüber Vertreter der deutschen Botschaft in Kabul, des BMZ und der GIZ mit folgenden Worten - ich zitiere -:

„Die Vertreter der TLB unterstrichen zunächst, was sie ja auch öffentlich bereits kommuniziert



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hätten betr. der Zusage auf „Verzicht“ seitens der TLB, die afghanischen Dolmetscher und anderen bei ISAF/RSM beschäftigten Afghanen zu bestrafen.

Davon klar abzugrenzen seien jene Afghaninnen und Afghanen, die an zivilen Projekten mitgearbeitet hätten bzw. dies auch weiterhin tun werden. Wenn man schon bei denjenigen Afghaninnen und Afghanen, die für ISAF/RSM gearbeitet hätten, auf Racheakte oder Verurteilung verzichte, so gelte dies umso mehr für jene Afghanen, die an zivilen Projekten mitgearbeitet hätten bzw. dies weiterhin tun.

... Das „Emirat“ versichere ..., dass alle Kommandeure vor Ort instruiert seien, auf Angriffe, Racheakte, Erpressung durch Schutzgeldzahlungen usw. zu verzichten.“

Zitat Ende. - Der Leiter des Risk Management Office, RMO, der GIZ, Dr. Rohschürmann, kommentierte Ihre an ihn weitergeleitete Mail mit folgenden Worten - Zitat aus MAT A GIZ-3.37, Blatt 48 -:

„... das sind sehr gute Neuigkeiten!“

Herr Krüger, haben Sie damals auch so positiv und erleichtert auf diese Ihnen gegebenen Versicherungen der Taliban zum Schutz und zur Straffreiheit der Ortskräfte reagiert wie der langjährige Afghanistan-Kenner Rohschürmann?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich glaube, auf der einen Seite war sicherlich positiv, dass die Talibanvertreter, mit denen wir gesprochen haben, diese Aussagen so trafen. Auf der anderen Seite, glaube ich, gehört zu einem realistischen Lagebild auch, dass natürlich die Talibanvertreter nicht unbedingt, gar nicht in der Lage waren, verbindliche Zusagen für alle Taliban in der Provinz X, Y oder Z zu treffen, und es da natürlich auch sehr stark auf örtliche Dynamiken ankommt, teilweise auch langfristige regionale, innerfamiliäre - im weiteren Sinne - Beziehungen usw. Insofern

war das natürlich erst mal in dieser Generalität eine positive Aussage. Aber es wäre aus meiner Sicht - wenn ich Sie, Herr Abgeordneter, richtig verstehe - kein - wie soll ich sagen? - belastbarer Schluss daraus abzuleiten, dass Ortskräfte, die in zivilen Projekten tätig waren, grundsätzlich nicht gefährdet sein können, sondern es kommt dann tatsächlich immer sehr stark auf den Einzelfall an.

**Joachim Wundrak (AfD):** In welcher Weise haben Sie denn damals kommuniziert, diese Zusagen und diese Sicherheitsgarantien der Taliban in die anderen Ressorts, und wie waren die Reaktionen dort?

**Zeuge Andreas Krüger:** Jetzt habe ich E-Mail nicht vorliegen. Wenn ich die noch mal sehen dürfte, wäre das hilfreich.

**Joachim Wundrak (AfD):** Natürlich.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich gehe mal davon aus, dass ich die - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

- Genau, ich gucke erst mal drauf, bevor ich hier Unfug rede.

**Joachim Wundrak (AfD):** Gerne.

(Der Zeuge liest in den ihm  
vorgelegten Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Sie ging ja sowohl an die GIZ als auch an das Auswärtige Amt als auch ans BMZ, und ich konnte davon ausgehen, dass natürlich meine Kollegen das dann im weiteren Ressortkreis weiter diskutieren. Wir hatten ja einen ständigen, intensiven Ressortabstimmungsprozess. - Ja. Punkt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, aber das wäre meine Frage gewesen: Was war denn das Feedback, was war die Diskussion? Auf der Linie, wie Sie sie eben vorgetragen haben, oder gab es auch andere Sichtweisen der Zuverlässigkeit der Taliban?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und in dem Zusammenhang würde ich Sie dann auch fragen, wie Ihre Erfahrung mit der Zuverlässigkeit der Taliban war. Gab es irgendeinen Vorfall, der Ihnen zu Ohren gekommen ist, dass diese Sicherheitsgarantien durchbrochen wurden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das Problem in einer Lage wie Afghanistan ist natürlich, dass Sie weder die Äußerungen in die eine Richtung noch die Äußerungen in die andere Richtung zu Übergriffen tatsächlich verifizieren können. Und alle Akteure haben natürlich - das kann man ihnen persönlich gar nicht vorhalten - ein enormes Eigeninteresse an der Richtung, in die eine oder die andere Richtung. Insofern haben wir natürlich auch von Übergriffen gehört. Auf was die dann teilweise konkret zurückzuführen waren, da gingen die Meinungen dann manchmal sehr stark auseinander. Und unser Problem war natürlich, dass in einer regional äußerst heterogenen und sich noch dazu dynamisch entwickelnden Lage in Afghanistan eine Verifizierung der einzelnen Nachrichten schlichtweg nicht möglich war. Insofern mussten wir immer davon ausgehen, dass je nach lokaler, regionaler, individueller, spezifischer Lage diese generelle Aussage: „Das eine ist die Lage“ aber in der Provinz X, in dem Ort Y, für den Beschäftigten Z eine ganz andere sein kann.

**Joachim Wundrak (AfD):** Wir nähern uns auch in meiner Abfolge jetzt den entscheidenden Tagen. Jan van Thiel sandte am 13. August 2021 an „ZENTRALE \*AP05 Referenten“ die Meldung eines bevorstehenden Rücktritts Ashraf Ghanis zu. Offenbar handelte es sich um ein Angebot Abdullah Abdullahs an die Taliban, dass diesen die Führung des Landes im Rahmen einer Übergangsregierung übertragen werden sollte. Voraussetzung sollte die Bereitschaft der Taliban sein, einem sechsmonatigen Waffenstillstand als Gegenleistung für anhaltende Entwicklungs- und Finanzhilfe der USA und der diplomatischen Anerkennung durch die USA zuzustimmen.

Jan van Thiel kommentierte diese Meldung laut MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 116 mit den Worten - ich zitiere -:

„Dieses Szenario, Ghani und die Seinen weg, friedliche Übergabe an TLB-beherrschtes Transitionsregime war/ist der best-case, der noch theoretisch möglich erschien, viele AfghanInnen haben ihn herbeigesehnt, fast zu schön um wahr zu sein. Aber wenn es so wäre, könnten wir wieder radikal umplanen.“

Herr Krüger, Sie haben eine etwas andere oder abweichende Grundposition schon zweimal mindestens vorgetragen. In welchen Punkten stimmen Sie mit der Einschätzung von Thiels hier überein und in welchen Punkten nicht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich finde, diese E-Mail illustriert ja sehr gut, dass wir alle, Jan Hendrik genauso wie Markus Potzel, wie ich, wie viele andere Kolleginnen und Kollegen, Analytinnen, Analysten auch, versuchten, uns ein zutreffendes Bild der Lage zu machen. Es hat sich dann ja auch sehr schnell herausgestellt - - Also, auf der einen Seite ist es natürlich die Pflicht und ja auch richtig, dass der Geschäftsträger in Kabul über solche Initiativen berichtet. Gleichzeitig - das geht ja sozusagen aus der gesamten Grundkommunikation von Jan Hendrik van Thiel hervor - waren die Chancen für eine solche „Lösung“ - in Führungsstrichen - äußerst gering, fast zu schön, um wahr zu sein. Und dass Abdullah Abdullah jetzt nicht unbedingt größere Probleme damit gehabt hätte, Ashraf Ghani abzulösen, ist, glaube ich, allen, die sich mal mit afghanischer Innenpolitik beschäftigt haben, nicht neu. Was Ashraf Ghani dazu sagte, ist, glaube ich, auch klar.

Insofern: Ja, es spricht ja für alle Beteiligten, zu versuchen, da noch Lösungen zu finden, aber ich fürchte, wie gesagt, mit dem Luxus der Rücksicht - also der rückwärtsgewandten Sicht - zeigt sich, dass die Taliban da natürlich in keinster Weise mehr gewillt waren, auch nur ein kleines Zipfelchen ihrer Macht abzugeben, weil - also, aus ihrer Sicht -: Warum sollte man einen Teil des Kuchens abgeben, wenn man den ganzen Kuchen haben kann?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht wechselt zur FDP.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank. - Da würde ich gleich direkt anschließen: Wissen Sie denn, warum Ghani geflohen ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, das müssen Sie natürlich, Frau Abgeordnete, Präsident Ghani fragen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Aber was Sie wissen, wissen Sie ja.

**Zeuge Andreas Krüger:** Hm?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Was Sie wissen, wissen Sie ja.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Aber ich weiß nicht, warum er geflohen ist. Ich würde aber annehmen, dass er geflohen ist, weil er davon ausgehen konnte, dass es ihm nicht gut gegangen wäre, wenn er in die Hand der Taliban gefallen wäre.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, sagen wir so: An Präsident Ghani's Stelle wäre ich auch geflohen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann möchte ich gern noch mal sozusagen zurückklappen. Sie hatten vorher sinngemäß gesagt, dass der Charakter des Doha-Abkommens über den Zeitablauf, dieser condition-based Ansatz, weicher oder erodiert sei oder so. Ist das richtig so ungefähr? - Ja. Gut, okay. Würden Sie sagen, dass der NATO-Abzug 2021 auch conditions-based war?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, er war es eigentlich nicht mehr; denn er war ja sozusagen Folge des amerikanischen Abzuges, wo - sagen wir es so - die Konditionen nur noch in sehr weicher Form vorhanden waren. Es waren ja vor allen Dingen dann die Zusagen, kein „safe haven for terror outside of Afghanistan“ zu sein usw. Aber alles das, was man sich von einem politischen Prozess erhofft hatte, war ja nicht mehr Teil dieser Konditionen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** MAT A AA-9.132 VS-NfD, Blatt 96, da war: In der Vorbereitung der Mandatsverlängerung wurde Ende Januar 2021 ein für die Informierung des Bundestags bestimmtes Eckpunktepapier erstellt. Dieses Papier wurde auch unter Beteiligung Ihrer Abteilung erstellt. Und dort heißt es, an die Abgeordneten gerichtet, zum Stand der innerafghanischen Verhandlungen - ich zitiere -:

„Die NATO verfolgt in Afghanistan dezidiert einen **lageabhängigen („conditions-based“)** Ansatz.“

Können Sie diese Aussagen mit Blick auf die Informierung des Parlaments vielleicht noch mal in Zusammenhang stellen, wie das zu verstehen ist, -

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also - -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** - im Lichte dessen, was Sie vorher gerade gesagt haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Genau. - Also, ich glaube, die NATO, auch als Organisation - ich glaube, Sie haben ja auch mit Herrn Pontecorvo hier gesprochen, wenn ich das richtig vorhin mitbekommen habe -, hat sich immer für einen condition-based Abzug ausgesprochen. Aber wir haben ja dann gesehen, dass sozusagen sowohl die Trump-Administration und dann auch die Biden-Administration diese Konditionen doch sehr, sehr, sehr stark aufgeweicht haben, sodass in der Tat jenseits jetzt der Al-Qaida-Frage, um das mal so zu nennen, von weiteren belastbaren Konditionen eigentlich keine Rede mehr sein konnte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und was heißt dann die Formulierung „strikt Condition-based“ in - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Das war das, was die NATO im Januar 21 noch verfolgte. Wir waren ja auch noch vor der Amtsübernahme durch Präsident Biden.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Okay. Weil man hat ja eigentlich die Hoffnung gehabt, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Biden - - dass dadurch sich eigentlich die Lage verändern würde, oder wenn - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, wir hatten zumindest - - Also, wie gesagt - das habe ich ja vorhin schon gesagt -: Ich glaube, ich war da relativ realistisch, weil mir a) diese Äußerungen des Kandidaten Biden sehr vor Augen waren, die jetzt deutlich zu erkennen gaben, dass er auch einen Abzug aus Afghanistan eher früher als später befürworten würde. - Zum einen. Und zum Zweiten hatte natürlich durch die - wie soll ich sagen? - Setzungen seines Vorgängers der Präsident Biden nur noch einen nicht zu beneidenden Spielraum. Trotzdem ist die Geschichte ja offen, und wir konnten im Januar 21 nur die Faktenlage wiedergeben und keine Spekulationen über eine zukünftige Ausrichtung einer zukünftigen Administration. Und die Faktenlage war, dass sich die NATO konsistent für einen condition-based Abzug einsetzte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann habe ich noch eine Frage zur Information durch die - - oder Ihre Informationslage, die Sie aus der Bundeswehr bekommen haben. Die Einsatzkontingente der Bundeswehr haben ja selbstverständlich Lagemeldungen unter anderem über die Feindlage insbesondere im Bereich des TAAC North, also dem Norden Afghanistans, geschrieben. Kennen Sie die Lagemeldungen des Einsatzkontingents, oder hatten Sie die Möglichkeit, diese jeweils zu lesen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, die Lagemeldungen das Einsatzkontingentes gingen, wenn ich das recht entsinne, nicht eins zu eins zu AP 05, aber sie flossen natürlich ein in den ständigen Dialog mit dem BMVg. Es gab sozusagen ja auch regelmäßig gemeinsame Berichterstattungen. Und sie gingen natürlich ein auch in die regelmäßigen Staatssekretärsrunden. Und dort trug das BMVg ja auch regelmäßig vor.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Haben Sie die also bekommen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Meinen Sie jetzt tägliche Einsatzlageberichte, oder was meinen Sie jetzt genau?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja, im Grunde genommen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Nein. Okay. - Hätten Sie die für notwendig erachtet, um sich ein möglichst genaues Lagebild von der Lage in Afghanistan - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich fühlte mich persönlich - und ich glaube, auch das Auswärtige Amt insgesamt - durch das BMVg, auch durch die sehr enge und sehr gute Zusammenarbeit zwischen GK Masar-i-Scharif, Botschaft Kabul und den militärischen Vertretern in Kabul und den sehr engen Ressortprozess, hier ausgezeichnet unterrichtet. Ich glaube, dass ein noch engerer Austausch nicht zu einer wesentlich anderen Grund-Lageeinschätzung geführt hätte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann waren Sie also nicht überrascht, dass die Distrikte im ehemaligen Bereich des TAAC North mit die ersten waren, die Anfang August an die Taliban gefallen sind.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich glaube, dass die Kollegen - - Ob es jetzt wirklich die ersten waren, das weiß ich nicht mehr. Wir sprechen ja ungerne - - aber ich glaube, es gab eine ganze Reihe von anderen Distrikten innerhalb Afghanistans, die schon vorher an die Taliban gefallen sind. Und dass es auch für die Kollegen der Bundeswehr - und das haben die Kolleginnen und Kollegen der Bundeswehr auch immer wieder sehr deutlich kommuniziert - ja auch zunehmend schwierig war, ein zutreffendes, also ein - wie soll ich sagen? - tiefenscharfes Lagebild in allen Provinzen zu bekommen, war ja sozusagen Fakt und gemeinsame Grundlage.

Insofern - wie gesagt -: Von der Geschwindigkeit waren wir, glaube ich, alle überrascht. Dass einzelne Distrikte schon über geraume Zeit immer weiter in Richtung Taliban sich neigten, hat die Bundeswehr sehr konsistent und sehr - wie soll ich sagen? - transparent kommuniziert, und ich bilde mir auch ein, ohne das jetzt im Einzelnen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

belegen zu können, auch in vielen Unterrichtungen gegenüber dem Deutschen Bundestag in den entsprechenden Ausschüssen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann unterbreche ich die Sitzung für zwei Minuten und bitte die Obleute mal kurz zu mir. - Ich bitte die Öffentlichkeit, kurz, und zwar für zwei Minuten, den Saal zu verlassen. Das gilt in diesem Fall für den Zeugen bitte auch.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ach so, ich auch.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, bitte.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
22.16 Uhr - Folgt  
Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
22.18 Uhr)

### Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Andreas Krüger

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Unseren journalistischen Beobachtern und dem Rest der Öffentlichkeit teile ich gerne mit, dass wir uns entschlossen haben, auf die dritte Zeugenvernehmung heute zu verzichten und die zu verschieben, weil wir mit dem Zeugen Krüger noch ein bisschen Zeit verbringen wollen. - Ich hoffe, das wird erwidert, Herr Krüger.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das ist mir lieb.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann sind wir so weit wieder startklar. - Und es geht los mit der SPD-Fraktion und dem Kollegen Jörg Nürnberger.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben noch einige wenige abschließende Fragen. Wir haben einen Themenbereich, sofern ich das in dieser vorgerückten Stunde

auch hoffentlich vollständig mitbekommen habe, noch gar nicht bearbeitet. Das war Ihre Aufgabenstellung im Hinblick auf Reisehinweise. AP 05 war offensichtlich auch da mit eingebunden. Und die Information der deutschen Staatsbürger in Afghanistan war nach unseren Unterlagen auch ein Teil Ihrer Arbeit.

Frankreich hat in einer Mail Mitte Juli 2021 seine Staatsbürgerinnen und -bürger in Afghanistan zur Abreise aufgefordert und dafür einen kostenfreien Flug organisiert. Ich beziehe mich auf MAT A AA-8.107 VS-NfD, die Blätter 80 bis 82. Der französische Botschafter bietet der deutschen Botschaft an, dass auch deutsche Staatsbürger diesen Flug nutzen könnten. Der deutsche Gesandte van Thiel schlägt daher vor, einen Rundbrief in Afghanistan zu verschicken, um auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Der Krisenbeauftragte Jokisch und auch Sie sprechen sich dann aber gegen einen solchen Brief aus.

Und ich würde Sie gerne fragen, was die Gründe waren, warum Sie diesen Brief nicht für sinnvoll erachtet haben.

**Zeuge Andreas Krüger:** Zu dem damaligen Zeitpunkt, wie gesagt: Die Deutschen waren da in einer anderen Situation als unsere französischen Freunde, die ja in anderen Gegenden der Welt dafür unglaublich viel mehr schultern als wir. Das hätte ja bedeutet, wenn ich das richtig noch in Erinnerung habe, insbesondere einen tiefen Einschnitt auch für unsere humanitäre und EZ-Arbeit in Afghanistan. Und aus unserer Sicht damals war es weder von der Sicherheitslage - da kann man „with the benefit of hindsight“ zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen; das konzidiere ich gerne - noch aus politischer Perspektive sinnvoll, sozusagen das Signal in den Ausstieg aus der EZ und der humanitären Hilfe zu geben, weil es aus unserer Sicht ganz entscheidend war, dass das Wort, das die Bundesregierung den Afghaninnen und Afghanen gegeben hat, dass wir auch nach dem Abzug der Bundeswehr Afghanistan nicht alleine lassen und die Afghaninnen und Afghanen nicht alleine lassen wollen, Gültigkeit hat. Und unter diesen Gesichtspunkten, sowohl Sicherheit als auch poli-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tische Perspektive für die Afghaninnen und Afghanen, kamen wir zu der Auffassung, dass das nicht sinnvoll wäre.

Zusätzlich dazu dann eben die vorhin schon erörterten logistischen Fragen, die sich gestellt hätten, weil es natürlich klar war: Hätten wir sozusagen einen solchen Brief verschickt, dann wäre das sicherlich nicht durch einige Mitflüge auf einer französischen Maschine abgedeckt gewesen, sondern man hätte dann auch mit eigenen logistischen Kräften das unterstützen müssen. Ob man dazu im Ressortkreis zu dem Zeitpunkt Juli einen Konsens erzielt hätte, wage ich zu bezweifeln.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wissen Sie, ob dieser Flug dann tatsächlich stattgefunden hat und ob es am Ende doch den einen oder anderen deutschen Staatsbürger gab, der diese Möglichkeit genutzt hat, auszureisen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das weiß ich nicht mehr.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Im Gegensatz dazu wurde dann offensichtlich eine erneute Aufforderung zur Ausreise, und zwar am 10. und 11. August 2021 - - Ich beziehe mich auf MAT A AA-8.71 VS-NfD, die Blätter 213 bis 215. Offensichtlich war ja die Lageverschlechterung eingetreten. Hat es deshalb auch keinerlei Bedenken mehr gegen diese Ausreiseaufforderung gegeben, die ja vorher - wenn ich mich recht entsinne, Mitte Juli, also weniger als einen Monat vorher - noch für ein untaugliches oder ein unangemessenes Instrument eingestuft wurde?

**Zeuge Andreas Krüger:** „Unangemessen“ weiß ich jetzt nicht. Also, ich habe jetzt hier keinen breiten Aktenordner vor mir; aber ich hoffe doch sehr, dass wir insgesamt als Auswärtiges Amt zu der Auffassung gekommen sind am 10./11. August, dass diese Ausreise angezeigt sei, eben aufgrund der sich dramatisch verschlechternden Lage. Es sind ja dann doch - - Ich glaube, ich müsste - - Das wissen Sie jetzt besser als ich, wann im Juli 21 genau dieses Angebot vorlag, und jetzt müsste man sich noch mal die Zeitlinie angucken, wie die einzelnen Provinzen sozusagen übergegangen sind; aber das ist ja genau

dieser Zeitraum, in dem dann, insbesondere ja ab Ende Juli, in einer wirklichen, ich glaube, selbst im historischen Maßstab seltenen militärischen Eskalation, also Acceleration eigentlich eher, eine Provinz nach der anderen übergetreten ist oder übernommen wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wie wurde das aufgenommen, dass sich nach dem 15. August 2021 in Afghanistan, aber vor allen Dingen beim Auswärtigen Amt viel mehr deutsche Staatsbürger gemeldet haben, als auf der damals geführten ELEFAND-Liste tatsächlich eingetragen waren?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, das ist ja so ein allgemeiner Erfahrungswert. Es hilft natürlich der Planung, wenn diese Liste und die Realität nicht allzu weit auseinanderklaffen; aber - wie soll ich sagen? - Menschen sind Menschen. Ich kann jetzt nur von mir sprechen. Auch bei uns ist schon mal der Pass eines Kindes abgelaufen oder so. Dass man nicht immer an alle Formalitäten rechtzeitig denkt, ist, glaube ich, normal. Es illustriert aber auch so ein bisschen vielleicht - das ist jetzt aber meine Spekulation -, dass auch viele Afghaninnen und Afghanen noch in dem entsprechenden Zeitraum, also vor diesem August, nicht unbedingt mit einer sich so rasch verschlechternden politischen und Sicherheitslage rechneten und insofern auch gar keine Notwendigkeit sahen, das zu tun. Das illustriert das so ein bisschen vielleicht. Aber, wie gesagt, das ist einfach - - It's a fact of life.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wobei der Zeuge nicht spekulieren muss.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich weiß.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also insofern antworten Sie einfach aus Ihrem Wissen heraus.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Themenwechsel. Ich möchte ganz kurz das Ortskräfte- und Visaverfahren streifen. Sie haben vorhin - und wenn ich mich recht entsinne, war es der Kollege Röwekamp - dieses eine Zitat kommentiert aus MAT A AA-8.349 VS-NfD\_Austausch, Blätter 174 bis 175, wo davon die Rede war, dass diese nicht „automatisch gegen die Taliban sind und/oder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht in OK“ - Organisierte Kriminalität - „verwickelt“ waren.

In der Folge gab es dann zwei Briefwechsel, Mailwechsel, wo Sie sich sehr mit den Zuständigkeiten befasst haben. Und da möchte ich Sie konfrontieren mit MAT A AA-8.418 VS-NfD, die Blätter 62 bis 66. Da geht es in einer Mail von Herrn T■■■ an Sie darum, dass die Verteidigungsministerin „unwiderrspochen festgelegt“ habe, dass alle Bundeswehrortskräfte mit ihren Familien nach Deutschland reisen dürften, weil der BND diesen „eine latente Gefährdung ... bescheinigt“ habe. Sie antworten Herrn T■■■ darauf, dass die Verteidigungsministerin dies gar nicht alleine entscheiden könne und für Sie weiter der Konsens im Ressortkreis gelten würde.

Was war der Grund für Sie, sich trotz der entsprechenden Bewertung durch den BND, die diese latente Gefährdung der Ortskräfte für die Bundeswehr annahm, gegen eine pauschale Aufnahme der Bundeswehrortskräfte auszusprechen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wir hatten ja darüber vorhin schon mal gesprochen. Ich glaube, das sind zwei verschiedene Punkte hierbei. Das eine ist das Verfahren. Und wenn ich das richtig verstehe, wurde dem ja auch nicht widersprochen, dass die Festlegung: „Wer ist Ortskraft und wer nicht, und wer ist in welcher Weise gefährdet?“ eine Sache ist, die im Ressortkreis besprochen werden muss. Insbesondere war da natürlich auch wichtig, das BMI einzubinden, die ja doch da auch eine sehr wichtige Rolle und auch Verantwortung haben; denn am Ende des Tages, wenn dann doch Dinge hier in Deutschland passieren seitens OK oder politischer Kriminalität, wird natürlich sehr schnell dann auch aufs BMI geblickt. Und insofern glaube ich, das ist ja auch eine Rolle, die das Auswärtige Amt haben sollte: zu schauen, dass sozusagen bei solchen Entscheidungen alle Ressorts entsprechend eingebunden sind. Und insofern war das - - Das eine ist sozusagen eine Frage des Verfahrens. Und deswegen hatte ich damals - jetzt habe ich es auch hier wieder vor Augen - zu Herrn T■■■ gesagt: Moment, bitte erst mal checken, wie - -

Sie sehen ja, dass gleich am nächsten Tag eine Ressortrunde stattfinden sollte. Und das war ja noch ein Zeitraum, wo die Lage noch nicht ganz so dramatisch war wie jetzt in den Augusttagen. Also, wir reden jetzt von dem Zeitraum 28.04. - sprich: Einladung zur Besprechung OKV am 29.04. Also insofern war es mir wichtig, darauf hinzuwirken, dass dann am 29.04. alle Ressorts tatsächlich eingebunden sind. Das ist das eine.

Das Zweite ist in der Tat, dass bei aller - wie soll ich sagen? - Grundsympathie gegenüber vielen Afghaninnen und Afghanen wir auch einfach aus meiner Sicht realistisch sein müssen und sagen müssen: Es kommt in der Tat darauf an, in einem Abwägungsprozess, wo es jetzt noch nicht auf jede Stunde und jede Minute ankam, wie es das im April und Mai und Juni und Juli sicherlich noch der Fall war, sehr genau zu schauen: Wer kommt in dieses Land, und wer kommt nicht in dieses Land?

Dass in diesem Abwägungsprozess unter der dramatischen Lage insbesondere dann im August und im September sozusagen die Prioritäten anders gesetzt wurden, finde ich absolut nachvollziehbar. Und das war ja auch etwas, was - darauf habe ich ja hingewiesen - auch der Bundesinnenminister, wenn mich nicht alles täuscht - - alle Abgeordneten sozusagen auch darüber unterrichtet hat, dass es dann dieses Risiko gibt, aber es, glaube ich - so erinnere ich das zumindest -, allen klar war, dass dann die Prioritäten anders gesetzt werden mussten.

Aber die Lage im April/Mai war ja noch eine andere. Und deswegen war es uns wichtig, dass sozusagen nicht allein die Tatsache, zu einem Zeitpunkt XY einmal als Ortskraft gearbeitet zu haben, automatisch impliziert, dass man nicht in den Jahren danach möglicherweise auch anderen Beschäftigungen nachgegangen ist. Denn wir sprechen ja von einem Land, wo Korruption eine enorme Rolle spielte. Das kann man den einzelnen Personen gar nicht vorwerfen; aber man muss es halt in die Betrachtung miteinbeziehen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben sich jetzt zum Termin im April geäußert. Die Zeit schreitet voran. Wir wissen ja - und das haben wir heute



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mehrmals erörtert -, dass dann die Sicherheitslage sich auch entsprechend verschärft hat. Und dennoch kann ich mich auch auf einen Mailwechsel aus dem Juni 2021 beziehen; da geht es um MAT A AA-8.417 VS-NfD, das Blatt 126 f. Dort wird in einer Mail die Position der Abteilung 5 zur Frage der Erweiterung oder Verlängerung der Zweijahresfrist für die Ortskräfte der Bundeswehr bestimmt, welcher die Abteilung 5 grundsätzlich verständnisvoll gegenübersteht. Herr Potzel leitet Ihnen diese E-Mail weiter, und Sie beschwerten sich dann bei ihm darüber, dass Sie überhaupt nicht eingebunden gewesen sind, und schreiben Folgendes:

„Ich finde es unmöglich, dass 5-D das der Leitung vorschlägt, ohne überhaupt mit uns zu konsultieren?“

- Fragezeichen. - Ende des Zitats.

Das ist jetzt das zweite Mal in kurzer Folge ein Dokument, das darauf hinweist, dass diese förmlichen Beteiligungsvorschriften, wer mit wem wann irgendwas zu bereden und zu entscheiden hat, offensichtlich auch aus Ihrer Sicht eine gewisse Wichtigkeit haben. Was sagen Sie zu dieser Darstellung, dass Sie sich da übergangen fühlten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, es ging hier nicht darum, dass ich mich persönlich übergangen fühlte. Aber wenn mich nicht alles täuscht, ist Teil des Arbeitsauftrages des Referats AP 05, auf - wie soll ich sagen? - die Kohäsion der Afghanistan-Politik der Bundesregierung hinzuarbeiten. Dass es da auch mal Dissens gibt, gehört - wie soll ich sagen? - zu einem gesunden demokratischen und pluralistischen Gemeinwesen dazu. Gleichwohl war es schlicht und einfach unser Arbeitsauftrag, zu versuchen, eine möglichst - wie soll ich sagen? - geschlossene Haltung - - zumindest darauf hinzuwirken. Und insofern, glaube ich, ist diese Mail nur in diesem Kontext zu lesen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es gab dann ja tatsächlich eine Kehrtwende, als die Lage im August weiter eskaliert war. Und da unterstützen Sie in einer Mail vom 12. August - da geht es ja wirklich um

jeden Tag; MAT A AA-8.359 VS-NfD, die Blätter 252 bis 254 - den Vorschlag des Referats 509, also eines Visareferats, auf Gruppenaufnahmen und damit auf Pauschallösungen, um weitere gefährdete Gruppen in einem Krisenfall aufzunehmen. War es eine Änderung Ihrer Haltung zu dem Problem oder nur die Folge der Lageänderungen in Afghanistan? Wie kamen Sie zu dieser veränderten Bewertung?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich hoffe, dass - - Also zum einen hatte die Lage sich offensichtlich verändert. Und wie gesagt: Es ist ja ein Abwägungsprozess. Sie haben auf der einen Seite den Schutz der Afghaninnen und Afghanen, die mit uns eng zusammengearbeitet haben, auf der anderen Seite das Schutzbedürfnis der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger und aller Menschen, die hier leben, vor organisierter Kriminalität, Korruption, politischem Extremismus usw. Und je nach den Möglichkeiten, die sich dann konkret ergeben, denke ich, ist es eine Sache, im April oder auch noch im Juni zu versuchen, darauf hinzuwirken, ein möglichst - wie soll ich sagen? - gründliches Verfahren anzustreben, und eine andere Sache, dann, wenn sich die Lage so dramatisch zuspitzt, dass ja auch praktisch alle Afghaninnen und Afghanen davon überrascht waren, zu sagen: In dieser Abwägung spielt das Schutzbedürfnis derjenigen, die mit uns eng zusammengearbeitet haben - - gewinnt dann Priorität.

Und das war ja auch eine Entscheidung und eine Einschätzung, die wir insbesondere - und das war mir immer sehr wichtig - auch gemeinsam mit den Kollegen vom BMI getroffen haben. Dass da natürlich jedes Ressort auch so ein bisschen seine eigene Rolle spielt in dem Prozess, ist, glaube ich, auch in der Geschäftsordnung vorgesehen. Aber ich glaube, wenn man sich die dramatischen Tage vergegenwärtigt, überwiegt in meinem Gedächtnis zumindest eigentlich eher der Versuch, hier eine gemeinsame Lösung zu finden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Zeit ist abgelaufen, und das Fragerecht geht zum Kollegen Röwekamp.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Krüger, wir beide waren vorhin stehen geblieben bei der Frage, inwieweit wir aus dem Umfeld der innerafghanischen Friedensverhandlungen Anhaltspunkte dafür hatten, dass es zu einer Verständigung über eine friedliche Übernahme gekommen sei. Da würde ich gern noch mal eben anknüpfen mit zwei Fragen.

Der heute auch schon erwähnte Zeuge Nader Nadery hat in seiner Vernehmung hier in der letzten Woche sinngemäß gesagt, dass ihm schon im Februar 2021 - im Februar 2021! - klar gewesen sei, dass die Taliban keine Verhandlungslösung anstreben, sondern ein Take-over oder ein Hand-over der Macht erwarten. Das ist seine Aussage. Ist Ihnen in Erinnerung, dass schon im Februar 2021 über diese Möglichkeit der friedlichen Übergabe oder Übernahme der Macht in Afghanistan gesprochen worden ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also gesprochen wird ja über vieles. Ich sehe jetzt einen gewissen Widerspruch, wenn ich das so sagen darf, zwischen dem, wie Sie Herrn Nadery zitieren, und dem, wie der Abgeordnete Wundrak Herrn Nadery zitiert, der ja gesagt hat, die Taliban hätten im Februar ein besonders großes Interesse an einer Verhandlungslösung gezeigt. Da ich nicht dabei war, kann ich das jetzt nicht beurteilen. Aber der Punkt ist, glaube ich, die - - Was ich ja vorhin gesagt habe: Ich glaube, insbesondere in dem Moment, wo - ob das jetzt schon im Februar oder eher im März der Fall war; ich würde sagen, eher dann im März - sich abzeichnete, wie die neue Administration an dieses Problem herangehen würde, sank in meiner Wahrnehmung zumindest - und das habe ich ja vorhin schon mal gesagt - die Verhandlungsbereitschaft der Taliban dramatisch.

Gleichzeitig ergab sich - und das ist leider gar nicht überraschend, aber trotzdem tragisch - bei dem afghanischen Präsidenten Ghani so eine Art Bunkermentalität, der, ich glaube, bis wenige Tage möglicherweise vor dem tatsächlichen Fall von Kabul sozusagen nicht glauben konnte und wollte, dass die Amerikaner wirklich das tun, was sie angekündigt hatten bzw. was sie dann taten. Und ich erinnere mich noch an - das kriege

ich jetzt nicht mehr ganz genau hin - diesen - wie soll ich sagen? - geradezu gespenstischen Besuch Ghani's, glaube ich, usw. in Washington, der aufseiten der Afghanen irgendwie als großer Durchbruch gefeiert wurde, wo sich aber eigentlich zeigte, dass da schon ein enormer Disconnect herrschte zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem afghanischen Präsidenten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Dass in Doha über das Thema „friedliche Übernahme der Macht“ gesprochen wurde, haben Sie diese Erkenntnis eigentlich mit dem BND geteilt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wir hatten ja sehr regelmäßigen, sehr intensiven Austausch mit den ganz hervorragenden Kollegen vom BND. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendetwas, was ich auf belastbare Weise in Doha oder sonst wo wahrgenommen habe, ich nicht mit dem BND geteilt hätte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ja, noch mal konkret: Haben Sie eine Erinnerung daran, dass Sie mit dem BND über die im Umfeld der afghanischen Friedensverhandlungen diskutierte Möglichkeit der friedlichen Übergabe gesprochen haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt - das habe ich, glaube ich, vorhin schon gesagt -: Wir waren in diese Verhandlungen nicht eingebunden, wenn es sie tatsächlich auf belastbare Weise so gegeben haben sollte. Insofern - -

(VLR Andreas Gloßner  
(AA) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich unterbreche Sie mal einen Moment. Die Bundesregierung wünscht das Wort. Bitte schön.

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Also, das ist jetzt explizit nicht auf diese Frage bezogen, aber auf den Themenkomplex. Der Zeuge wurde ja jetzt wirklich schon, also, ich habe nicht mitgezählt, aber sehr wiederholt gefragt nach seiner Kenntnis dieser spezifischen Verhandlungslösung da um den 12.,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

13., 14., wie auch immer, und hat mehrfach deutlich gemacht, dass er sich nicht genau daran erinnert, also seine eigene Kenntnis und die Details usw. Deswegen finde ich es sozusagen - - Einfach nur der Hinweis - das ist jetzt nicht diese spezifische Frage, aber es geht eben in diese Richtung, und ich will einfach vermeiden, dauernd reinspringen zu müssen -, dass ich es unlauter finde, dann da immer nachzubohren: „Wie waren die genauen Vorgänge drum herum?“, wenn der Zeuge schon mehrfach deutlich gemacht hat: Er kann sich daran nicht genau erinnern. Und ich darf noch mal daran erinnern, dass Spekulationen von der Aussagegenehmigung nicht erfasst sind. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Spekulationen erwarten wir von keinem unserer Zeugen, unabhängig von der Aussagegenehmigung, sondern sie sollen die Wahrheit sagen. Und wir haben uns ja gerade vorhin verständigt, dass wir ein gemeinsames Faible für die Wahrheit hier haben. Also insofern - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. Sie haben spekuliert am Ende; aber danach habe ich nicht gefragt. Aber so eine aufgedrängte Spekulation nehme ich natürlich auch entgegen.

(Heiterkeit)

Trotzdem ist die Frage noch mal - - Ich versuche ja nur, mich der Frage zu nähern. Also dass Sie die Kenntnis hatten, haben wir ja geklärt, die Frage - - die näheren Umstände, durch wen und warum und Berghof oder nicht. Aber ich versuche, mich ranzurobben an die Frage, wann es vielleicht gewesen ist. Deswegen frage ich nach dem BND, und zwar deswegen, weil der BND ja noch am 13. August 2021 davon ausgegangen ist in seiner Berichterstattung an den Krisenstab, dass die Einnahme Kabuls durch die Taliban irgendwann nach dem Abzug 11. September möglich sei oder wahrscheinlich sei, und das kriege ich eben nicht zusammen. Also wenn um den 13. in Doha schon über das Thema „friedliche Übergabe“ gesprochen worden ist, versuche ich, herauszufinden, warum der BND am 13. August noch davon redet, dass es nach dem 11. September eskalieren könnte. Deswegen finde

ich schon, dass man noch mal nachfragen kann. Wenn Sie das jetzt so hören, können Sie sich dann vielleicht erinnern, wann Sie gegebenenfalls mit dem BND über das Thema „friedliche Übernahme“ gesprochen haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also ganz faktisch und unspekulativ: Ich war am 13. August 2021 in Berlin, nicht in Doha und auch nicht in Kabul. Wenn ich mich recht entsinne, war der 13. August ein Donnerstag, Freitag - ich weiß es gar nicht mehr genau; das ist schon wieder Spekulation.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das lässt sich aber herausfinden.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das lässt sich herausfinden, genau. - Also erstens: Wie gesagt, ich habe natürlich die Nachrichten gelesen über alle möglichen, angeblichen, tatsächlichen oder so Versuche, Ideen, Gedankenspiele usw. usf.; das nimmt man natürlich zur Kenntnis. Aus meiner Sicht - und das kann ich hier noch einmal unterstreichen - gibt es einen großen Unterschied zwischen allen - und sicherlich auch sinnvollen, ehrenwerten - Versuchen, in dieser schwierigen Lage etwas zu erreichen, auf der einen Seite, und belastbaren Verhandlungen zwischen dem Oberbefehlshaber der afghanischen Streitkräfte auf der einen Seite und den tatsächlich verantwortlichen Personen auf der Talibanseite auf der anderen Seite. Über solche belastbaren Verhandlungen liegen mir keine Erkenntnisse vor.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** In meiner Fürsorgepflicht für den Zeugen weise ich darauf hin, dass der 13. ein Freitag gewesen ist.

**Zeuge Andreas Krüger:** Danke schön.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Freitag, der 13. - Haben Sie an der Krisenstabsitzung am 13.08.2021 teilgenommen, also Freitag, der 13.?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das weiß ich nicht mehr; ich soll nicht spekulieren.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. Also wenn Sie es nicht wissen, ist es okay. Vielleicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hilft es Ihrer Erinnerung, wenn ich Ihnen sage, dass in dieser Sitzung, in dieser Krisenstabsitzung, der BND eben die Bewertung abgegeben hat, „dass eine militärische Einnahme der Hauptstadt Kabul durch die Taleban vor dem ... 11.09.2021 eher unwahrscheinlich ist“. Können Sie sich, wenn ich Ihnen das vorhalte, daran erinnern, an dieser Sitzung teilgenommen zu haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich weiß nicht mehr, ob ich an dieser Sitzung teilgenommen habe. Das ist ja bestimmt aktenkundig; insofern würde ich da gar nicht spekulieren. Ich erinnere mich aber an diese Einschätzung des BND. Die wurde dann ja auch sehr schnell presseöffentlich.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. Das ist der eine Teil der Einschätzung gewesen. Der andere Teil - und das bindet sozusagen meine Versuche, Sie eben an die Erinnerung heranzuführen wegen der innerafghanischen Friedensverhandlungen -, der zweite Teil ist eben, dass sie gesagt haben:

„Eine Beschleunigung der Ereignisse ... könnte eintreten, wenn mindestens einer der folgenden Kippunkte eintreten würde ...“

Also Stichwort „Kippunkt“. Und einer dieser Kippunkte war - oder zwei - „die Isolierung von Kabul-Stadt“ oder „die Einnahme von Provinzzentren im Großraum Kabul“. Und deswegen frage ich so. Das, was sozusagen noch zusätzlich auftauchte, war unter Punkt f: „Deal der Eliten mit den Taliban in Kabul oder Doha“.

Deswegen meine Frage: Die Gespräche über eine friedliche Übernahme wären nach dieser Einschätzung des BND ein Kippunkt gewesen. Teilen Sie diese Einschätzung? Oder sollen wir Ihnen den Wortlaut noch mal vorlegen? Das können wir auch. Das ist MAT A BND-3.211 VS-NfD, Blatt 176 f.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen -

VLR Andreas Gloßner (AA)  
meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung ist heute aktiv.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Ja, ich darf nur, weil ohnehin gerade der Zeuge liest, den Hinweis loswerden, dass natürlich die Einschätzung aus damaliger Sicht maßgeblich ist, und außerdem, dass der Zeuge - - Die Aussagegenehmigung umfasst natürlich sein dienstliches Wissen, und er war nicht im nachrichtendienstlichen Bereich tätig, und es geht auch um Begrifflichkeiten aus diesem Bereich. Das bitte ich zu bedenken. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Na ja, also, die Vergangenheitsform, das ist korrekt. Aber ich glaube schon, dass man als zuständiger Referatsleiter für Afghanistan gefragt werden kann, ob man die Einschätzung teilt, dass so was ein Kippunkt wäre, auch wenn das Erkenntnisse vom Verfassungsschutz sind. Das finde ich eine Frage, wo ich schon glaube, dass da das Urteilsvermögen eines Referatsleiters durchaus ausreicht, dazu eine Antwort zu geben. Das bezog sich ja weniger auf die Quelle der Erkenntnis, sondern eher auf die Tatsache; so habe ich den Kollegen Röwekamp jedenfalls verstanden. Aber die Vergangenheitsform wollen wir wählen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich vergleiche noch mal das Protokoll hier oder den Beitrag des BND bei der Krisenstabsitzung am 13.08. mit unserer Vorlage vom 11.08. Auch da ist ja schon eines der möglichen Szenarien - und auch gleich das Allererste - „militärische Machtübernahme“; das Zweite ist „Verhandlungslösung unter militärischem Druck“. Insofern glaube ich, dass es da - wie soll ich sagen? - einen klaren Konsens gibt zwischen dem BND und dem Auswärtigen Amt, dass natürlich in dem Moment, wo sozusagen die Isolierung von Kabul-Stadt oder die Einnahme von Provinzzentren im Großraum Kabul etc. eintrifft, es noch mal eine deutliche Lageveränderung, eine Beschleunigung der Ereignisse geben könnte. Und insofern war es ja dann ganz offensichtlich, spätestens ab dem 13. August, dass diese Kippunkte, wie man es nennen will, eintraten, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Jetzt kommt die Auflösung, warum ich Sie das alles gefragt habe.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich ahnte, es kommt was.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt könnten Sie einen Tusch abgeben.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nein, keinen Tusch. - Minister Maas hat in einem Interview vom 20. August 2021 gesagt - das ist unter der Seite <https://www.auswaertiges-amt.de> im News-room verfügbar; Zitat -:

„Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen. Das kann nicht ohne Konsequenzen für die Arbeitsweise unserer Dienste bleiben.“

Zitat Ende. - Meine erste Frage ist: Haben Sie dem Minister diese Einschätzung, dass die Entscheidungen aufgrund fehlerhafter Berichte getroffen wurden, als fachliche Einschätzung übermittelt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Teilen Sie die Einschätzung des Ministers zur damaligen Zeit aus fachlicher Hinsicht?

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Das ist nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt.

(Zuruf: Das ist eine politische Einschätzung!)

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Sind Sie der Auffassung, dass Sie damals durch den BND falsch informiert worden sind?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, bevor ich hier im Nachhinein - wie soll ich sagen? - Wertungen abgebe, würde ich immer zuerst an mich selber

denken und würde sagen: Auch wir haben die Geschwindigkeit der Machtübernahme durch die Taliban unterschätzt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich frage noch mal so rum: Dieser BND-Beitrag in der Krisenstabsitzung am 13.08.21, über den wir eben gesprochen haben, sah ja vor, dass eine Einnahme der Hauptstadt Kabul vor dem 11.09. eher unwahrscheinlich ist, es sei denn, einer der Kippunkte tritt ein. Meine Frage ist jetzt noch: Mit Ihrem fachlichen Wissen aus der damaligen Sicht, würden Sie diese Einschätzung als richtig oder falsch ansehen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, es hat sich ja dann gezeigt, dass die Kippunkte sehr schnell eintraten. Insofern würde ich sagen - - Also, wie gesagt, so leid es mir tut, - und ich weiß, Sie möchten natürlich eine klare Antwort: ja oder nein -, aber der Punkt ist doch folgender: Die Kolleginnen und Kollegen des BND arbeiten unter hohem Zeitdruck, versuchen ein Lagebild zu erstellen. Ich finde es - - Ehrlich gesagt, steht es mir schlicht und einfach nicht zu - wie soll ich sagen? -, mit dem Wissen im Nachhinein zu sagen: Na ja, also da hätte man vielleicht am 12. oder am 13. August hier oder da noch mal ein bisschen anders liegen können oder nicht. - Ich glaube, wir haben alle gemeinsam die Dynamik unterschätzt. Und insofern ist das das, was mich auch persönlich am meisten beschäftigt, und nicht, ob der Kollege X oder Y aus dem Ressort X oder Y möglicherweise hier eine andere Formulierung hätte verwenden sollen oder nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Ich bin noch beim 13.08., und da gab es noch einen E-Mail-Verkehr, an dem Sie auch beteiligt waren; das ist MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 31 und 32. Da wird unter anderem Ihnen berichtet aus der Krisenstabsitzung, dass dort auch „das Thema Evakuierung und zu diesem Zweck Entsendung von KSK-Kräften der Bw gestellt“ wurde. Erinnerung Sie den Vorgang so? Oder wollen Sie es vorgelegt haben? - Dann legen wir es mal eben vor.

**Zeuge Andreas Krüger:** Lieber noch mal vorlegen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Während der Zeuge liest, möchte ich die Anwesenden darauf hinweisen - es ist teilweise schon darauf hingewiesen worden -, dass wir nach dem Ende der Befragung des Zeugen noch eine ganz kurze Beratungssitzung brauchen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Herr Abgeordneter.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Also der Hintergrund ist ja offensichtlich, dass in der Krisenstabsitzung morgens über eine Evakuierungsmission gesprochen worden ist und die Entscheidung von KSK-Kräften und erörtert wurde, ob dafür ein zusätzliches Mandat durch den Bundestag erteilt werden müsse; nur damit die Kollegen das jetzt auch einordnen können, was ich frage. Und die Kollegin, die daran teilgenommen hat, bittet, in Abstimmung mit der Rechtsabteilung des BMVg einmal zu prüfen, ob das RSM-Mandat, also das bereits erteilte Mandat, einschlägig wäre oder ob eine neue Mandatierung erforderlich sei. Und Sie kommentieren das mit den Worten:

„Liebe KollegInnen nur ein Zwischenruf: ich will da gar nicht zu haarspalterisch sein; aber nach meinem Verständnis auch der Sprache von StS'in Leendertse sollten wir das „E“-Wort noch nicht aktiv verwenden - auch wenn wir alle wissen, wozu unsere Planungen führen *können*.

Zitat Ende. - Was ist das E-Wort?

**Zeuge Andreas Krüger:** Es gibt einen sehr schönen Acid-House-Track, wo es um das „E“ geht. Aber hier ist nicht „Ecstasy“ gemeint, sondern „Evakuierung“.

(Heiterkeit)

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Und warum sollte das Wort „Evakuierung“ nach Ihrer Kenntnis nicht verwendet werden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Weil - so ist zumindest meine Erinnerung an den Konsens in dieser Sitzung - zu dem Zeitpunkt, in dem diese Sitzung stattfand, die Entscheidung zu einer Evakuierung noch nicht getroffen worden ist. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, gab es ja dann im weiteren Verlauf des Freitages auch noch mal entsprechende Berichterstattung - Freitag oder Samstag - aus Washington, die dann dazu geführt hat, dass man dann tatsächlich die Evakuierung eingeleitet hat.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Aber wenn ich das richtig verstehe - wenn Sie mir noch auf die erste Seite dieses Mailverkehrs gehen -, geht es ja offensichtlich um die Vorbereitung einer Obleuterunde. Und die Obleute sollten offensichtlich informiert werden im Hinblick auf die Frage: Brauchen wir ein neues Mandat? Also sonst machen dieser Schriftverkehr und die Eile ja auch keinen Sinn; denn die Ausgangsmail nimmt ja ausdrücklich Bezug auf diese Obleuterunde. Also, da heißt es: „Voraussichtlich soll noch heute kurzfristig eine Obleute-Unterrichtung erfolgen ..., wenn möglich auf Ebene StS.“ Und deswegen sollten die „rechtlichen Voraussetzungen“ geprüft werden.

Deswegen noch mal meine Frage. Also: Es ist Freitag, es war Krisenstabsitzung, Obleute sollen unterrichtet werden. Ja, worüber sollen sie unterrichtet werden? Wahrscheinlich, würde ich mal sagen, über das E-Wort. Oder worüber sollten die Obleute Ihrer Ansicht nach unterrichtet werden an dem Tag?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, da müssten Sie jetzt noch mal auch die Staatssekretärin selber befragen. Aber so hatte ich zumindest zu dem damaligen Zeitpunkt, um 13.29 Uhr am Freitag, dem 13., die Staatssekretärin verstanden, dass es Linie in dieser Krisenstabsitzung war, die ja ressortübergreifend war, dass noch keine Entscheidung über eine tatsächliche Evakuierung beschlossen worden ist, in dieser Krisenstabsitzung. Und insofern kann man natürlich die Abgeordneten nur über das unterrichten, was tatsächlich - wie soll ich sagen? - Beschlusslage ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie gesagt, deswegen habe ich ja auch - also, so würde ich das auch im Nachhinein noch sehen - ausdrücklich gesagt: nach meinem Verständnis auch der Sprache der Staatssekretärin. Und offensichtlich - also zumindest entnehme ich das diesem Teil des E-Mail-Verkehrs - wurde dann ja auch nicht gesagt: Nein, nein, Herr Krüger - oder „Andreas“; je nachdem -, Sie haben das/du hast das total falsch verstanden. - Sprich: Zu dem Zeitpunkt, Freitag, der 13., 13.18 Uhr bzw. 13.29 Uhr, war noch keine Entscheidung zur Evakuierung getroffen. Insofern musste man sozusagen diese Frage noch offenlassen. Es gibt sicherlich ein Protokoll auch dieser Obleuteunterrichtung, wo das sicherlich festgehalten ist, in welcher Weise dann die Obleuteunterrichtung tatsächlich stattfand.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich habe noch zwei abschließende Fragen; dann bin ich auch durch. Wenn Sie dann schreiben „auch wenn wir alle wissen, wozu unsere Planungen führen können“, ist das „können“, glaube ich, kursiv geschrieben. Können Sie uns erläutern, was Sie damit meinen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, ich wollte damit betonen: Es ist eine Möglichkeit; aber es ist eben noch keine Beschlusslage. Wie schon verschiedentlich hingewiesen: Ich glaube, das steht tatsächlich sogar in dem Arbeitsauftrag des Referats AP 05 drin, zu versuchen, auf eine kohäsive - also auf eine - wie soll ich sagen? - geschlossene Afghanistan-Politik der Bundesregierung hinzuwirken. Und insofern: Wenn sozusagen in dieser Krisenstabsitzung der Beschluss gefasst worden wäre „Evakuierung“, wunderbar. Aber das war da noch nicht der Fakt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Allerletzte Frage jetzt: War denn mit dem fachlichen Wissen zum damaligen Zeitpunkt konkret erforderlich, eine Evakuierung zu planen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, planen sollte man ja auch im Zuge von Worst-Case-Szenarien - - sich immer auf alle Eventualitäten. Wie schon darauf hingewiesen: Unser Grundproblem war ja, dass sozusagen jenseits der äußerst verdienstvollen und richtigen Berichterstattung des Kollegen

in Kabul wir keine belastbaren Aussagen unserer amerikanischen Kollegen hatten und insofern sich die Bundesregierung aus meiner Sicht auch nachvollziehbar schwertat, diese Entscheidung von enormer humanitärer und politischer Tragweite zu treffen ohne klare Kommunikation durch die Amerikaner.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir wechseln zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Krüger, ich bin jetzt zeitlich im August 2021, aber am Anfang, und möchte beginnen mit dem Brief von dem Bundesinnenminister Horst Seehofer und vier weiteren Innenminister/-innen der Europäischen Union zu Afghanistan, die halt fordern, dass Displaced Persons in der Region zu halten seien. Können Sie mal einordnen, wann Sie davon erfahren haben und wie Sie das aufgefasst haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, aus meinem Gedächtnis heraus: An welchem Tag genau, das weiß ich schlicht und einfach nicht mehr. Aber ich bilde mir ein, dass zumindest ich persönlich und, ich glaube, auch das Auswärtige Amt insgesamt erst mit der Veröffentlichung von diesem Brief erfahren haben.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie haben Sie es eingeordnet? Also, was für Auswirkungen sollte das haben? Haben Sie das eingeordnet?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, wie schon gesagt: In der Job Description des Referats AP 05 steht ja drin, dass wir versuchen sollen, eine gewisse Kohäsion der Afghanistan-Politik der Bundesregierung - - darauf hinzuwirken. Und dann sind natürlich Briefe aus einem Ressort, die nicht abgestimmt sind mit den anderen Ressorts, nicht optimal.

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich gerne noch mal auf den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

10. August kommen. Da war es so, dass die EU-Botschafter einen Abschiebestopp nach Afghanistan wegen der verschärften Sicherheitslage empfohlen haben. Können Sie noch einordnen, wie Sie davon erfahren haben und wie Sie das eingeordnet haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das weiß ich jetzt nicht mehr ganz konkret. Sie haben da sicherlich was vorliegen, sonst würden Sie mich nicht fragen. - Das ist Spekulation, Entschuldigung.

Ich bin mir nicht mehr sicher, ob die Einlassung unseres Botschafters oder Geschäftsträgers - je nachdem - zu dieser Frage wiederum rückgekoppelt war mit allen zuständigen Ressorts in der Bundesregierung zu dem Zeitpunkt. Und auch da hatte ich dann, wenn dem so gewesen sein sollte, die undankbare Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass, wie gesagt, es einen Ressortprozess gibt. Das ist zwar langweilig und mühselig und geht allen immer auf die Nerven; aber das ist Teil des Jobs.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** MAT A AA-8.642 VS-NfD, Blatt 14 bis 15: Da gibt es eine E-Mail, in der Sie - - Sollen wir Ihnen das einfach mal vorlegen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Bitte.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da ist ja unter anderem ausgeführt, dass eben die EU-Botschafter Abschiebestopp empfehlen, und die Bundesregierung hält aber an den Abschiebungen fest. Aus dem Bundesinnenministerium hieß es, der abgesagte Flug solle möglichst bald nachgeholt werden. Können Sie das noch mal einordnen, wie Sie damit umgegangen sind?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, wie gesagt: Also, in einer idealen Welt wäre sowohl der Brief der Innenminister/-innen, also in diesem Fall des deutschen Innenministers, abgestimmt gewesen im Ressortprozess, wie die Empfehlung, also wie

die Haltung unseres Botschafters oder Geschäftsträgers - ich weiß gar nicht, wer zu dem Zeitpunkt vor Ort war in Kabul - - Aber was soll ich sagen? Das ist halt - - Das passiert im Geschäft, dass manchmal solche Sachen nicht passieren, und ich glaube, im Nachhinein haben wir gesehen, dass die Einschätzung der Geschäftsträger, einen Abschiebestopp zu empfehlen, sicherlich der Sachlage sehr entsprach.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und können Sie denn einordnen, wie das dann bei der afghanischen Regierung ankam oder bei der afghanischen Seite?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ehrlich gesagt, weiß ich nicht mehr, ob das zu dem Zeitpunkt, 10. August, noch eine große Rolle spielte. Da bin ich, ehrlich gesagt, überfragt. Korrigieren Sie mich, wenn Ihnen da was Besseres vorliegt.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben, wenn ich das hier richtig lese, halt zu dem Vorgang geschrieben:

„Noch unschöner wird die Sache dadurch, als praktisch zeitgleich der Brief BMI (plus NDL; DNK, GRI, AUT, BEL) über die Ticker läuft, in dem genau das gglt. Vertreten wird ...

Gruß,

Andreas Krüger“

Können Sie das noch mal darstellen, warum es schon unschön war und jetzt noch unschöner wurde?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, wie gesagt - - Also, ich kann mich da nur wiederholen: In einer perfekten Welt würde man solche Briefe erst zirkulieren nach einem Ressortabstimmungsprozess. Ja, wie soll ich sagen? It happens.

Ehrlich gesagt: Dass auch manchmal Dinge nicht abgestimmt durch die Gegend laufen, passiert auch in der besten Bundesregierung, und man versucht dann halt, qua Job Description zu versuchen, dass das nicht die Regel wird, sondern die Ausnahme bleibt. Aber im Vergleich zu all dem,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

was drum herum passierte, war das, würde ich sagen, nicht etwas, über das ich dann in den Folgetagen noch furchtbar viel nachgedacht habe.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber in der objektiven Wahrnehmung hat doch die Regierung dadurch einen unabgestimmten, chaotischen Eindruck vermittelt. Die Frage ist: Was galt denn dann für Sie auf der fachlichen Ebene? Was war denn das, was bei Ihnen so ankam? Oder haben Sie dann auch gesagt: „Wenn plus und minus, und am Ende ist es mir dann egal“? - Also, ich versuche wirklich, zu verstehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte keine Suggestivfragen, sondern - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, über die Eindrücke, die die Bundesregierung macht - - das können andere besser beurteilen als ich und sind dazu auch berufener. Die Arbeitsgrundlage der Bundesregierung waren natürlich immer die Dinge, die im Ressortkreis auf Abteilungs- bzw. Staatssekretärs- oder auch Kabinettssebene abgestimmt waren.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das heißt, dadurch, dass der Brief des Bundesinnenministers nicht über das formale Verfahren an Ihr Referat herangetragen wurde, war das für Sie auch nicht relevant. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Also, Entschuldigung - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das hat der Zeuge nicht gesagt. Die Frage war eigentlich - das war das, was ich eben dazwischen sagen wollte -: Sie hatten gefragt, ob sich die fachliche Einschätzung des Referatsleiters geändert hat nach dem Brief. Die Frage müsste noch beantwortet werden.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, alles, was der Bundesinnenminister oder die Bundesinnenministerin - in diesem Fall der Bundesinnenminister - sagt, ist für uns natürlich relevant. Die Frage ist, ob - - Ich würde sagen: Wir reden ja hier über den Dienstag, den 10. August. Insofern wurden dann

mögliche Folgewirkungen sowieso durch den Zeitablauf überholt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Womit die Frage noch nicht beantwortet ist. „Hat sich die Einschätzung geändert?“, war die Frage. Die müsste noch beantwortet werden. - Bitte.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Also, wurde daraufhin etwas veranlasst im Sinne dessen, was der Bundesinnenminister als Ziel definiert hatte?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, Sie haben über diesen Brief des Bundesinnenministers nicht auf offiziellem Wege Kenntnis erlangt. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, absolut.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Dann haben Sie auf inoffiziellm Wege davon Kenntnis erlangt -

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, durch die Medien, ja.

**Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - und haben dann einen Grund gesehen, etwas zu veranlassen bzw. haben keinen Grund gesehen, etwas zu veranlassen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich wüsste - - Ich erinnere mich nicht mehr daran, dass es da großen Grund gab, etwas zu veranlassen. Das war eine sicherlich wichtige Meinungsäußerung des Bundesinnenministers und seiner Kolleginnen und Kollegen. Was immer dann im weiteren Ressortprozess theoretisch hätte passieren können, wurde dann auch durch den Zeitablauf - wie soll ich sagen? - „overtaken by events“. Also, insofern ist mir auch nicht erinnerlich, dass der Bundesinnenminister - aber da müssten Sie die Kollegen aus dem Bundesinnenministerium fragen - im weiteren Follow-up darauf insistiert hätte, sozusagen diesen Brief dann in das Regierungshandeln umzusetzen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Krüger. - So weit meine Fragen. Aber meine Kollegin hat noch eine Frage, die Frau Nanni.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wobei wir, wenn ich mir den Hinweis erlauben darf, die Kollegen aus dem Innenministerium nicht fragen, sondern allenfalls weitere Zeugen, die wir laden. - Bitte schön.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Guten Abend auch von mir! Hallo Herr Krüger! Sie haben jetzt mehrfach auch geantwortet, dass in der kritischen Phase Mitte August die einzige Warnung von Ihrem Kollegen van Thiel kam und es keine Bestätigung der USA gab, dass sie sich aus der Green Zone zurückziehen würden. Können Sie noch rekonstruieren, woher die Erwartungshaltung kam, dass die USA rechtzeitig diese Information mit den Partnern teilen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, ich würde es eigentlich als selbstverständlich ansehen, dass in einem Prozess, in dem man so eng und ja auch mit erheblicher Auswirkung für erst mal die eigenen Staatsangehörigen, aber auch für viele Afghaninnen und Afghanen, mit denen man eng zusammengearbeitet hat - - Und in Anbetracht der Tatsache, dass wir da über 20 Jahre quasi in sehr enger, auch militärischer Zusammenarbeit waren, würde es meinem Bild einer Partnerschaft schon entsprechen, dort auch auf welchem vertraulichen, hochrangigen oder wie auch immer Wege - - dass dann die Amerikaner mit den engsten Verbündeten solche Prozesse abstimmen. Ja.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entsprach - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Zeit ist eigentlich um. Sie kriegen wie der Kollege Röwekamp zwei Zusatzfragen.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nett. - Entsprach es Ihrem Verständnis von Partnerschaft, wie das US-Taliban-Abkommen zustande kam und dann mit den Partnern kommuniziert wurde?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann noch mal meine Frage von gerade: Woher kam die Erwartung, dass im Falle des Abzugs aus der Green Zone diese Erwartung dann erfüllt wird?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, erstens ist das eine Abkommen ja unter der einen Administration verhandelt worden, und wir redeten inzwischen von einer anderen US-Administration. Zweitens ist das eine ein letzten Endes ja sehr politisches Abkommen, und das andere sind Entscheidungen mit sehr konkreten, unmittelbaren zeitkritischen Auswirkungen auch auf die Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke Ihnen. - Einen schönen Abend.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Wundrak.

**Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Krüger, wir bewegen uns jetzt wirklich in der Zone, wo man ja vermuten wird, da ist etwas passiert - ich würde sagen, schwarzer Schwan oder so etwas -, und die Frage ist: Können wir das gemeinsam identifizieren, was da passiert ist?

Sie erhielten laut MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 11 am späten Abend des 15. August 2021 einen Vermerk des am selben Tag geführten Gesprächs zwischen [REDACTED] und [REDACTED] zugesandt. In diesem wurde [REDACTED] folgendermaßen wiedergegeben - ich zitiere -:

„Zum politischen Prozess: ...“

**VLR Andreas Gloßner** (AA): Stopp! Entschuldigung, da muss ich reinspringen. Wir konnten noch nicht mal schnell die MAT in der Zeit aufrufen. Aber hier geht es offensichtlich um die Inhalte aus vertraulichen Gesprächen auf Ministeriebene. Auch wenn das hier in zusammenfassender Form als NfD eingestuft wird, haben wir unsere Vorsch- -

**Joachim Wundrak** (AfD): Das ist mehrfach schon zitiert worden hier im - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich glaube, wir haben es ein bisschen leichter, wenn ich das dem Vertreter der Bundesregierung sagen darf, wenn wir uns die Frage anhören und Sie dann bewerten, ob sie zulässig ist oder nicht. Die Frage *anhören*. Ich habe noch nicht von der Antwort gesprochen. Ich konnte aus den ersten drei Sätzen nicht entnehmen, was gemeint ist. Allerdings brauchen wir MAT-Nummern und entsprechende Hinweise. War das jetzt ein wörtliches Zitat oder nicht? Das war unklar. Jedenfalls zu bewerten, was der Fragesteller sagt, ist leichter, wenn man ihn einmal ausreden lässt und dann interveniert.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herzlichen Dank. - Noch mal von vorne?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wenn Sie allerdings aus einer Akte zitieren, die so was umfasst, dann geht das allenfalls im Wege eines stillen Vorhalts. Das füge ich hinzu.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, ich zitiere aus MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 11. Zitat [REDACTED]:

„Zum politischen Prozess: wir haben kontrollierten Machtübergang zu TLB versucht zu organisieren. TLB schienen daran Interesse zu haben.“

Zitat Ende. - Kurze Zeit später schrieben Sie, Herr Krüger, an Herrn Potzel - Zitat aus MAT A AA-8.653 VS-NfD, Blatt 10 -:

„Ich stelle mir schon weiterhin die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, mit den TLB in Doha zu sprechen. Warum sourcen wir den politischen Dialog jetzt an die USA aus, nachdem wir über zehn Jahre mit den TLB gesprochen haben?“

Zitat Ende. - Ganz kurze Frage, ganz kurze Antwort, bitte: Können Sie bestätigen, dass in den entscheidenden Tagen zwischen dem 13. und 15. August 2021 kein Vertreter des Auswärtigen Amtes in Doha gewesen ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kein Vertreter des Auswärtigen Amtes kann logischerweise ja nicht sein, weil wir eine Botschaft in Doha hatten. Also insofern: Die Botschaft war natürlich vertreten.

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, aber kein Verhandlungsführer.

**Zeuge Andreas Krüger:** Kein Verhandlungsführer? Das müsste ich nachprüfen. Da bin ich, ehrlich gesagt, überfragt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Krüger, am 22. September 2021, also deutlich später, sandte Jasper Wieck unter anderem an Ihr Referat AP 05 eine Nachricht, in der er aus seinem Gespräch mit dem US-Sonderbeauftragten Khalilzad berichtete. Wieck schrieb wörtlich - Zitat aus MAT A AA-9.122 VS-NfD, Blatt 130 -:

„Rückblickend und von K.“

- also Khalilzad -

„als persönliche Meinung kenntlich gemacht ...“

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Entschuldigung!

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte schön.

**VLR Andreas Gloßner (AA):** Da muss ich reinspringen, wenn zitiert wird oder wenn klar attribuiert wird. Wir konnten das jetzt in der Schnelle der Zeit nicht nachsehen, aber da wird aus vertraulichen Gesprächen zitiert, und da sind auch die bilateralen Beziehungen bemüht. Also, das geht in öffentlicher Sitzung eigentlich gar nicht.

**Joachim Wundrak (AfD):** Das ist mindestens zweimal schon zitiert worden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann müssten Sie das bitte als stillen Vorhalt machen und die Frage dann beziehen auf das, was der Zeuge liest. Es ist offenkundig, dass die Bundesregierung das kann, auch wenn das in einem Schriftstück war, VS-NfD. Aber so sind wir schon verfahren. Wenn Sie dazu was fragen wollen, machen Sie einen stillen Vorhalt und stellen anschließend die Frage, ohne das Zitat vorzulesen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Joachim Wundrak (AfD):** Ja, das macht jetzt keinen Sinn, weil das eigentlich die Kernaussage ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann tut es mir leid, dann können wir es so nicht zulassen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Also, die Fragestellung ist ja: Was war das - ich habe das eben „schwarzer Schwan“ genannt - auslösende Moment -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können Sie ja fragen.

**Joachim Wundrak (AfD):** - für die ganze, gesamte Problematik?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das können Sie ja fragen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann wechsle ich bitte zu MAT A BND-3.203 VS-NfD, Blatt 98 bis 106. Hier habe ich versucht - und das ist eine Synopse, ein Zeitplan -, anhand dieser Synopse diesen schwarzen Schwan zu identifizieren. Sie haben ja auch schon angedeutet, dass es Kommunikationsprobleme mit den amerikanischen Dienststellen gegeben hat aus Ihrer Sicht. Ich fange an:

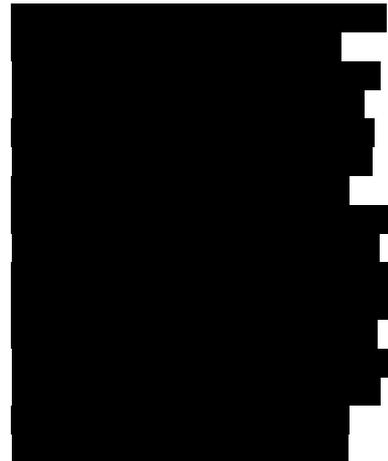
13.08., vormittags:



Circa 15 Uhr Ortszeit:



14.08.21, 11.30 Uhr, also 14.00 Uhr Ortszeit - Entschuldigung -:



Und an der Stelle habe ich identifiziert, am 14.08., circa 20.30 Uhr Ortszeit, eine Meldung, und die ist noch geschwärzt - von daher. Es ist eine , dass am 15.08. eine Einnahme Kabuls durch die Taliban erfolgen werde. Das ist offensichtlich die Falschmeldung oder die Kommunikationsproblematik, die Khalilzad gegenüber Herrn Wieck geäußert hat. Das war der Inhalt der vorigen Meldung. Diese Meldung der Talibaneinnahme Kabuls ist eine Falschmeldung, weil an anderer Stelle - und das wäre jetzt zu viel, das alles noch zu zitieren - der vormalige Präsident Karzai die Taliban auffordert, nachdem er festgestellt hat am 15.08. ein Sicherheitsvakuum, in Kabul einzurücken. Das heißt also, die Problematik - -

Da ist meine Frage an Sie: Ist die Darstellung dieser Abfolge aus Ihrer Sicht logisch und korrekt, und wir haben das Kommunikationsproblem in der US-Botschaft in Kabul festgemacht, die aufgrund einer falschen ND-Meldung die Räumung der Botschaft und den Rückzug zum Flughafen HKIA - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir müssen hier korrekt bleiben. Deswegen kann die Frage nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Mutmaßungen enthalten, sondern die Frage kann ja nur sein: Deckt sich das, was ich vorgetragen habe, mit Ihrem Wissen von damals? - Das kann man fragen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Danke für den Hinweis. Das wäre die Frage - in der Richtung.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ehrlich gesagt, kann ich das nicht abschließend beurteilen. Wenn ich das richtig verstehe, ist diese Zusammenfassung seitens der Kollegen ja auch - wie soll ich sagen? - ex post entstanden. Ob das in allen Einzelheiten von allen Akteuren auch so gesehen wird oder nicht, kann ich einfach nicht beurteilen. Ich glaube aber - - Also, ich persönlich bezweifle allerdings, dass es einen einzelnen zu identifizierenden - um das Wort zu gebrauchen - Kipppunkt, sprich: eine Falschmeldung oder Nicht-Falschmeldung eines einzelnen Menschen, gab, sondern ich würde davon ausgehen, dass, wie es auch die BND-Kollegen am 13.08. und wir am 11.08. in der Vorlage schon geschrieben haben - - Die Lage spitzte sich dermaßen zu, dass dann die Dominosteine einfach sehr schnell umfielen. Und ich habe vorhin ja schon darauf hingewiesen, wie schnell ja auch die Lage umkippt in anderen Provinzhauptstädten. Das ist sicherlich noch mal was anderes als die Millionenstadt Kabul. Aber gleichwohl: Eine gewisse vergleichbare Dynamik kann man da durchaus erkennen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Darf ich noch eine Frage stellen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie kriegen auch noch eine Zusatzfrage.

**Joachim Wundrak (AfD):** Vielen Dank. - Können Sie sich vorstellen, dass das Kommunikationsproblem, was ich eben angesprochen habe, darin bestand, dass der Chargé d'Affaires in der angespitzten Lage - keine Frage - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist eine Suggestivfrage. Können Sie bitte anders fragen?

**Joachim Wundrak (AfD):** Ist es vorstellbar --

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das macht es nicht besser.

**Joachim Wundrak (AfD):** Nach Ihrer Kenntnis der Gesamtlage - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie müssten bitte - - Fakt ist: Der Zeuge kann nur gefragt werden nach dem, was er in der damaligen Zeit weiß und an Wahrnehmungen sozusagen hatte. Danach können Sie ihn fragen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Sie haben ein Kommunikationsproblem festgestellt der amerikanischen Seite mit den Verbündeten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Korrekt, ja.

**Joachim Wundrak (AfD):** Können Sie auch ein Kommunikationsproblem feststellen, wenn ein Chargé d'Affaires aufgrund einer Meldung eine Entscheidung trifft, das aber nicht rückkoppelt in die Verhandlungsführung nach Doha?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich muss jetzt hier ständig intervenieren, aber das ist eine spekulative Frage. Ich wäre dankbar, wenn wir dem Zeugen schlichte Fragen stellen können, die er mit Blick auf seine Kenntnisse beantworten kann. Andere Fragen können wir hier nicht zulassen.

**Joachim Wundrak (AfD):** Dann muss ich das so akzeptieren. - Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechseln wir noch mal zur FDP.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen herzlichen Dank. - Mich beschäftigt ganz grundsätzlich eine Frage, nämlich inwieweit unter anderem im Auswärtigen Amt auch über Messengerdienste kommuniziert wurde in relevanter Form. Jetzt ganz konkret: Wir werden ja Herrn Potzel auch noch hier hören, und Sie standen ja auch mit ihm im Untersuchungszeitraum in Kontakt. Inwieweit wissen Sie, ob Herr Potzel Whatsapp oder andere Messengerdienste während des Untersuchungszeitraums für dienstlich relevante Zwecke genutzt hat?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich kann nur über meine eigenen Nachrichten mit Herrn Potzel oder mit anderen sprechen, logischerweise, und da kann ich sagen, dass nach allem, was ich erinnere, diese Kommunikationen rein - wie soll ich sagen? - organisatorischer Natur waren und keine dienstlich relevanten Inhalte kommunizierten. Das wäre auch aus gleich zwei Gründen nicht sinnvoll gewesen: Erstens wissen wir alle, dass zum Beispiel Whatsapp ja nun nicht abhörsicher ist und wir insofern natürlich davon ausgehen mussten, dass das, was wir über Whatsapp schrieben, nicht automatisch nur den intendierten Empfänger oder die Empfängerin erreichte. Zweitens war es ja gerade in dieser komplexen Lage - Doha, Kabul, Masar, Bundesregierung in Berlin/Bonn - sehr wichtig, doch die entscheidenden Personen immer „in the loop“ zu halten, und insofern bot sich da die dienstliche E-Mail deutlich besser an als irgendwelche Messengerdienste.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich zitiere MAT A AA-2.17 VS-NfD, Blatt 16. Da haben wir folgende E-Mail von Herrn Potzel, die auch Sie erhalten haben. Die bezieht sich auf den neuen pakistanischen Sonderbeauftragten für Afghanistan Sadiq, und da schreibt Herr Potzel:

„Hätten Sie denn eine Mobil-Nr. von ihm? Und welche Nr. von mir haben Sie ihm eigentlich gegeben? Zur Sicherheit: Unter ...“

- Nummer geschwärzt -

„bin ich bei WhatsApp / Telegram / Signal erreichbar. Die können Sie gern weitergeben.

Beste Grüße,  
Markus Potzel“

Können Sie vielleicht auch noch darauf eingehen, inwieweit Sie Kenntnis davon haben, dass Herr Potzel Whatsapp während des Untersuchungszeitraums genutzt hat für Absprachen mit anderen Ländern?

**Zeuge Andreas Krüger:** Dazu müssen Sie Herrn Potzel befragen. Ich bin ja nicht - wie soll ich sagen? - in seinem Mobiltelefon.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ich zitiere MAT A AA-8.627, VS-NfD, Blatt 102. Da ist ein Verweis auf eine Whatsapp-Gruppe mit Vertretern anderer Länder zu den intraafghanischen Verhandlungen zu finden, und Sie haben diese E-Mail geschrieben:

„&: Wir bräuchten noch ein follow up zu dem operativen Vorschlag aus dem UK/NOR/DEU -Telefonat ...“

- geschwärzt -

„dass ihr als SRAP's ein virtuelles Treffen mit Zal im London-Format anstoßt.

Willst Du das einfach in Eurer WA Gruppe machen oder sollen wir Dir etwas aufschreiben?“

Können Sie das vielleicht noch kommentieren?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, wie gesagt, da geht es ja dann um organisatorisch-operative Sachen nach dem Motto: Wann? Wo? Wie? - Solche Dinge wurden natürlich auch über Messengerdienste, Telefon kommuniziert. Aber das waren ja dann die rein organisatorischen Fragen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also, ein Follow-up zu einem operativen Vorschlag ist eine organisatorische Frage?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, die Organisation des Follow-ups zu einem operativen Vorschlag ist eine organisatorische Frage.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gut. Dann nehme ich das so zur Kenntnis und bedanke mich bei Ihnen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Dann haben wir das, glaube ich, für heute geschafft, oder Sie haben es geschafft, wie immer Sie das betrachten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mögen. Sie wissen, dass wir - - Haben Sie sich zu Wort gemeldet? - Nein.

**Joachim Wundrak (AfD):** Darf ich noch einen Nachtrag bringen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eigentlich nein. Eigentlich hatten wir uns verständigt, jetzt - - Sie haben ja schon ein bisschen Nachschlag gehabt.

**Joachim Wundrak (AfD):** Herr Krüger, am 24. August 2021 - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich hatte gesagt: „eigentlich nein“, Herr Kollege. Sie hatten schon einen Nachschlag gehabt, habe ich gesagt. Eigentlich hatten wir uns verständigt, dass das dann die abschließende Runde war.

**Joachim Wundrak (AfD):** Okay, gut. Dann habe ich das nächste Mal - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir laden ja Herrn Potzel vor. - Dann komme ich noch mal zu Ihnen. Sie wissen, dass die Befragung nicht abgeschlossen ist, sondern erst, wenn Sie das Protokoll bekommen und es gegebenenfalls korrigiert haben und wir das förmlich abgeschlossen haben. Ich finde, wir haben uns heute alle unser Geld hier verdient, muss ich ehrlich sagen. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie hier gewesen sind, wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und bitte die anderen, hier zu bleiben, außer der Öffentlichkeit, von der wir uns 20 Minuten vor Mitternacht verabschieden. - Vielen Dank, dass Sie da waren.

Die nächste öffentliche Beweisaufnahmesitzung ist übrigens am Donnerstag, den 14. Dezember, um 12 Uhr.

(Schluss: 23.37 Uhr)